



VERGABEUNTERLAGEN

102-25-E11

Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)

Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

Ausschreibung (Korrektur 2)

AUFTRAGGEBER

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Möhlstraße 27, 68165 Mannheim, Deutschland

03.07.2025

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare	3
Verfahrensinformationen	3
102-25-E11_Verfahrensbrief	3
RNV_Datenschutzinformation	12
1. Einleitung	12
2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?	12
3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?	12
4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlag ..	13
5. Wer bekommt Ihre Daten?	14
6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?	14
7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?	15
8. Welche Rechte haben Sie?	15
9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?	16
10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?	17
Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen	18
DA-2022-003-IS - V1 - Allgemeine Sicherungsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleisen	18
DR177723071913540.pdf	41
23-07-19 Endfassung DA Gleis.pdf	18
Neu Anlage 4_Vorlage 1 Seite1.pdf	59
23-07-19 Anlagen DA Gleis.pdf	42
Besondere Vertragsbedingungen_SiPo und Sakra__Los. 1 rnv	62
Besondere Vertragsbedingungen_SiPo und Sakra__Los. 2 MV	69
Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung	76
AnschiebenPDF Rechnung	76
Anforderungen PDF-Rechnung	77
AEB DL_Stand Januar 2024	79
Auszufüllende Formulare	86
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung	86
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen	93
B.IX.1. -Verpflichtungserklärung von qualifizierten Nachunternehmern	94
B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe	96
Russland-Sanktionen	101
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung	101
Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen	103
I. EU-Sanktionen gegen Russland	103
II. Verbot der Auftragsvergabe	103
III. Fortführung bestehender Verträge	104

IV. Ausnahmen	104
V. Zuwendungsbau	105
VI. Inkrafttreten	105
LTMG - Baden-Württemberg	106
Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung	106
Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst .	115
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt	117
Besondere Vertragsbedingungen.....	119
LTTG - Rheinland-Pfalz.....	123
Mustererklärung_1_AEntG_2023.pdf	123
Mustererklärung 1	123
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 200 .	123
nach § 4 Abs. 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftre	123
Mustererklärung_2_OEPNV_2023.pdf	125
Mustererklärung 2	125
für Aufträge über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straß	125
nach § 4 Abs. 3 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tarifr .	125
Mustererklärung_3_Mindestentgelt_2023.pdf	127
Mustererklärung 3	127
Produkte/Leistungen	129
Eignungskriterien.....	142
Leistungskriterien	149
Anlagen	150

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	102-25-E11
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)
Auftragsbeschreibung	An den Betriebs- und Bahnanlagen der rnv und den angrenzenden Örtlichkeiten finden jeden Tag zahlreiche Arbeiten im Gleisbereich statt. Dabei hat die Sicherheit eine hohe Priorität. Um diese zu gewährleisten, sind in Sicherungsplänen passende Sicherungsmaßnahmen festzulegen und die notwendigen Sicherungsmaßnahmen vor Ort umzusetzen. Dieses Vergabeverfahren dient zum Abschluss von Rahmenvereinbarungen mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern, zur Sicherstellung der Verfügbarkeit von Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten und Bahnübergangsposten.

VERFAHREN

Auftraggeber	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	MV Mannheimer Verkehr GmbH
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	68165 Netz der rnv
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Ja				
Art der losweisen Vergabe	Bieter kann für ein oder mehrere Lose anbieten				
Höchstzahl der Lose pro Angebot					
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis				
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>79710000-4</td><td>Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	79710000-4	Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten
Code	Bezeichnung				
79710000-4	Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten				

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Rahmenvertrag
-------------	---------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	13.06.2025

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	14.07.2025 09:00:00
Frist Bieterfragen	04.07.2025 09:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	13.08.2025
Versand Vorabinformation	01.08.2025

AUFTRAGSDAUER

Beginn
Ende
Anmerkungen

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 04.07.2025 09:00 Uhr eingegangen sein.
Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.
Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.
Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off
Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Verfahrensbrief

1 Übersicht

1.1 Ziel Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief möchte die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“ oder „Auftraggeber“) den Ablauf des Verfahrens über die Beschaffung [Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)] beschreiben.

1.2 Verfahrensablauf

- ☒ offenes Verfahren
- ☐ nicht offenes Verfahren
- ☐ Verhandlungsverfahren
- ☐ Wettbewerblicher Dialog
- ☐ öffentliche Ausschreibung

1.3 Zeitplan

Der vorläufige Terminplan für das weitere Vergabeverfahren sieht wie folgt aus:

Termin	Verfahrensschritt
04.07.2025 – 09.00 Uhr	Frist für die Stellung von Bieterfragen
14.07.2025 – 09.00 Uhr	Angebotsfrist
01.08.2025	Voraussichtliche Zuschlagserteilung
13.08.2025	Zuschlags- und Bindefrist

Die rnv behält sich Terminänderungen ausdrücklich vor. Der Zeitplan ist nur indikativ.

1.4 Anwendbares Recht

Das Vergabeverfahren wird als Offenes Verfahren nach der Sektorenverordnung (SektVO) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) durchgeführt.

1.5 Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern

[Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten) |
[102-25-E11]

Der Auftraggeber beabsichtigt den Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern. Nach §26 Abs. SektVO können auf einer Rahmenvereinbarung beruhende Einzelaufträge nach vom Auftraggeber festzulegenden objektiven und nichtdiskriminierenden Regeln und Kriterien vergeben werden. Die Regeln und Kriterien sind in den Vergabeunterlagen oder der Bekanntmachung für die Rahmenvereinbarung festzulegen. Es wird ein Vertrag mit den 2 Bietern geschlossen, die anhand der Zuschlagskriterien das wirtschaftlichste Angebot abgeben.

1.5.1 Regeln und Kriterien für die Vergabe von Einzelaufträgen

Los 1 - Der Auftraggeber erteilt die Einzelaufträge in der Regel basierend auf den innerhalb des Gebietsloses zu bedienenden Stadtgebieten Ludwigshafen und Heidelberg sowie Leistungen mit Bezug zu den der rnv zuzurechnenden Maßnahmen in Mannheim. Demnach erhält einer der Wirtschaftsteilnehmer, mit denen der Vertrag geschlossen wird, alle Einzelaufträge für Maßnahmen in Ludwigshafen und Mannheim, der andere Wirtschaftsteilnehmer, mit dem der Vertrag geschlossen wird alle Einzelaufträge für Maßnahmen in Heidelberg. Darüber hinaus behält der Auftraggeber sich vor innerhalb des Loses bei Bedarf und insbesondere wenn einer der Rahmenvertragspartner nicht die gemäß Vertrag zugesicherten Verpflichtungen bezüglich Leistungszeiträumen und/oder Umfängen einhalten kann, auch sämtliche Einzelaufträge an den jeweils anderen Wirtschaftsteilnehmer innerhalb des Loses zu vergeben. Daher und da es möglich sein kann, dass nur ein Bieter je Los ein wertbares Angebot abgibt und somit den gesamten Losumfang alleine abdecken würde, muss es einem Bieter potentiell möglich sein alle Leistungsumfänge innerhalb des Loses zu erfüllen.

Los 2 - Der Auftraggeber erteilt die Einzelaufträge in der Regel basierend auf den innerhalb des Gebietsloses für die Leistungen mit Bezug zu allen der MV Mannheimer Verkehr zuzurechnenden Maßnahmen in Mannheim, anhand der Linien. Demnach erhält einer der Wirtschaftsteilnehmer, mit denen der Vertrag geschlossen wird, alle Einzelaufträge für MV- Maßnahmen im Mannheimer Stadtbereich, der andere Wirtschaftsteilnehmer mit dem der Vertrag geschlossen wird alle Einzelaufträge für Maßnahmen an der Linie 5 (OEG). Darüber hinaus behält der Auftraggeber sich vor innerhalb des Loses bei Bedarf und insbesondere wenn einer der Rahmenvertragspartner nicht die gemäß Vertrag zugesicherten Verpflichtungen bezüglich Leistungszeiträumen und/oder Umfängen einhalten kann, auch sämtliche Einzelaufträge an den jeweils anderen Wirtschaftsteilnehmer innerhalb des Loses zu vergeben. Daher und da es möglich sein kann, dass nur ein Bieter je Los ein wertbares Angebot abgibt und somit den gesamten Losumfang alleine abdecken würde, muss es einem Bieter potentiell möglich sein alle Leistungsumfänge innerhalb des Loses zu erfüllen.

2 Verfahrensbedingungen

2.1 Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off). Jeder Bieter ist verpflichtet, sich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bieterfragen zu informieren.

[Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)]
[102-25-E11]

Angebote sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter Deutsche eVergabe (https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass die Abgabe von Angeboten ausschließlich über die dafür vorgesehenen Funktionen auf der Vergabeplattform erfolgen muss. Eine Übermittlung mittels Bieternachricht führt zum Ausschluss.

Änderungen an den vorformulierten Texten der Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bieters müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

2.2 Vertraulichkeit

2.2.1 Verwendung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen der rnv dürfen nur zur Erstellung des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

2.2.2 Verschwiegenheit

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

2.3 Angebote

2.3.1. Hinweispflicht der Bewerber und Fragefrist

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber die rnv unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu der Bekanntmachung und den übersandten Unterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

[04.07.2025 – 09.00 Uhr]

über die Vergabeplattform (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) zu stellen.

Die Beantwortung von Fragen der Bieter und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off).

Die Bieter sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern der rnv, deren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bieters führen.

[Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)]
[102-25-E11]

2.3.2 Form und Frist Einreichung Angebote

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off bis zum

[14.07.2025 – 09.00 Uhr]

einzureichen.

Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Angeboten bleibt davon unberührt.

2.3.3 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden grundsätzlich vom Verfahren ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann.

2.3.4 Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)

Im Falle der Angebotsabgabe durch eine Bietergemeinschaft muss jedes Bietergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung mit dem Angebot einreichen (Formblatt B.I.1.). Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

2.3.5 Unterauftragnehmer/Eignungsleihe

Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will. Das andere Unternehmen, auf dessen Eignung sich der Bieter bezieht, muss seine Eignung in dem Umfang nachweisen, in dem eine Eignungsleihe

[Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten) |
[102-25-E11]

stattfindet. Das bedeutet, dass im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die Technische und berufliche Leistungsfähigkeit auch Referenzen des anderen Unternehmens anzugeben sind.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden (Formblatt B.IX.1).

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB, vorliegen. Hierfür muss der Bieter durch das Unternehmen Formblatt B.IV.1 ausfüllen lassen und mit dem Angebot einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bieter benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium, für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bieter gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bieter das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv den Bietern eine Frist setzen.

Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich unzulässig.

Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

2.3.6 Inhalt der Angebote

Von den Bietern sind mit dem Angebot alle geforderten Unterlagen und Nachweise einzureichen. Soweit den Bietern Formblätter zur Erstellung der Angebote zur Verfügung gestellt wurden, sind diese Formblätter für die Erstellung des Angebotes zu verwenden.

2.3.7 Eröffnungstermin der Angebote

Zum Eröffnungstermin der Angebote sind Bieter oder deren Bevollmächtigte nicht zugelassen.

2.3.8 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen].

2.3.9 Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen

Nach Eingang der Angebote erfolgt eine Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bieters erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentendegesetz (AEntG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem

Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

2.3.10 Prüfung auf Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit

Es erfolgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bieters gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Bieter eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

2.3.11 Prüfung und Wertung der Angebote

- **Formale Prüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote zunächst anhand der in den Vergabeunterlagen genannten Anforderungen in formaler Hinsicht überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass bei einem Angebot Unterlagen fehlen oder unvollständig sind, wird der Auftraggeber im Rahmen des § 51 SektVO den betroffenen Bieter auffordern, Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.
- **Angemessenheitsprüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote rechnerisch, technisch und wirtschaftlich prüfen. Hierzu wird der Auftraggeber die von den Bietern angegebenen Preise auf deren Angemessenheit überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass ein Angebot unangemessen hoch bzw. unangemessen niedrig erscheint, wird der Auftraggeber den Bieter auffordern, die angebotenen Preise gemäß § 54 SektVO aufzuklären.
- **Wertung anhand der Zuschlagskriterien:** Die weitere Wertung der Angebote erfolgt auf der Grundlage des folgenden Wertungskriteriums:

100% Preis

Der Zuschlag erfolgt gemäß § 52 Abs. 1 SektVO auf das wirtschaftliche Angebot gemäß der oben genannten Zuschlagskriterien.

2.3.12 Anfordern zusätzlicher Unterlagen

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bietern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise anzufordern.

Auf Verlangen ist eine Urkalkulation in einem verschlossenen/versiegelten Umschlag mit Angabe der Projektnummer und Projektbezeichnung dem Auftraggeber zu überreichen.

2.3.13 Zuschlag

Die nicht erfolgreichen Bieter werden über die Zuschlagsabsicht gemäß § 134 GWB informiert werden.

[Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)]
[102-25-E11]

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am [13.08.2025]. Bis zu diesem Termin sind die Bieter an ihre finalen Angebote gebunden.

2.3.14 Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für Erstellung der Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden Kosten nicht erstattet und Entschädigungen nicht gewährt.

3 Rügepflicht und Nachprüfung

3.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

3.2 Vergabekammer

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an die, in der Auftragsbekanntmachung genannte, Stelle wenden.

3.3 Rechtsgrundlagen

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:

§ 134 Informations- und Wartepflicht

(1) *Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für*

[Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)]

[102-25-E11]

Bieter, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

(2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bieter kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnete geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauter Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.

§ 135 Unwirksamkeit

(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber

1. gegen § 134 verstoßen hat oder

2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

(3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn

1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu-lässig ist,

2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und

3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

§ 160 Einleitung, Antrag

- (1) *Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.*
- (2) *Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.*
- (3) *Der Antrag ist unzulässig, soweit*
- 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,*
 - 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
 - 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
 - 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.*

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

3.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Teilnahmeanträge und Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bewerbers oder Bieters, bereits mit der Abgabe des Teilnahmeantrags oder Angebotes eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zur/ zum **303-24-E14 - Rahmenvertrag Ingenieurleistungen Signaltechnik** bei der rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim
Tel.: 0621-465-0
E-Mail: kundenservice@rnv-online.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH
Herr Mentges
Marienburgstraße 27
64297 Darmstadt
Tel.: 06154-57605 111
E-Mail: datenschutz@ctm-com.de oder datenschutz@rnv-online.de

3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe-grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GWB**“) zur

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genann-

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

ten Fällen eingeschränkt.

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel: 0711 61 55 41-0
E-Mail: poststelle@fdi.bwl.de

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

**Allgemeine
Sicherungsanweisung zu
Arbeiten im
Bereich von Gleisen**

Geltungsbereich	alle Mitarbeiter und betriebsfremde Personen, die im Bahnbereich arbeiten	
Bereiche / Standorte	alle Standorte	
Strecke /Orte / Fahrzeuge / Anlagen	rnv-Gesamtnetz (BOStrab und ESBO)	
prozessorientierte Dokument-Bezeichnung:	Prozess-Nr.	

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
0. Definitionen und Abkürzungen	3
1. Zweck dieser Anweisung / Risiken.....	7
2. Regelung	8
2.1 Grundlagen	8
2.1.1 Bahnbereich.....	8
2.1.2 Gleisbereich	9
2.1.3 Fahrbereich.....	9
2.1.4 Sicherheitsraum	9
2.1.5 Schutzbereich	9
2.1.6 Gefahren	9
2.1.7 Ausweichmöglichkeiten.....	10
2.2 Sicherungsmaßnahmen	10
2.2.1 Allgemeine Regeln	10
2.2.2 Arbeiten im Schutzbereich	11
2.2.3 Nutzung von Kommunikations- und Endgeräten	11
2.2.4 Tauglichkeit, Dienstfähigkeit	11
2.2.5 Gleissperrung.....	11
2.2.6 Sicherung durch Geschwindigkeitsbeschränkung und Sicherungsposten	12
2.2.7 Sicherungsmaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum.....	13
2.2.8 Sicherungsmaßnahmen in Tunnelstrecken und Trogbauwerken.....	13
2.2.9 Einzelne, besonders unterwiesene Personen.....	13
2.2.9.1 Kategorie I: Arbeiten im Gleisbereich.....	13
2.2.9.2 Kategorie II: Besichtigungen und Begehungen (rnv)	13

2.2.10	Arbeiten in Kleingruppen.....	14
2.2.11	Bahnsteigpflegearbeiten	15
2.2.12	Betriebshöfe	16
2.2.13	Besichtigungen und Begehungen	16
2.2.14	Material- und Gerätelagerung.....	16
2.2.15	Frei- und Befahrbarkeitsmeldung.....	16
2.3	Fahrleitungsanlagen	16
2.3.1	Elektrische Ausrüstung von Fahrleitungsanlagen.....	16
2.3.2	Arbeiten an und in der Nähe von Fahrleitungsanlagen.....	17
2.4	Planung, Durchführung und Überwachung von Sicherungsmaßnahmen	18
2.4.1	Anzeigepflicht von Arbeiten im Gleisbereich - Allgemeine Regeln	18
2.4.2	Aufsichtsführende Person	19
2.4.3	Die für den Bahnbetrieb zuständige Stelle (BzS)	19
2.4.4	Sicherungsaufsicht	20
2.4.5	Sicherungsposten	20
2.4.6	Bahnübergangsposten (Büp)	21
2.4.7	Bereitschaftsdienst	21
3.	Schutzmaßnahmen / Wirksamkeitskontrolle (Prüfung und Messung)	21
3.1	Unterweisungen / Einweisung.....	21
3.2	Überwachung/ Wirksamkeitskontrolle.....	21
4	Verantwortlich für die Durchführung und für die Einhaltung	22
5	Erforderliche Dokumentation.....	22
6	Kriterien und Standards (externe und interne Anforderungen)	22

0. Definitionen und Abkürzungen

Bahnbetreiber im Sinne dieser Dienstanweisung ist die Rhein-Neckar-Verkehr-GmbH.

Bahnkörper nach BOStrab:

Straßenbündige Bahnkörper sind mit ihren Gleisen in Fahrbahnen oder Gehwegen eingebettet.

Besondere Bahnkörper liegen im Verkehrsraum öffentlicher Straßen, sind jedoch vom übrigen Verkehrsraum mindestens durch Bordsteine oder Hecken oder Baumreihen oder andere ortsfeste körperliche Hindernisse getrennt. Zum besonderen Bahnkörper gehören auch Bahnübergänge nach § 20 Absatz 1 Satz 3 BOStrab mit Vorrang für die Straßenbahn, wenn sie entsprechend § 20 Absatz 3 oder 4 BOStrab gesichert sind.

Unabhängige Bahnkörper befinden sich auf Grund ihrer Lage oder Bauart außerhalb des Verkehrsraums öffentlicher Straßen. Zum unabhängigen Bahnkörper gehören auch die Bahnübergänge nach § 20 Absatz 1 Satz 2 BOStrab.

Für Gleisanlagen im Bereich der Eisenbahnbetriebsanlagen gilt i.S.v. § 4 ESBO i.V.m. § 4 EBO.

Beschäftigte im Sinne dieser Dienstanweisung sind Mitarbeiter des Bahnbetreibers und solcher Unternehmen (Betriebsfremde Personen), welche im Bereich von Gleisen tätig werden und insbesondere auf Grundlage dieser Dienstanweisung über das Verhalten im Gleisbereich unterwiesen sind oder werden.

Betriebsfremde Personen im Sinne dieser Dienstanweisung sind alle Personen, die nicht beim Bahnbetreiber beschäftigt sind.

Betriebsanlagen und Bahnanlagen entsprechend den Begriffserklärungen gemäß §1 BOStrab und § 4 ESBO i.V.m. § 4 EBO.

Betriebsbedienstete sind Mitarbeiter der rnv, die als

- Betriebsbedienstete nach § 1 (6) BOStrab
- Betriebsbeamte nach § 47 ESBO
- Betriebspersonal nach § 7 BOKraft
- Sicherheitsprüfung-Beauftragte/-Fachkräfte die nach Sicherheitsprüfungs-Anerkennungsrichtlinie eigenverantwortlich sicherheitsrelevante Aufgaben durchführen bzw. freigeben dürfen und hierzu ernannt sind. Näheres ist in der DA Betriebsbediensteten-Kataster geregelt.

Dienstfähigkeit ist die körperliche und geistige Leistungsvoraussetzung des Beschäftigten, die einen vorschriftsmäßigen und sachgerechten Arbeitseinsatz gewährleistet.

Elektrofachkraft ist eine Person, die aufgrund ihrer fachlichen Ausbildung, Kenntnisse und Erfahrungen sowie Kenntnis der einschlägigen Normen die ihr übertragenen Arbeiten beurteilen und mögliche Gefahren erkennen kann.

(DIN VDE 1000-10 (VDE 1000-10):2021-06)

Elektrotechnisch unterwiesene Personen ist eine Person, die durch eine Elektrofachkraft über die ihr übertragenen Aufgaben und die möglichen Gefahren bei unsachgemäßem Verhalten unterrichtet und erforderlichenfalls angelernt sowie hinsichtlich der notwendigen Schutzeinrichtungen, persönlichen Schutzausrüstungen und Schutzmaßnahmen unterwiesen wurde (DIN VDE 1000-10 (VDE 1000-10):2021-06).
Inhalt der Unterweisung ist anhand einer Gefährdungsbeurteilung zu ermitteln.

Ein **elektrotechnischer Laie** ist jede Person, die weder Elektrofachkraft noch elektrotechnisch unterwiesene Person ist (DIN VDE 0105-100:2015-10).

Die Tätigkeiten, die ein Laie grundsätzlich ausüben darf, sind anhand einer Gefährdungsbeurteilung (BetrSichV) zu ermitteln und festzulegen. Dabei ist auch die DGUV Vorschrift 3 DA heranzuziehen.

Die **Fahrleitungsanlage** ist die Gesamtheit der Betriebsmittel der elektrischen Energieversorgung von den Unterwerken bis hin zu den elektrischen Triebfahrzeugen, bestehend aus Oberleitungs- oder aus Stromschienenanlagen. Die elektrischen Grenzen der Fahrleitungsanlagen im Stromkreis bilden der Speisepunkt und die Kontaktstelle zum Stromabnehmer (DIN EN 50119 (VDE 0115-601)).

Zu diesen Betriebsmitteln zählen insbesondere Elemente der Fahrleitung, nicht an Spannung liegende Isolatoren mit Zubehör, Stützpunkte, Maste und deren Gründungen, Träger, Längs- und Quertragwerke, Gestänge, Spannvorrichtungen. Zur Fahrleitungsanlage gehören auch Speiseleitungen und andere Leitungen, soweit diese auf den Tragwerken der Fahrleitungsanlage geführt sind.

Falschfahrt im Sinne der BOStrab, ist eine Fahrt über ein Streckengleis entgegen der Regelfahrtrichtung. Im Bereich der Eisenbahn (ESBO) werden diese Fahrten als **Fahrten im Gegengleis** (Gegengleis- oder Gleiswechselbetrieb) bezeichnet.

Langsamfahrstelle ist ein durch Geschwindigkeitssignale gekennzeichnete Gleisabschnitt, in dem eine verminderte Geschwindigkeit gegenüber der örtlichen Regelgeschwindigkeit temporär vorgeschrieben ist.

Ein **Notfall** ist ein Ereignis (gefährliche oder meldepflichtige Unfälle und Ereignisse), das unverzüglich besondere Maßnahmen erfordert, die über die normale Störungsbearbeitung hinausgehen.

Räumzeit ist die Zeit, die benötigt wird, um den Fahrbereich einschließlich der Maschinen und Geräte ohne Hast zu räumen.

Ein **Schaltberechtigter** ist eine Elektrofachkraft mit Spezialkenntnissen, die ausreichend technische Kenntnisse und Erfahrungen besitzt zum Erkennen und Vermeiden von Gefahren durch Elektrizität und ist mit den Anlagen technisch und örtlich vertraut, hat Netzkenntnisse insb. hinsichtlich Stromflusswege, Spannungsebenen, und Lastkenntnisse und befähigt ist die Schalthandlungen vorzunehmen.

Sicherheit

Die Sicherheit des Verkehrssystems ist gegeben, wenn:

- a. die Vorschriften eingehalten werden, d.h. Betriebsanlagen und Fahrzeuge nach den Vorschriften / Anordnungen
 - BOStrab: der BOStrab, der TAB und der Genehmigungsbehörden, sowie den allgemein anerkannten Regeln der Technik
 - ESBO: dem AEG und den darauf aufbauenden Rechtsverordnungen und der LEA
 - BOKraft: den Vorgaben der StVO und StVZOgebaut, abgenommen und zugelassen sind, sowie durch hierfür qualifiziertes, berechtigtes/zugelassenes Personal betrieben und für die gesamte Dauer ihres Gebrauchs in betriebs sicherem Zustand gehalten werden.
- b. der verkehrsbliche/genehmigte Betrieb niemanden schädigt oder mehr als unvermeidbar gefährdet oder behindert (Nichtvorhandensein eines unzulässigen Schadensrisikos DIN EN 50126).

Beides (a. und b.) ist durch die rnh zu organisieren und unterstützt durch das SMS rnh nachweislich sicherzustellen.

Eine **Störung** (Betriebsstörung) ist eine Abweichung vom Regelbetrieb (Umleitung durch Störung, Veranstaltung, Unfall usw.). Eine größere Betriebsstörung beginnt in der Hauptverkehrszeit ab 15 Minuten und in der Schwachverkehrszeit ab 20 Minuten Stillstand.

Die **medizinische Tauglichkeit** ist die Erfüllung körperlicher und gesundheitlicher Voraussetzungen eines Menschen für bestimmte Tätigkeiten. Diese ist entsprechend der VDV-Schrift 714 nachzuweisen.

Überwachen

Die Aufgabendurchführung wird während der Durchführung beaufsichtigt, der Umfang und die Form sind vom Verantwortlichen / Delegierenden im Einzelfall festzulegen.

Überprüfen

Die Aufgabenerfüllung wird anhand des Ergebnisses der durchgeführten Aufgabe (z.B. durch eine Abnahme, Messung oder Funktionsprüfung) und / oder den Aufzeichnungen über die Aufgabendurchführung überprüft, der Umfang und die Form sind vom Verantwortlichen / Delegierenden im Einzelfall festzulegen.

Da man dem Ergebnis und den Aufzeichnungen nur bedingt ansieht, wie die Aufgabenerfüllung durchgeführt wurde und umgekehrt eine korrekte Aufgabendurchführung dennoch zu falschen Ergebnissen führen kann (Wirksamkeit von Vorgaben) ist ggf. sowohl eine Überwachung als auch eine Überprüfung vorzusehen.

Unternehmer/Unternehmen im Sinne dieser Dienstanweisung sind alle Fremdfirmen, die mit oder ohne Beauftragung der rnh Arbeiten im Bereich von Gleisen ausführen.

ASR	Technische Regeln für Arbeitsstätten
BOStrab	Verordnung über den Bau- und Betrieb der Straßenbahnen
BÜ	Bahnübergang
BuP	Besonders unterwiesene Person
Bz	Betriebszentrale der rnv
BzS	Die für den Bahnbetrieb zuständige Stelle
DA	Dienstanweisung
DGUV	Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V.
EBS	Elektronisches Betriebsmeldesystem
EIU	Eisenbahninfrastrukturunternehmen
ESBO	Eisenbahn Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen
IKS	Internes Kontroll-System
OE	Organisationseinheit
RAB 30	Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen 30: Geeigneter Koordinator
rnv	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
RSA	Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (aktuell gültiger Stand)
Sipo	Sicherungsposten
SMS rnv	Sicherheitsmanagementsystem der rnv
SMS-VA	SMS-Verfahrensanweisung
SP	Sicherheitsprüfung

1. Zweck dieser Anweisung / Risiken

Die Bestimmungen dieser Dienstanweisung ergänzen und beschreiben die Vorgaben der BOStrab und ESBO, der betrieblichen Regelungen des SMS rnv und die Schutzziele, insbesondere der DGUV Vorschrift 73 und DGUV Vorschrift 77, für die Rhein-Neckar-Verkehr-GmbH.

Diese Dienstanweisung beschreibt Verhalten, Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen

- des Bahnbetreibers,
- der für den Bahnbetrieb zuständigen Stelle,
- der ausführenden Unternehmen,
- der an den Sicherungsmaßnahmen Beteiligten und
- aller Beschäftigten.

Ebenso ist diese Dienstanweisung Bestandteil aller notwendigen Unterweisungen und Einweisungen.

Ziel ist die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der im Bereich von Gleisen Beschäftigten zu verbessern und Unfälle vorzubeugen. Bei Einhaltung der Dienstanweisung werden Unfallrisiken minimiert.

Die Vorgaben aus den jeweils gültigen Versionen des Managementhandbuch Arbeitssicherheit und Umweltschutz sowie aus dem Fremdfirmenmanagement sind einzuhalten.

Im Folgenden sind einseitig geschlechtsbezogene Bezeichnungen verwendet, damit sind aber gleichermaßen männliche, weibliche sowie diverse Geschlechter gemeint und angesprochen.

2. Regelung

2.1 Grundlagen

2.1.1 **Bahnbereich**

Der Bahnbereich umfasst den Gleis- sowie den Schutzbereich. Der Fahrbereich und die Sicherheitsräume sind Bestandteil des Gleisbereichs.

Der Bahnbereich deckt den Stromabnehmer- sowie den Oberleitungs- bzw. Fahrleitungsrissbereich ab und ist in seiner seitlichen Ausdehnung auf mindestens 4,0 m von Gleisachse beschränkt.

Die Skizze in Abbildung 1 erläutert den Bahnbereich bei der rnv.

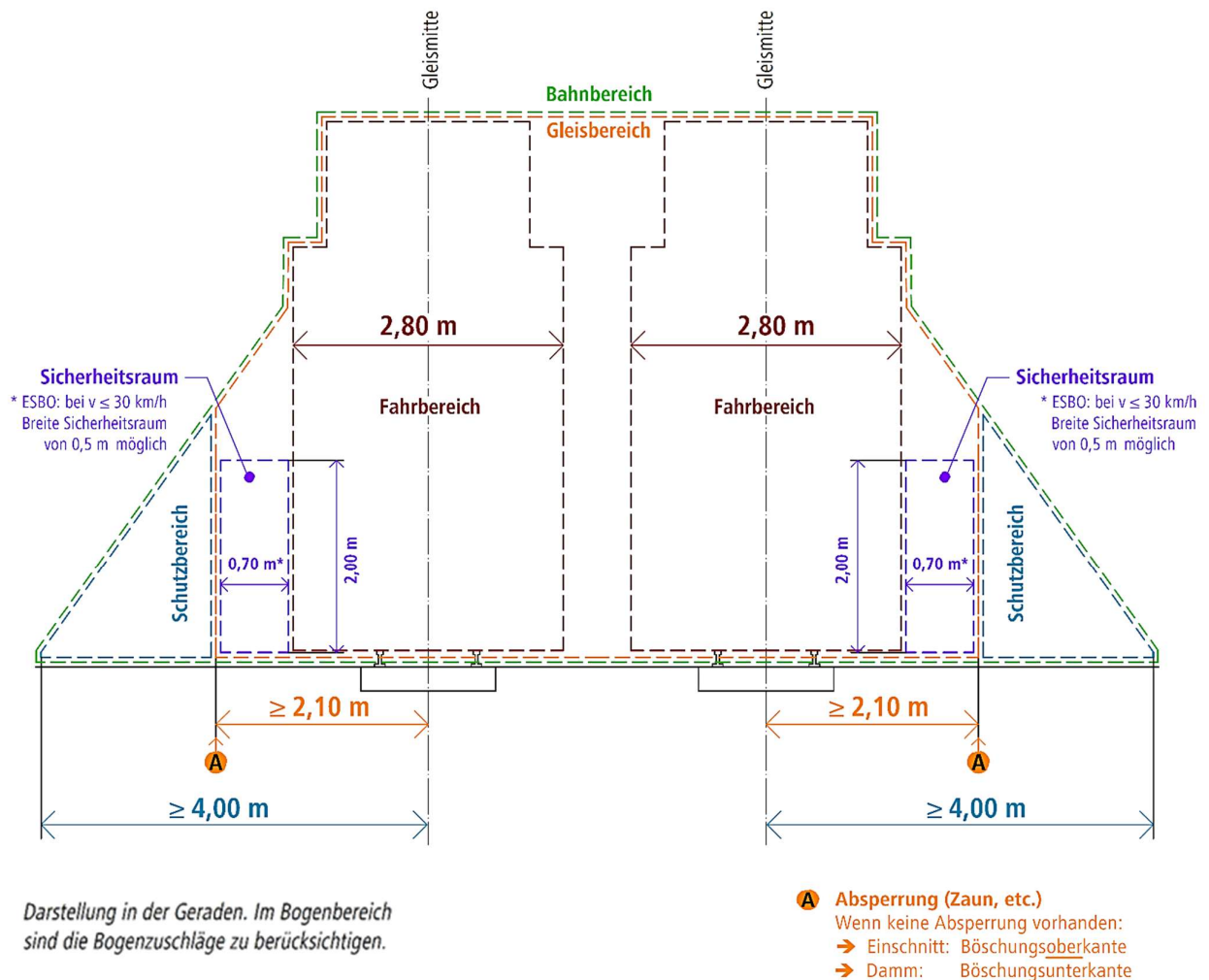


Abbildung 1: Bahnbereich mit Aufteilung in Teilbereichen (Gleisbereich -inkl. Fahrbereich und Sicherheitsraum- sowie Schutzbereich)

2.1.2 Gleisbereich

Der **Gleisbereich** umfasst den Teilbereich des Bahnbereichs bis zu den nächstliegenden Absperrungen (einschließlich) jenseits der Gleise (Zaun, Mauer, etc.). Wenn keine Absperrungen vorhanden sind, umfasst der Gleisbereich den Raum bis zur Böschungsunterkante beim Bahndamm und bis zur Böschungsoberkante beim Einschnitt. In allen Fällen umfasst der Gleisbereich mindestens 2,10 m zzgl. Bogenzuschläge (gemäß der Anlagen 1.2 und 2 der rnv-Ril 1.1.101) zur jeweiligen nächstliegenden Gleisachse.

Der Gleisbereich ist in seiner seitlichen Ausdehnung als variable Größe zu verstehen, welche maßgeblich durch die Örtlichkeit und die auszuführende Tätigkeit bestimmt wird.

2.1.3 Fahrbereich

Der **Fahrbereich** ist der von bewegten Schienenfahrzeugen max. in Anspruch genommene Raum. Der einseitige Fahrbereich ist auf Grundlage der jeweils gültigen Version aus der Technischen Richtlinie Lichtraum, Hüllkurve und feste Einbauten (rnv-Ril 1.1.101 LRP NA) einheitlich für das gesamte Netz der rnv festgelegt (Umgrenzung des lichten Raumes). Es ist zu beachten, dass der Fahrbereich 0,14 m bei geradem Gleis in den Bahnsteig hineinragt. Im Bogenbereich sind die Bogenzuschläge gemäß der Anlagen 1.2 und 2 der rnv-Ril 1.1.101 zu beachten (Hüllkurve B).

2.1.4 Sicherheitsraum

Der **Sicherheitsraum** ist der Bereich neben dem Fahrbereich, in den vor herannahenden Schienenfahrzeugen ausgewichen werden kann.

Entsprechend den Definitionen zeigt die Darstellung in Abbildung 1 die Anordnung der mindestens notwendigen Sicherheitsräume. Es ist zu beachten, dass Spiegel und fahrzeugseitige Spaltüberbrückungen gemäß § 34 BOStrab und § 22 ESBO über das Lichtraumprofil bzw. Fahrbereich gem. 2.1.3 hinausragen können.

2.1.5 Schutzbereich

Der **Schutzbereich** umfasst den Teilbereich des Bahnbereichs, der nicht Bestandteil des Gleisbereichs ist.

2.1.6 Gefahren

Gefahren aus dem Bahnbetrieb sind Gefahren, die von bewegten Schienenfahrzeugen oder von Betriebsanlagen ausgehen.

Gefahren aus der Fahrleitungsanlage sind Gefahren, die durch spannungsführende Teile oder der Fahrleitungsanlage selbst verursacht werden können.

Gefahren aus der Arbeitsumgebung sind z.B. Gefahren durch den begleitenden Individualverkehr. Hier sind gesonderte Sicherungsmaßnahmen nach RSA für den Straßenverkehr und nach ASR A5.2 für die Arbeitsstelle zu treffen.

2.1.7 Ausweichmöglichkeiten

Ausweichmöglichkeiten sind außer dem Sicherheitsraum z.B. auch provisorisch gesperrte Fahrbahnflächen öffentlicher Straßen, Nischen, Öffnungen in Geländern und Gleisen, auf denen Fahrzeugbewegungen von schienengebundenen Fahrzeugen ausgeschlossen sind.

2.2 Sicherungsmaßnahmen

2.2.1 Allgemeine Regeln

Allgemeines Verhalten im Gleisbereich

Mit den Arbeiten im Gleisbereich darf erst begonnen werden, wenn die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen getroffen sind und der Beginn der Arbeiten an die Betriebszentrale telefonisch bzw. über Funk angemeldet wurden. Nach Abschluss der Arbeiten ist die Betriebszentrale telefonisch auch hierüber zu informieren. (siehe Anlage 1: Telefonliste Betriebszentrale)

Beschäftigte müssen:

- Fahrzeugführer durch Nothaltssignal zum Halten auffordern, wenn ein Gleis nicht befahrbar ist oder nicht rechtzeitig geräumt werden kann
- im Gleis entgegen der üblichen Fahrtrichtung gehen
- Jeder, der eine Gefahr erkennt, ist verpflichtet weitere Personen umgehend zum Räumen des Gleisbereiches zu veranlassen
- Jeder, der sicherheitswidriges Verhalten bzw. Gefahren erkennt, hat dies der zuständigen Aufsichtsführenden Person bzw. Sicherheitsaufsicht mitzuteilen
- Wird das Arbeitsgleis in beiden Richtungen befahren, muss die Sicherung der Arbeitsstelle nach beiden Richtungen erfolgen

Um eine unnötige Behinderung des Fahrbetriebs zu vermeiden, müssen Sperreinrichtungen oder Geschwindigkeitsbeschränkungen bei längeren Arbeitsunterbrechungen (Pausen, Wochenenden) abgedeckt oder entfernt werden, sofern es der Zustand der Arbeitsstelle zulässt und über die schriftlichen Anweisungen an die Betriebsbediensteten (Betra, FdA, Beka, Info, etc.) festgelegt wurde.

Maßnahmenbezogene vorübergehende Signalisierungen müssen klar ersichtlich und zuordnungsbar aufgestellt sein. Widersprüchliche Regelsignalisierungen im Bereich der Maßnahme sind während derer Ausführung entsprechend den jeweiligen schriftlichen Anweisungen an die Betriebsbediensteten (Betra, FdA, Beka, Info, etc.) abzudecken oder auszukreuzen. Betriebsbedienstete oder beauftragte Personen setzen die Beschilderung gemäß Sicherungsplan (Anlage 2) und dem Auftrag des Maßnahmenverantwortlichen bzw. der Aufsichtsführenden Person um.

Bei Sicherungsmaßnahmen in Kombination mit einer Langsamfahrstelle ist in der Regel die vorübergehende Geschwindigkeitsbeschränkung von 10 km/h bis max. 30 km/h zu wählen. Jede Maßnahme ist gesondert zu bewerten und bei Bedarf im Rahmen des Sicherungsplans in einer gesonderten Gefahrenanalyse zur Festlegung der Geschwindigkeit zu betrachten.

Bei Langsamfahrstellen von 10 km/h ist zu prüfen, ob Bahnübergängen betroffen sind (Grundstellerzeit bzw. Annährungszeit). In die Prüfung ist die zuständige Fachabteilung einzubeziehen.

An beweglichen Teilen von elektrisch betriebenen Weichen darf nur im abgeschalteten Zustand gearbeitet werden. Ausgenommen sind Tätigkeiten der Weichenreinigung bei denen ein hineingreifen in die Weiche ausgeschlossen ist.

Arbeiten in der nächtlichen Betriebsruhe gelten als Gleissperrungen.

Die Vorgehensweise zur Anmeldung von Arbeiten im Gleisbereich wird in der VA-SMS/2017-001 geregelt.

Die Vorgaben dieser SMS-VA sind anzuwenden und einzuhalten.

2.2.2 Arbeiten im Schutzbereich

Arbeiten im Schutzbereich sind im Sinne dieser Dienstanweisung nur relevant in folgenden Fällen:

1. Die Absperrung zwischen Gleis- und Schutzbereich vorübergehend zurückgebaut werden muss.
2. Die Arbeiten den Gleisbereich tangieren können (bspw. Einsatz eines Baggers).
3. Wenn die Gefahr besteht, dass die Fahrleitung gerissen wird.

In diesen Fällen sind Arbeiten im Schutzbereich als Arbeiten im Gleisbereich zu betrachten, insbesondere hinsichtlich der Erstellung eines Sicherungsplans.

Eine Anzeigepflicht gegenüber der rnv über Arbeiten ausschließlich im Schutzbereich, bzw. im Bahnbereich wird unter 2.4.1 – Anzeigepflicht von Arbeiten im Bereich von Gleisen geregelt.

2.2.3 Nutzung von Kommunikations- und Endgeräten

Beschäftigte, die Arbeiten im Gleisbereich ausführen, dürfen mobile Kommunikations- und Endgeräte nur zur Erfüllung ihrer Tätigkeiten nutzen und die Nutzung ist auf notwendige Arbeiten zu reduzieren, z. B. bei digitaler Instandhaltung.

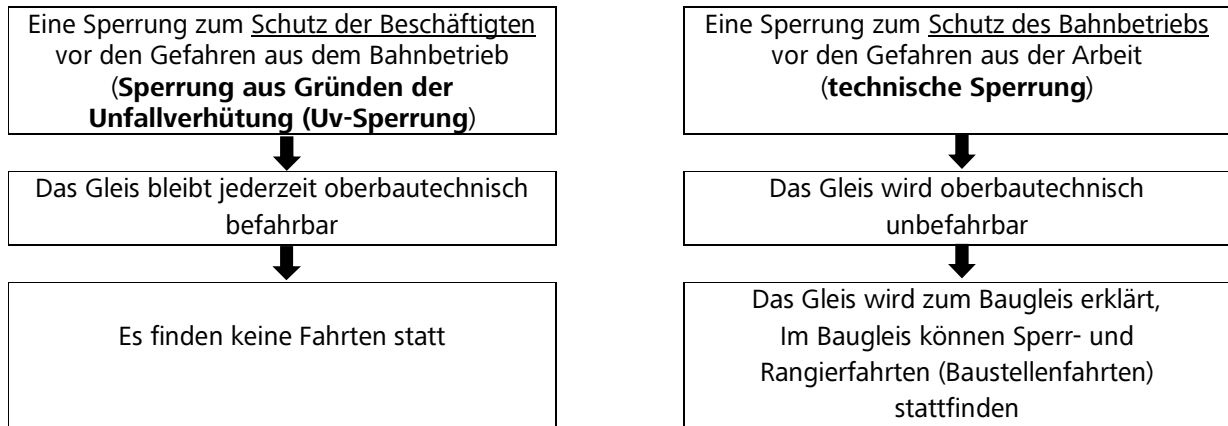
Beispiel: Die Eingabe von Daten im Fahrbereich zulässig, aber die Kontrolle, Weitergabe oder Auswertung der eingegebenen Daten ist im Fahrbereich unzulässig, sondern hat im Sicherheitsraum oder außerhalb des Gleisbereiches zu erfolgen.

2.2.4 Tauglichkeit, Dienstfähigkeit

Beauftragte Unternehmen, vertreten durch ihre Verantwortlichen, haben die erforderliche Tauglichkeit, Eignung und Arbeitsfähigkeit für ihre Beschäftigten auf Verlangen der rnv nachzuweisen.

2.2.5 Gleissperrung

Eine Gleissperrung kann aus zwei Gründen notwendig werden:



Ein gesperrtes Gleis ist vor Ort mit Sh2 (Schutzhalt) zu signalisieren. Die Sh2-Tafel ist mindestens im Bremswegabstand vor dem Arbeitsbereich aufzustellen.

Ein **Nachbargleis** ist ein Gleis neben dem gesperrten Gleis, wenn zwischen dem Fahrbereich des gesperrten Gleises und dem Fahrbereich des genannten Nachbargleises ein Sicherheitsraum von 0,7 m nicht vorhanden ist.

Bei Arbeiten in einem gesperrten Gleis darf ohne Sicherungsposten gearbeitet werden, wenn aufgrund der örtlichen und technischen Bedingungen sichergestellt ist, dass

- keine Sperr- und/oder Rangierfahrten zugelassen sind
 - der komplette Arbeitsbereich für Regelfahrten zur Personenbeförderung gesperrt ist (zweigleisiger Abschnitt)
 - sich keine Beschäftigten im Fahrbereich der betrieblich genutzten bzw. der nicht gesperrten Nachbargleise befinden oder in diesen unbeabsichtigt hineingelangen sowie keine Geräte, Gegenstände oder Arbeitsmaschinen in den Fahrbereich dieser Gleise hineinragen können.
- Bei Arbeiten in einem gesperrten Streckengleis sind Gefährdungen durch und für das Nachbargleis zu ermitteln und geeignete Sicherungsmaßnahmen (feste Absperrung z.B. Zäune, Geländer, etc.) zu ergreifen.

Treffen diese aufgeführten Punkte zu, so sind schienengebundene Baustellenverkehre, die nur vollständig innerhalb des gesperrten Arbeitsgleises durch Zweigegefahrzeuge stattfinden, keine Rangierfahrten im Sinne dieser DA. Die Sicherung gegen Gefahren aus diesen Baustellenfahrten obliegt alleinig dem ausführenden Unternehmen. Baustellenfahrten sind mit bis max. 20 km/h zulässig.

Trifft bereits eine der aufgeführten Punkte nicht zu, ist eine Ausführung ohne weitere Sicherungsmaßnahmen nicht zulässig.

2.2.6 Sicherung durch Geschwindigkeitsbeschränkung und Sicherungsposten

Um das Gleis nach einer Warnung zeitgerecht räumen zu können, müssen aufgrund der hohen Gefährdung folgende Bedingungen eingehalten werden:

- Im Bereich der Arbeitsstelle ist eine Geschwindigkeitsbeschränkung angeordnet und eingerichtet.
- Die örtlich zulässige Geschwindigkeitsbeschränkung beträgt max. 30km/h

Bei Arbeiten, die nicht hauptsächlich oder vollständig im Fahrbereich des Arbeitsgleises ausgeführt werden, ist auf dem Nachbar- oder Gegengleis ebenso eine vorübergehende Geschwindigkeitsbeschränkung einzurichten. Die notwendige Geschwindigkeitsbeschränkung im Gegen- oder Nachbargleis legt die BzS im Sicherungsplan (Anlage 2) fest. Im Nachbargleis ist in der Regel die örtlich zulässige Geschwindigkeit des Arbeitsgleises zu wählen.

Abstandstabelle der aufzustellenden Signaltafeln einer Geschwindigkeitsreduzierung mit Mindestmaßen siehe Anlage 3.

2.2.7 Sicherungsmaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum

Bei Eingriffen in den öffentlichen Straßenverkehr können unter Umständen zusätzlich zu den hier geregelten Sicherungsmaßnahmen verkehrsrechtliche Anordnungen notwendig werden. Diese sind in Abstimmung mit der Aufsichtsführenden Person herbeizuführen.

2.2.8 Sicherungsmaßnahmen in Tunnelstrecken und Trogbauwerken

Vor Betreten eines Tunnelabschnittes ist die Betriebszentrale wie folgt zu informieren:

- Name, Dienststelle bzw. Firma der Einzelperson bzw. der Aufsicht
- Anfang und Ende des zu begehenden Tunnelabschnittes
- Das Verlassen des Tunnelabschnittes ist der Betriebszentrale unter Angabe von Namen und Dienststelle bzw. Firma zu melden

Nach Anmeldung bei der Betriebszentrale ist die Tunnelbeleuchtung einzuschalten. Eine eingeschaltete Tunnelbeleuchtung ist für den Fahrdienst ein Hinweis, dass sich Personen im Tunnel aufhalten. Deshalb soll die Tunnelbeleuchtung nur in den Abschnitten eingeschaltet sein, in denen sich Personen tatsächlich aufhalten.

Eine eingeschaltete Tunnelbeleuchtung im Bereich Ludwigshafen bedingt zwangsläufig eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf max. 20km/h. Darüber hinaus ist am Tunneleingang zu pfeifen. Für den Bereich Mannheim gelten diese beiden Bestimmungen nicht. Es ist hier grundsätzlich mit Zugvorbeifahrten mit zulässiger Streckengeschwindigkeit zu rechnen.

2.2.9 Einzelne, besonders unterwiesene Personen

Einzelne, besonders unterwiesene Personen sind Mitarbeiter des Bahnbetreibers mit besonderen Kenntnissen ihrer spezifischen tätigkeitsbezogenen Funktionen und aller wesentlichen Informationen über den Betrieb. Sie unterliegen besonderen Arbeits- und Sicherheitsbedingungen.

2.2.9.1 Kategorie I: Arbeiten im Gleisbereich

Gilt für Mitarbeiter des Bahnbetreibers, die Arbeiten im Gleisbereich durchführen, die über die Besichtigung und Begehung der Betriebsanlagen hinausgehen.

Zusätzlich zu den grundsätzlichen Voraussetzungen und den besonderen Bedingungen (siehe 2.2.1) gilt:

- müssen Betriebsbedienstete sein
- die örtlichen und betrieblichen Verhältnisse müssen Alleinarbeit zulassen

- die Sicherungsmaßnahmen müssen auf die örtlichen Bedingungen wie z. B. die Witterungsbedingungen, Sichtverhältnisse oder die eigentl. Arbeit abgestimmt sein
- die Person als Sicherungsposten oder Sicherungsaufsicht ausgebildet ist

Schreib- und Dokumentationstätigkeiten sind außerhalb des Gefahrenbereichs auszuführen.

Beschäftigte, die im Fahrbereich gehen müssen, haben in mehrgleisigen Anlagen entgegen der üblichen Fahrtrichtung zu gehen. Dabei ist Augenkontakt zum Fahrer der herannahenden Fahrt zu suchen und durch Handzeichen „gesehen“ zu signalisieren.

Halten sich mehrere Einzelne, besonders unterwiesene Personen mit unterschiedlichen Aufgaben am gleichen Ort auf, so gilt die Regelung für Arbeiten in Kleingruppen. Der Organisator ist für die Einhaltung verantwortlich.

2.2.9.2 Kategorie II: Besichtigungen und Begehungen (rnv)

Gilt für Mitarbeiter des Bahnbetreibers, die im Gleisbereich ausschließlich Besichtigungen und Ortstermine der Betriebsanlagen durchführen.

Zusätzlich zu den grundsätzlichen Voraussetzungen und den besonderen Bedingungen gilt:

- die Tauglichkeit muss analog Betriebsbedienstete nachgewiesen werden
- die örtlichen und betrieblichen Verhältnisse müssen Alleinarbeit zulassen
- die Sicherungsmaßnahmen müssen auf die örtlichen Bedingungen wie z. B. die Witterungsbedingungen, Sichtverhältnisse oder die eigentl. Arbeit abgestimmt sein
- die Person muss im Rahmen der Unterweisung zum sicheren Arbeiten im Gleisbereich die wesentlichen betrieblichen Inhalte einer Grundausbildung zum Sicherungsposten übermittelt bekommen haben
- die Person muss Kenntnis über die Örtlichkeit haben oder sich aneignen
- die Arbeiten im Fahrbereich dürfen nur punktuell und von kürzest möglicher Dauer sein und sind auf den minimalen Umfang zu beschränken.

2.2.10 Arbeiten in Kleingruppen

Zusätzlich zu den grundsätzlichen Voraussetzungen und den besonderen Bedingungen gilt:

- max. 3 Beschäftigte der rnv und davon muss mindestens eine besonders unterwiesene Person (siehe Kapitel 2.2.8.1) anwesend sein, welche die Sicherungsaufgabe übernimmt
- die örtlichen und betrieblichen Verhältnisse diese Sicherungsart zulassen
- die Umgebungsbedingungen (z. B. Witterungsverhältnisse) diese Sicherungsart zulassen,
- die auszuführenden Tätigkeiten kurzfristige Arbeiten von geringem Umfang sind, d.h. mit einer voraussichtlichen Dauer von bis zu max. 4 Stunden pro Arbeitsort
- evtl. ist eine Langsamfahrstelle einzurichten

Beschäftigte, die sich im Fahrbereich bewegen, haben in mehrgleisigen Anlagen entgegen der üblichen Fahrtrichtung zu gehen. Dabei ist Augenkontakt zum Fahrer der herannahenden Fahrt zu suchen und durch Handzeichen „gesehen“ zu signalisieren.

Eine Aufteilung von Arbeiten größeren Umfanges (mehrere Tätigkeiten in verschiedenen Gewerken, bspw. gleichzeitig Wartung eines Signals und Instandsetzung einer Weiche) in mehrere kleine Arbeitspakete, die als kurzfristige Arbeiten geringen Umfanges ausgeführt werden sollen, ist nicht zulässig.

Bei Tätigkeiten mit der Sicherungsmaßnahme Arbeiten in Kleingruppen ist die Sicherungsmaßnahme und der mit den Sicherungsaufgaben betraute Mitarbeiter in geeigneter Weise zu dokumentieren.

Auszubildende dürfen bei Arbeiten innerhalb einer Kleingruppe nur unter nachfolgenden Bedingungen eingesetzt werden:

- Das Mitwirken des Auszubildenden in der Kleingruppe muss für das Erreichen des Ausbildungsziels erforderlich sein
- Ab dem zweiten Ausbildungsjahr und je nach persönlicher Eignung des Auszubildenden kann mit dem Einsatz in einer drei Mitarbeiter umfassenden Kleingruppe (zwei Einzelne, besonders unterwiesene Personen und ein Auszubildender) begonnen werden. Dabei übernimmt einer der Einzelnen, besonders unterwiesenen Personen die Sicherung der Arbeitsgruppe. Auszubildende dürfen zu keiner Zeit mit der Absicherung der Kleingruppe betraut werden
- Das Vermitteln von Orts- und Streckenkenntnissen sowie die Unterweisung über die Gefahren aus dem Bahnbetrieb erfolgen außerhalb der Tätigkeit in der Kleingruppe – unabhängig von erfolgten Einweisungen an der Arbeitsstelle – und ist in regelmäßigen Abständen zu wiederholen, bei minderjährigen Personen mindestens halbjährlich

2.2.11 Bahnsteigpflegearbeiten

Bahnsteigpflegearbeiten umfassen Winterdienst, Beseitigung von unerwünschtem Aufwuchs und Reinigung der Verkehrsflächen von Bahnsteigen und der vorhandenen Haltestellenausstattung (z.B. Fahrgastunterstand, Spritzschutz, Fahrscheinautomat, DFI light Batterietausch). Instandsetzungsarbeiten auf dem Haltestellenbereich (z.B. Pflasterregulierung, Austausch Fahrgastunterstand) sind nicht als Bahnsteigpflegearbeiten zu betrachten.

Folgende Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln zur Sicherung sind zusätzlich einzuhalten:

- Arbeitsrichtung an der Bahnsteigkante im Fahrbereich immer entgegen der Fahrtrichtung wählen
- Gleise sind nur über die zulässigen Überwege zu überqueren
- Hindernisse beseitigen und keine Stolperstellen schaffen
- die Arbeitsweise dem laufendem Kundenbetrieb/ Fahrgastwechsel anpassen

Bei Arbeiten mit kraftbetriebenen Maschinen ist eine telefonische Anmeldung (gemäß VA-SMS/2017-001) bei der Betriebszentrale durchzuführen. In der Regel sollten entlang der Bahnsteigkante nur handgeführte Arbeitsmittel eingesetzt werden.

Werden Winterdienstarbeiten direkt im Gleis, insbesondere auf Reisendenübergängen, auf Behelfsbahnsteigen, an Weichen oder auf Betriebswegen ausgeführt, sind weitere geeignete Sicherungsmaßnahmen festzulegen und umzusetzen.

Tätigkeiten, die unter Beachtung der DGUV-Vorschriften 23 DA und 24 ausgeführt werden, obliegen deren Vorgaben und sind von den oben aufgeführten Schutzmaßnahmen entsprechend ausgenommen.

2.2.12 Betriebshöfe

Wartungs- sowie Reinigungsarbeiten an Fahrzeugen sowie Arbeiten zur Erledigung von betrieblichen Aufgaben (Verkehrsunternehmen und EVU) im Bereich von Betriebshöfen sind von dieser Dienstanweisung ausgenommen und werden gesondert geregelt. Werkstattbereiche sind ebenso von dieser Dienstanweisung ausgenommen.

2.2.13 Besichtigungen und Begehungen

Begehungen des Fahrbereiches müssen bei der Betriebszentrale an- und abgemeldet werden. Begehungen der Gleise durch Gruppen dürfen nur unter Aufsicht eines mindestens nach Kapitel 2.2.8.2 (Kategorie II) unterwiesenen Mitarbeiters durchgeführt werden. Diese Person ist verantwortlich für die Einhaltung dieser Dienstanweisung. Gruppen müssen auf Ruf- und Sichtweite zusammenbleiben und leicht überschaubar sein. Erläuterungen sollen nur an Orten gegeben werden, an denen eine Gefährdung durch bewegte Schienenfahrzeuge ausgeschlossen ist. Für die Anmeldung gelten die Regelungen der VA-SMS/2017-001 in der aktuellen Version.

2.2.14 Material- und Gerätelagerung

Die Vorgaben in jeweils gültiger Version der Technische Richtlinie Lichtraum, Hüllkurve und feste Einbauten (rhv-Ril 1.1.101 LRP NA) sind anzuwenden.

Eine Material- und Gerätelagerung sollte grundsätzlich außerhalb von Sicherheitsräumen geplant werden. Ausnahmen sind zulässig, müssen aber in der Örtlichkeit in Zusammenarbeit der Aufsichtsführenden Person und der Sicherungsaufsicht festgelegt werden. Diese gemeinsame Festlegung ist in der Anlage 2 Sicherungsplan, Teil 3 Planung und Durchführung der Sicherungsmaßnahmen zu dokumentieren.

Die notwendigen Genehmigungen hierfür sind durch den ausführenden Unternehmer beizuholen.

2.2.15 Frei- und Befahrbarkeitsmeldung

Mit Abschluss von Tätigkeiten aufgrund von Neubau-, Erneuerungs-, Notfall- und Instandsetzungsmaßnahmen, die sicherheitsrelevante Bauteile und Komponenten, insbesondere des Fahrweges, der Stellwerke, der Zugsicherungsanlagen oder die Fahrleitung betreffen, sind die betroffenen Streckenabschnitte gemäß DA Inbetriebnahme freizugeben, der Betriebszentrale zu melden und diese Freigabe zu dokumentieren.

Die Vorgaben aus der jeweils gültigen Version von Anweisungen zur Inbetriebnahme von Anlagen sind zu beachten und einzuhalten.

2.3 Fahrleitungsanlagen

2.3.1 Elektrische Ausrüstung von Fahrleitungsanlagen

Alle aktiven Teile von elektrischen Anlagen sind als spannungsführend zu betrachten, solange nicht einwandfrei festgestellt wird, dass sie spannungsfrei und geerdet sind.

Bei Arbeiten an elektrischen Anlagen ist grundsätzlich zu beachten:

a) die in der DIN VDE 0105-100 „Betrieb von elektrischen Anlagen“ genannten fünf Sicherheitsregeln:

- Freischalten
- gegen Wiedereinschalten sichern

- Spannungsfreiheit feststellen
- Erden und Kurzschließen, bei Fahrleitungsarbeiten an beiden Seiten des Arbeitsbereiches*
- benachbarte unter Spannung stehende Teile abdecken/absperren

oder

b) Einhalten der DIN VDE 0105-103 „Betrieb von elektrischen Anlagen; Zusatzfestlegungen für Bahnen“ genannten Schutzabständen.

Die ausgeschalteten Fahrleitungsabschnitte sind mit dem Rückleiter (Schiene) zu verbinden. Diese Verbindung muss von der jeweiligen Arbeitsstelle aus sichtbar bzw. zulässig wirksam hergestellt werden (z.B. Erdungsgarnitur).

Arbeiten an Fahrleitungsanlagen dürfen grundsätzlich nur durch für diese Tätigkeit unterwiesene Personen oder unter deren Aufsicht ausgeführt werden.

Schäden an der elektrischen Ausrüstung von Anlagen, Schienenbahnen und Fahrzeugen sind unverzüglich zu melden. Dies gilt auch für zu weit durchhängende Fahrdrähte und Abspannungen. Bei Gefahr sind Schienenbahnen und Fahrzeuge sofort anzuhalten.

Nur vom Bahnbetreiber bestimmte Personen ist es gestattet, an elektrischen Anlagen tätig zu werden und abgeschlossene elektrische Betriebsstätten zu betreten. Diese müssen nach Verlassen wieder verschlossen werden.

Bei Arbeiten an der Fahrleitung sind nur die zugelassenen und entsprechend isolierte Arbeitsmittel und Fahrzeuge einzusetzen.

Die durchgehende elektrische Verbindung der als Rückleitung dienenden Fahrschiene und Rückleitungskabel darf nicht unterbrochen werden.

2.3.2 Arbeiten an und in der Nähe von Fahrleitungsanlagen

Die Oberleitung der rnv steht grundsätzlich ständig unter einer Spannung von 750 V Gleichstrom.

Schalthandlungen an Fahrleitungsanlagen dürfen durch Betriebsfremde nur nach vorheriger Einweisung durch einen Schaltberechtigten der rnv durchgeführt werden. Die Einweisung ist zu dokumentieren und die Betriebszentrale ist zu informieren.

Arbeiten in der Nähe von stromführenden Fahrleitungsanlagen dürfen grundsätzlich nur von den unterwiesenen Elektrofachkräften oder unter deren Aufsicht durchgeführt werden.

Auf besondere Sicherheitsvorkehrungen darf verzichtet werden, wenn die Arbeiten außerhalb eines 1,00 m-Umkreises von spannungsführenden Teilen stattfinden und durch geeignete Maßnahmen sichergestellt ist, dass der Sicherheitsabstand nicht unterschritten, bzw. überbrückt werden kann. Der Abstand darf auch nicht durch den Handbereich (direkter Abstand), elektrisch leitende Materialien oder Werkzeuge (indirekter Abstand) unterschritten werden.

Vor Beginn, sowie während der Arbeiten muss die Aufsichtsführende Person (grundsätzlich die unterwiesene Elektrofachkraft) dafür sorgen, dass alle einschlägigen Anforderungen, Vorschriften und Anweisungen eingehalten werden. Die unterwiesene Elektrofachkraft muss alle an der Arbeit beteiligten Personen über alle vorhersehbaren Gefahren unterrichten, die für diese nicht ohne weiteres erkennbar sind.

Werden mehrere Arbeitsgruppen für die Arbeiten an elektrischen Anlagen eingesetzt, so sind die Arbeiten bei Bedarf durch die unterwiesenen Elektrofachkräfte zu koordinieren.

An spannungsführenden bzw. in der Nähe von spannungsführenden Teilen der Fahrleitungsanlage darf nur gearbeitet werden, wenn zwingende Gründe vorliegen.

Beim Einsatz von Baumaschinen (Kräne, Bagger, Hubgeräte etc.) kann der Bahnbetreiber die Anwendung von technischen Mitteln zur Höhen- bzw. Drehwegbegrenzung anordnen.

Ist kein Schutz gegen direktes Berühren möglich, so darf innerhalb eines 1,00 m –Umkreises von spannungsführenden Teilen der Fahrleitungsanlage nur gearbeitet werden, wenn sie ausgeschaltet und geerdet sind. Schalthebel und Erdungen sowie deren Aufhebung dürfen nur von schaltberechtigten Mitarbeitern der rnh oder durch schaltberechtigte Mitarbeiter der rnh unterwiesene Fremdfirmen vorgenommen werden. An der Arbeitsstelle sind die ausgeschalteten Fahrleitungsabschnitte mit dem Rückleiter (Schiene) zu verbinden. Diese Verbindung muss von der jeweiligen Arbeitsstelle aus sichtbar sein. Ist dies aus z.B. örtlichen Gegebenheiten nicht möglich, muss durch geeignete Maßnahmen, wie Bewachung oder fest eingebaute Verbindung sichergestellt werden, dass die Verbindung zuverlässig wirksam bleibt.

2.4 Planung, Durchführung und Überwachung von Sicherungsmaßnahmen

2.4.1 Anzeigepflicht von Arbeiten im Bereich von Gleisen - Allgemeine Regeln

rnh intern:

Erfolgt eine Antragsstellung für Arbeiten im Gleisbereich durch einzelne Fachabteilungen der rnh, so ist die Vorgehensweise entsprechend der jeweils gültigen Version der Verfahrensanweisung VA-SMS/2017-001 „Nutzung und Erstellung einer Meldung über Maßnahmen im Gleisbereich im Betriebsmeldesystem EBS“ anzuwenden und einzuhalten. Der Sicherungsplan (Erstellung durch Betriebsbedienstete oder externe Sicherungsfirma) ist als Anlage beizufügen. Es wird die Verwendung der Anlage 2 empfohlen.

Fremdfirmen im Auftrag der rnh:

Die Sicherungsfirma hat der Aufsichtsführenden Person die geplanten Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsplan) vor Beginn der Arbeiten vorzulegen. Der Maßnahmenverantwortliche hat diese der EBS Meldung beizufügen und entsprechend der VA-SMS/2017-001 als Antragsteller einzuarbeiten.

Dritte ohne Auftrag der rnh:

Für Maßnahmen im Bahnbereich ist grundsätzlich immer eine Infrastrukturanfrage zu stellen. Arbeitsausführende Unternehmen, die nicht im Auftrag der rnh handeln, haben mindestens 20 Arbeitstage vor Beginn der Arbeiten diese der rnh anzuzeigen.

Vor dieser Antragstellung ist eine Infrastrukturanfrage digital per Mail an infrastrukturanfragen@rnh-online.de durch den jeweiligen Dritten einzureichen. Hierfür einzuhaltende Vorlaufzeiten sind auf der Homepage der rnh einsehbar. In der Stellungnahme der rnh zur jeweiligen Infrastrukturanfrage ist auf die oben genannte erforderliche Stellung des Antrags bei der BzS hinzuweisen.

Zur Antragstellung müssen mindestens die notwendigen Angaben aus Anlage 2 Sicherungsplan, Teil 1 Antrag ausführendes Unternehmen und zusätzlich aussagekräftige Planunterlagen eingereicht werden. Mit den Arbeiten darf erst begonnen werden, wenn die notwendigen Sicherungsmaßnahmen durch die BzS anhand der eingereichten Unterlagen festgelegt wurden.

Beim Eintritt einer Störung oder eines Notfalls sollte schnellstmöglich die Betriebszentrale nach Anlage 1 Telefonliste Betriebszentrale informiert werden.

Die Verwendung von Mustersicherungsplänen ist zulässig.

2.4.2 Aufsichtsführende Person

Aufsichtsführende Person (z.B. Bauleiter, Projektleiter, Meister) ist der Arbeitsverantwortliche und ist im Vorfeld für Arbeiten im Gleisbereich schriftlich im Sicherungsplan (Anlage 2) oder entsprechend der gültigen Anweisung im Betriebsmeldesystem EBS festzulegen.

Die Aufsichtsführende Person ist mitverantwortlich für die Umsetzung, Einhaltung und Überwachung der zuvor festgelegten Sicherungsmaßnahmen zur Abwehr der Gefahren aus dem Bahnbetrieb, aber bleibt verantwortlich für die Abwehr der Gefahren aus der Arbeit, aus der Oberleitung und aus der Arbeitsumgebung.

Die Mindestanforderung an Aufsichtsführende Personen:

- Körperliche und geistige Eignung
- mindestens 18 Jahre
- über die einschlägigen Vorschriften und Anweisungen unterwiesen sein

2.4.3 Die für den Bahnbetrieb zuständige Stelle (BzS)

Die für den **Bahnbetrieb zuständige Stelle** (BzS) ist verantwortlich für die Festlegung von Sicherungsmaßnahmen zur Abwendung von Gefahren aus dem Bahnbetrieb. Sie überwacht die Durchführung und Einhaltung der festgelegten Sicherungsmaßnahmen. Sie bestätigt die Sicherungsaufsicht oder kann diese selbst wahrnehmen.

Die Aufgaben der BzS übernimmt das Betriebsleiterbüro im Auftrag des Betriebsleiters.

Bei Leistungen Dritter ohne Auftrag der rnh ist der Sicherungsplan nach Anlage 2 von externen Antragstellern, bzw. von einer extern beauftragten Sicherungsaufsicht, zu bearbeiten und einzureichen. Die BzS überprüft die vorgeschlagenen Sicherungsmaßnahmen und genehmigt diese, bzw. legt bei nicht ausreichenden Sicherungsmaßnahmen die entsprechend notwendigen Sicherungsmaßnahmen fest. Der festgelegte Sicherungsplan ist dem Antragsteller und der zuständigen Sicherungsaufsicht durch die BzS mitzuteilen.

Bei Leistungen, welche durch die rnv beauftragt wurden, erfolgt die Darstellung und der Nachweis des Sicherungsplans anhand der Vorgaben der SMS-Verfahrensanweisung „Nutzung und Erstellung einer Meldung über „Maßnahmen im Gleisbereich“ im Betriebsmeldesystem EBS“ (VA-SMS/2017-001 in der aktuellen Version). Genehmigte Sicherungspläne werden durch die BzS intern ebenso nach den Vorgaben der zuvor genannten SMS-Verfahrensanweisung behandelt. Entsprechend kann dieser genehmigte Sicherungsplan als Anlage zur EBS-Anmeldung hinzugefügt werden. Die verantwortliche Mitteilung des festgelegten Sicherungsplans an den Antragsteller und die Sicherungsaufsicht erfolgt dementsprechend nur über das Betriebsmeldesystem EBS ohne ergänzende Weitergabe.

2.4.4 Sicherungsaufsicht

Der Nachweis zur Befähigung einer Sicherungsaufsicht hat entsprechend den Vorgaben der VDV-Mitteilung 6001 „Rahmenplan für die Ausbildung zur Sicherungsaufsicht für den Einsatz bei Bahnen nach BOStrab und Bahnen des regionalen Verkehrs (außer der DB AG)“ zu erfolgen.

Eine Sicherungsaufsicht mit einer Qualifikation nach Richtlinien der DB AG ist zugelassen.

Die Sicherungsaufsicht kann ein Mitarbeiter oder eine Aufsichtsführende Person der rnv oder eine andere beauftragte Person außerhalb der rnv sein. Für Planungsleistungen über die festgelegten Sicherungsmaßnahmen kann auch ein Sicherungsunternehmen beauftragt werden.

Eine Sicherungsaufsicht kann für mehrere Maßnahmen zuständig sein.

Die Sicherungsaufsicht kann mit anderen Funktionen, z.B. Bauüberwachung, verknüpft und von einer Person gemeinsam ausgeführt werden. Eine Verknüpfung von Bauleitung und Sicherungsaufsicht bei externen Dienstleistern ist unzulässig.

Die Sicherungsaufsicht kann in Ausnahmefällen als Sicherungsposten tätig werden. Die Entscheidung hierüber wird im Sicherungsplan gemäß Anlage 2 getroffen.

Die Einhaltung des Sicherungsplans ist durch die Aufsichtsführende Person zu dokumentieren.

Die Sicherungsaufsicht hat die Durchführung, insbesondere der eingerichteten Langsamfahrstelle, und die Wirksamkeit der festgelegten Sicherungsmaßnahmen mindestens durch hinreichend häufige Stichproben zu dokumentieren. Die Dokumentation (Anlage 2 Sicherungsplan, Teil 3) ist nach Beendigung der Maßnahme unaufgefordert gegenüber der BzS nachzuweisen (z. B. Kopie).

Die Einweisung und Festlegungen über eine gegenseitige Kontaktaufnahme (z.B. mobile Kommunikationsgeräte) sind über die Anlage 2, Teil 3 Planung und Durchführung der Sicherungsmaßnahmen zu dokumentieren.

Die betrieblichen Anweisungen (Beka, Fda, etc.) sind an die Sicherungsaufsicht zu übergeben und entsprechend weiterzuleiten.

2.4.5 Sicherungsposten

Der Sicherungsposten kann ein Mitarbeiter oder eine Aufsichtsführende Person der rnv oder eine andere beauftragte Person außerhalb der rnv sein.

Der Nachweis zur Befähigung zum Sicherungsposten hat entsprechend den Vorgaben der VDV-Schrift 610 „Ausbildung von Sicherungsposten für den Einsatz bei Bahnen nach BOStrab und Bahnen des regionalen Verkehrs (außer der DB AG)“ zu erfolgen. Ein Sicherungsposten mit einer Qualifikation nach Richtlinien der DB AG ist zugelassen.

2.4.6 Bahnübergangsposten (Büp)

Der Einsatz von Büp's ist zu vermeiden. Sollte es im Ausnahmefall, nach Abstimmung mit Betriebsleiter und Fachabteilung, zum Einsatz von Büp's kommen ist eine Einzelfallentscheidung zu treffen.

2.4.7 Bereitschaftsdienst

Bei Arbeiten durch Bereitschaftsdienste der rnv ist die Betriebszentrale vor Aufnahme der Arbeiten im Gleisbereich zu verständigen. Mit den Arbeiten darf erst begonnen werden, wenn die Arbeitsstelle gesichert ist. In besonderen Fällen ist ein zweiter Mitarbeiter anzufordern, der mit den Sicherungsaufgaben betraut wird (Kleingruppen). Nach Beenden der Arbeiten ist die Betriebszentrale zu informieren. Es gelten die Vorgaben aus Kapitel 2.2.8.1.

3. Schutzmaßnahmen / Wirksamkeitskontrolle (Prüfung und Messung)

3.1 Unterweisungen / Einweisung

Die Unterweisung der Mitarbeiter der rnv erfolgt entsprechend den gültigen Vorgaben des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (Verantwortungsmatrix).

Beauftragte Unternehmen haben die Verantwortlichen zu benennen, die durch die zuständigen Verantwortlichen der rnv zu unterweisen sind. Hierüber ist ein schriftlicher Nachweis zu führen (Anlage 4).

Die zugehörigen Nachweise der Unterweisungen von Mitarbeitern und Nachunternehmer durch ausführende Unternehmen sind auf Verlangen der rnv vorzulegen.

Alle Personen sind vor Beginn der Arbeiten in die örtlichen und über die betrieblichen Gegebenheiten einzuweisen.

Für Jahres- oder Mehrjahresvertragspartner kann eine allgemeine Jahresunterweisung durchgeführt werden. An betrieblich spezifischen Örtlichkeiten und Maßnahmen sollen weitere Einzelunterweisungen erfolgen. Die Entscheidung und Verantwortung, für welche Örtlichkeiten und Maßnahmen eine Unterweisung notwendig ist, sowie die Zuständigkeit bzw. Ausführung obliegt der jeweiligen Fachabteilung, deren verantwortlichen Führungskräften oder der Aufsichtsführenden Person der rnv.

3.2 Überwachung/ Wirksamkeitskontrolle

Es sind Stichprobenkontrollen der eingesetzten Sicherungsmaßnahmen und der Absicherung gegenüber dem Individualverkehr durchzuführen und zu dokumentieren.

An erster Stelle ist die Aufsichtsführende Person für die Durchführung der Stichprobenkontrollen verantwortlich. Weitere Stichprobenkontrollen kann die BzS veranlassen.

4 Verantwortlich für die Durchführung und für die Einhaltung

Verantwortlich für die Durchführung sind alle Beschäftigte, die Tätigkeiten im Bereich von Gleisen ausführen, entsprechend ihrem jeweiligen Tätigkeits- und Verantwortungsbereiches. Also unabhängig, ob die Beschäftigten der rnh oder beauftragten Fremdfirmen angehören.

Gesamthaft verantwortlich für die Einhaltung sind die Betriebsleiter der rnh für BOStrab und EIU.

Verantwortlich für die Einhaltung gegenüber den jeweils unterstellten Beschäftigten ist die jeweilige zuständige Führungskraft, benannter Verantwortlicher oder Aufsichtsführende Person.

Entsprechend der jeweils gültigen Version der Verantwortungsmatrix aus dem Leitfaden zum Arbeitsschutz mit System der rnh ist die Verantwortlichkeit für die Einhaltung der Eignungsanforderungen benannt und einzuhalten.

Verantwortlich für die Einhaltung gegenüber den zuständigen Führungskräften der rnh ist die jeweilige Bereichsleitung.

Die Verantwortlichkeit für die Einhaltung dieser Anweisung und die Einhaltung der Eignungsanforderung gegenüber den Beschäftigten von Fremdfirmen ist entsprechend der hierarchischen Organisationsstruktur der Fremdfirma zugeordnet. Dies beinhaltet auch die Verantwortlichkeit für eingesetzte Nachunternehmer gegenüber der rnh.

5 Erforderliche Dokumentation

Die Bereichsleitungen und Abteilungsleitungen der rnh sind verantwortlich für eine Verteilung dieser Anweisung an die unterstellten Mitarbeiter. Der Erhalt ist zu dokumentieren.

Die ausgeführten Unterweisungen, Einweisungen und Stichprobenkontrollen sind in geeigneter Form zu dokumentieren und zu archivieren. Sie verbleiben bei der Aufsichtsführenden Person.

Die Dokumentation der Sicherungspläne erfolgt in analoger Version bei der jeweils Aufsichtsführenden Person. Entsprechend den Vorgaben dieser Sicherungsanweisung ist die Weitergabe einzuhalten.

Die BzS dokumentiert die Sicherungspläne ebenso.

Bei Ausführung von Maßnahmen über die VA-SMS/2017-001 erfolgt die Dokumentation im Betriebsmeldesystem EBS.

Die innerhalb von Fremdfirmen ausgeführten Unterweisungen, Einweisungen und Stichprobenkontrollen sind in geeigneter Form zu dokumentieren und zu archivieren. Sie verbleiben bei der jeweiligen Fremdfirma und sind auf Verlangen der rnh vorzulegen.

6 Kriterien und Standards (externe und interne Anforderungen)

Es gelten die gültigen Gesetze, Verordnungen, Richtlinien sowie betriebliche Regelungen und Anweisungen aus dem SMS rnh. Im Weiteren die aktuellen Unfallverhütungsvorschriften, sowie die gültigen Vorschriften der DGUV.

Ersatz für	DA Arbeiten im Gleisbereich_2011_04_11 mit Freigabe am 21.02.2012
------------	---

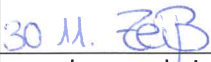




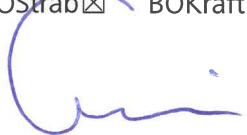
Änderungshistorie:

Datum	Geändert von	Version	Kommentar

Dokumentenlenkung

Verteiler	Alle Mitarbeiter und betriebsfremde Personen, die Arbeiten im Gleisbereich ausführen
Form der Verteilung	Per Mail an die Bereichsleitungen und Abteilungsleitungen Ausgabe an betriebsfremde Personen im Zuge von Unterweisungen
verteilt durch: Name, Vorname (Abteilung)	
Datum / Unterschrift	
Ablageort	R:\RNV\Anweisungen\Dienstanweisungen\2022
Anlagen und mitgeltende Dokumente	<p>Anlage 1: Telefonliste Betriebszentrale</p> <p>Anlage 2: Sicherungsplan</p> <ul style="list-style-type: none"> • Teil 1 Merkblatt und Antrag ausführendes Unternehmen • Teil 2 festgelegte Sicherungsmaßnahmen durch BzS • Teil 3 Planung und Durchführung der Sicherungsmaßnahmen <p>Anlage 3: Abstandstabelle der aufzustellenden Signaltafeln einer Geschwindigkeitsreduzierung mit Mindestmaß</p> <p>Anlage 4: Einweisungsbestätigung vor Arbeitsaufnahme bei Arbeiten im Bereich von Gleisen</p> <p>Anlage 5: Arbeiten als Einzelne, besonders unterwiesene Person „Ablaufschema“</p> <p>Anlage 6: Arbeiten als Kleingruppe „Ablaufschema“</p> <p>Mitgeltende Dokumente:</p> <ul style="list-style-type: none"> ✓ Sicherheitsanweisung für Fremdfirmen der rnv ✓ SMS-VA Nutzung und Erstellung einer Meldung über Maßnahmen im Gleisbereich im Betriebsmeldesystem EBS (VA-SMS/2017-001) ✓ DA Inbetriebnahme von Anlagen ✓ rnv-Ril1.1.101 LRP ✓ Leitfaden zum Arbeitsschutz ✓ Bestimmungen zum Schutz elektrischer Anlagen ✓ SMS-VA Ausbildung und Qualifikation für Sicherungsmaßnahmen bei Arbeiten im Bereich von Gleisen (VA-SMS/2022-001)

Freigabeverfahren:

	Ersteller	geprüft und einverstanden
Name: Funktion/Organisationsbez.:	Claudia Zeiß SMS-Ansprechpartner	Frank Dommasch Bereichsleiter IS
Datum / Unterschrift:	30.11.2022 	05.12.22 
	gesehen und einverstanden	SMS-Prüfung
Name: Funktion/Organisationsbez.:	Wolfgang Müller Leitende Fachkraft für Arbeitssicherheit	Markus Dussel Betriebsleiterbüro
Datum / Unterschrift:		13.12.2022 
	geprüft und freigegeben	geprüft und freigegeben
Name: Funktion/Organisationsbez.:	Carlos Abril Betriebsleiter BOStrab <input type="checkbox"/> BOKraft <input type="checkbox"/> EVU <input type="checkbox"/> EIU <input checked="" type="checkbox"/>	Franz-Wilhelm Coppus Betriebsleiter: BOStrab <input checked="" type="checkbox"/> BOKraft <input checked="" type="checkbox"/> EVU <input checked="" type="checkbox"/> EIU <input type="checkbox"/>
Datum / Unterschrift:		 15. DEZ. 2022

Anlage 1: Telefonliste Betriebszentrale

BOStrab

Arbeitsplatz	Telefonnummer	Linien	Von -- Bis
Mannheim	0621 465 1444	Stadtgebiet	Gesamt
Ludwigshafen	0621 465 1192	Stadtgebiet	Gesamt aber <u>ohne</u> Tunnelanlagen
Tunnelbereiche Ludwigshafen	0621 465 5319	LU Rathaus	Tunneleinfahrt Ludwigstraße bis MA-Rheinstraße oder BASF (Tor1+2)
		LU Hauptbahnhof	Südweststadion bis LU Hbf Gleis 3+4
			Bgm-Kuttererstraße bis Rohrlachstraße W813
Heidelberg	0621 465 1193	Stadtgebiet	Gesamt

ESBO

Arbeitsplatz	Telefonnummer	Strecke	Von -- Bis
Käfertal	0621 465 1650	9400	Mannheim – Weinheim
		9403	Käfertal – Heddesheim
Edingen -- Schriesheim	0621 465 1191	9401	Weinheim – Heidelberg
		9402	Mannheim -- Heidelberg
Bad Dürkheim	0621 465 5319	9340	Oggersheim – Bad Dürkheim

Schichtleiter

0621 465 1709

Mo – Fr. von 6 bis 20 Uhr

Telefonnotruf

0621 465 3333



Anlage 2: Sicherungsplan

Teil 1 Merkblatt

Vorbemerkung

An den Betriebs- und Bahnanlagen der rnv und den angrenzenden Örtlichkeiten finden jeden Tag zahlreiche Arbeiten im Gleisbereich statt. Dabei hat die Sicherheit eine hohe Priorität. Um diese zu gewährleisten, sind in Sicherungsplänen passende Sicherungsmaßnahmen festzulegen und die notwendigen Sicherungsmaßnahmen vor Ort umzusetzen.

Der Gleisbereich umfasst den von Schienenfahrzeugen eingenommenen Raum sowie den Raum neben, unter oder über den Gleisen mitsamt der Oberleitung. Wenn sich bei der Arbeit an der Infrastruktur Personen im Gleisbereich befinden oder unbeabsichtigt in diesen hineingeraten könnten, gelten zur Gewährleistung der Sicherheit besondere Regeln der Unfallversicherungsträger und die Allgemeine Sicherungsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleisen (DA-2020-005-IS).

Arbeiten im Bereich von Gleisen erfordern für einen reibungslosen Ablauf ein abgestimmtes Zusammenspiel aller Akteure, insbesondere für deren Sicherung: Sie erfordert eine sorgfältige Planung.

Arbeitsausführende Unternehmen, die nicht im Auftrag der rnv handeln, haben mindestens 20 Arbeitstage vor Beginn von Arbeiten im Gleisbereich diese der rnv anzuzeigen.

Vor dieser Antragstellung ist grundsätzlich immer eine Infrastrukturanfrage digital per Mail an infrastrukturanfragen@rnv-online.de durch den jeweiligen Dritten einzureichen. Hierfür einzuhaltende Vorlaufzeiten sind auf der Homepage der rnv einsehbar. In der Stellungnahme der rnv zur jeweiligen Infrastrukturanfrage wird auf die erforderliche Stellung des Antrags bei der BzS hingewiesen.

Die erforderlichen Informationen seitens des ausführenden Unternehmens sind in „Anlage 2: Sicherungsplan Teil 1 Antrag ausführendes Unternehmen“ einzutragen.

Die BzS legt auf Basis dieser Informationen in „Anlage 2: Sicherungsplan Teil 2 festgelegte Sicherungsmaßnahmen“ die notwendigen Sicherungsmaßnahmen fest, die dann über „Anlage 2: Sicherungsplan Teil 3 Planung und Durchführung der Sicherungsmaßnahmen“ geplant und durchgeführt werden.

Ein Arbeiten im Bereich von Gleisen darf erst nach der Umsetzung der von der BzS festgelegten Sicherungsmaßnahmen beginnen.

Die folgende Ausfüllhilfe soll beim vollständigen und richtigen Ausfüllen der Angaben des ausführenden Unternehmens zur Arbeitsstelle behilflich sein.

Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben des ausführenden Unternehmens sind für die passgenaue Planung der Sicherungsmaßnahmen unerlässlich.

Der Sicherungsplan bezieht sich nur auf Gefahren aus und für den Bahnbetrieb. Darüber hinaus müssen weitere Genehmigungen wie beispielsweise eine verkehrsrechtliche Anordnung bei Arbeiten im öffentlichen Verkehrsraum, Genehmigung zu Nacharbeiten oder mit Lärm, eingeholt werden.

Diese finden hier keine Berücksichtigung und sind nicht Inhalt dieses Antrages.



Ein ausführendes Unternehmen sollte sich im Vorfeld erkundigen, ob eine evtl. notwendige Genehmigung benötigt wird und vorliegt, damit die Arbeiten dann zeitgerecht und wie geplant durchgeführt werden können.

Ausfüllhilfe

Ausführende Unternehmen zeigen auf Grundlage der von ihnen ausgeführten Gefährdungsbeurteilung die Art und den Umfang der Arbeiten detailliert an. Dabei sind nicht nur die Arbeiten im Fahrbereich zu berücksichtigen, sondern auch die Arbeiten im Gleisbereich und bei denen der Unternehmer ein unbeabsichtigtes Hineingeraten in den Gleisbereich nicht sicher ausschließen kann.

Der Teil 1 zum Sicherungsplan ist von jedem an den Arbeiten beteiligten Unternehmer unter Berücksichtigung

- ✓ aller für den Sicherungsplan relevanten Tätigkeiten,
- ✓ der Anzahl der Beschäftigten sowie
- ✓ eingesetzten Fahrzeugen, Maschinen und Geräten und den sich daraus ergebenden Arbeitsplatzbreiten und Störschallpegeln

auszufüllen.

Je unterschiedlichem arbeitsausführendem Unternehmen oder Subunternehmer und unterschiedlicher Art der Arbeit ist ein separater Teil 1 zu erstellen. Zu den Arbeiten einer Baumaßnahme gehören auch die vor- und nachlaufenden Tätigkeiten, wie z. B. LST, E-Technik, Einrichten der Baustelle, notwendige Vermessungsarbeiten vor oder während der Baumaßnahme, Montage bzw. Demontage von Geschwindigkeitssignalen.

Das Sammeln der ausgefüllten Teile 1 von mehreren beteiligten Unternehmen durch eine koordinierende Stelle, z. B. Hauptauftragnehmer, mit direkter und fristgerechter Weitergabe aller Einzelanträgen an die BzS ist vorzugsweise durchzuführen. Diese koordinierende Stelle ist für die Rückmeldung an die beteiligten Unternehmen und Nachunternehmen verantwortlich. Jeder einzelne Unternehmer bleibt für die Erstellung und die Richtigkeit der Angaben des Teils 1 des Sicherungsplanes entsprechend seiner durchzuführenden Tätigkeit verantwortlich.

Mehrfachangaben einzelner Abfragepunkte sind möglich und notwendig.

Der auszufüllende Teil 1 ist deutlich lesbar, bestenfalls in Druckbuchstaben auszufüllen. Unleserliche Anträge werden abgelehnt und gelten als nicht genehmigt. Ergänzende Planunterlagen sind dem Antrag beizufügen.

Zu 1.1 Ausführendes Unternehmen

Firmenname mit Anschrift (Straße, Hausnummer, Plz, Ort und Telefonnummer) in Druckbuchstaben oder deutlich lesbarer Firmenstempel.

Namentliche Benennung der Aufsichtsführenden Person der Maßnahme.

Zu 1.2 Sicherungsaufsicht

Namentliche Benennung der Sicherungsaufsicht für die Maßnahme.

Firmenname mit Anschrift (Straße, Hausnummer, Plz, Ort und Telefonnummer) in Druckbuchstaben oder deutlich lesbarer Firmenstempel der benannten Sicherungsaufsicht.

Beachte:

Die Sicherungsaufsicht darf nicht der zuständige Bauleiter der Maßnahme sein!

Die Sicherungsaufsicht muss die notwendige Qualifikation besitzen!



Zu 1.3 Titel der Maßnahme

Angabe des Titels der Maßnahme.

Insbesondere bei größeren Baumaßnahmen, die mehrere Teile 1 erfordern, ist die Angabe des Titels des Bauvorhabens anzugeben, damit die verschiedenen Teile 1 richtig zugeordnet und gebündelt werden können.

Unter Auszuführende Arbeiten erfolgt über die Auswahl eine erste Zuordnung der Arbeiten.

Als Einzelmaßnahme sind insbesondere alle Maßnahmen mit Bautätigkeiten zu sehen, z.B. Instandsetzungsarbeiten oder Erneuerungsmaßnahmen. Aber auch die jeweiligen Vor- und Nacharbeiten, z. B. Vermessungsarbeiten, Grabungen oder Schachtungen.

Bahnsteigpflegearbeiten, Winterdienst, Vegetationsarbeiten/Grünschnitt oder Mähen Rasengleis können entweder als Einzelmaßnahme oder als wiederkehrende Arbeiten Wartung/Inspektion gewählt werden

Im Feld Beschreibung der auszuführenden Arbeiten sind alle durchzuführenden Arbeiten (inkl. aller Vor- und Nacharbeiten) möglichst genau, z. B. nach Beschreibung im Bauablaufplan, zu beschreiben.

Die genaue Beschreibung der Arbeiten ermöglicht der BzS die notwendige Auswahl der erforderlichen Sicherungsmaßnahme. Nur im allgemeinen Sprachgebrauch übliche Abkürzungen können verwendet werden.

Dabei kann es sinnvoll sein, für die verschiedenen Arbeiten jeweils einen Teil 1 auszufüllen

(z. B. getrennt für Vor-, Haupt- und Nacharbeiten). Ein Kriterium für die Trennung können sowohl betriebliche Belange (Sperrzustände, Geschwindigkeiten) als auch Änderung der Tätigkeiten und Gefährdungen sein.

Zu 1.4 Lage der Arbeitsstelle

Zuerst ist eine allgemeine Angabe über die Lage der Arbeitsstelle zu treffen und die voraussichtliche Länge der Arbeitsstelle zu benennen.

Des Weiteren ist zu benennen in welchem Gefährdungsbereich die Arbeitsstelle liegen wird.

In den folgenden Auswahlmöglichkeiten ist der entsprechende Netz- oder Streckenbereich in welcher die Arbeitsstelle liegt zu kennzeichnen.

Im Feld Ortsbeschreibung ist die genaue Lage der Arbeitsstelle zu detaillieren und möglichst genau einzugrenzen.

Zu 1.5 Dauer der Arbeiten

Bei zeitlich begrenzten Arbeiten ist hier grundsätzlich anzugeben von wann bis wann gearbeitet werden soll (Datum und Uhrzeit).

Wird innerhalb der Maßnahmendauer der Arbeitsstelle nicht durchgehend gearbeitet, so sind die täglichen Arbeitszeiten aufzuführen.

Bei turnusgesteuerten und dauerhaften Arbeiten ist der erwartete Zeitraum zu datieren. Maximal ist hier die Dauer von 12 Monaten möglich, dürfen aber nur innerhalb eines Kalenderjahres liegen. Zu ergänzen ist diese Auswahl über Anzahl und Dauer der Intervalle, um einen möglichen Dauersicherungsplan aufstellen zu können.



Zu 1.6 Arbeitsmittel und Maschinen

Unter Weitere kann die Auswahl von Kleinwerkzeugen und Maschinen detailliert oder ergänzt werden.

Z. B. Leitern, Stangen oder Nivellierlatten.

Notwendige Material- und Gerätelager im Gleisbereich sind unter 1.9 aufzuführen und entsprechend als Anlage zum Antrag beizufügen.

Zu 1.7 Anzahl der Arbeitskräfte

Die Anzahl der Arbeitsgruppen und deren Mannstärke ist hier zu benennen.

Zu 1.8 Räumzeit

Die Räumzeit ist die Zeit, die benötigt wird, um die Arbeitsstelle durch die Beschäftigten ohne Hast zu räumen und den Sicherheitsraum aufzusuchen.

Der erforderliche Zeitaufwand für das Räumen und profilfreie Lagern von Geräten, Maschinen oder Werkzeugen muss in der Räumzeit berücksichtigt werden.

Bei Arbeiten im gesperrten Gleis ist keine Angabe der Räumzeit erforderlich.

Zu 1.9 Anlagen zum Antrag

Mitgegebene Anlagen, wie Skizze, Lageplan, Bauausführungsplan, Bauzeitenplan benennen.

Unter Weitere Besonderheiten ist bei Arbeiten neben dem Gleis (z.B. Randwegarbeiten, Kabelkanalarbeiten, Vegetationspflege) das Abstandsmaß von der Gleisachse des Betriebsgleises bis zur Grenze des Arbeitsbereichs anzugeben. (Bsp.: Arbeitsbreite reicht bis 2 m an Achse Gleis ... heran). Dabei muss die Gefahr des unbeabsichtigten Hineingeratens in den Gleisbereich berücksichtigt und benannt oder ausgeschlossen werden.

Einzutragen sind ebenso ergänzende Angaben über Gefährdungen aus dem Arbeitsprozess, die für die Sicherungsplanung relevant sind. Dies können insbesondere einzuhaltende Sicherheitsabstände gemäß Herstellerangaben oder Schutzabstände bei Gefahrstofffreisetzung

Zu 1.10 Vorgeschlagene Sicherungsmaßnahmen durch die eingesetzte Sicherheitsaufsicht

Die eingesetzte Sicherheitsaufsicht schlägt auf Grund der Angaben und Kenntnisse durch den Antragsteller bereits aus seiner Sicht und Erfahrung notwendige Sicherungsmaßnahmen vor und bestätigt seine Vorschläge durch seine Unterschrift. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass die eingesetzten Sicherheitsaufsicht bereits Kenntnisse durch den Antragsteller über die Arbeitsstelle besitzt.

Unter weitere Maßnahmen können hier Angaben für zeitlich befristete Sicherungsmaßnahmen während der gesamten Dauer der Maßnahme benannt werden.

Zu Unterschriftenzeile

Mit der Angabe seiner Kontaktdaten und seiner Unterschrift bestätigt der Antragsteller die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Angaben.

Ihm ist der festgelegte Sicherheitsplan (Teil 1 bis 3) vor Arbeitsbeginn nachweislich an die angegebenen Kontaktdaten zur Kenntnis zu geben.

Entsprechend DGUV-Regel 101-024 prüft er die in Teil 2 festgelegten Sicherungsmaßnahmen der BzS und wirkt, wenn erforderlich, auf Korrektur und/oder Vervollständigung hin.

Des Weiteren ermöglicht oder veranlasst er die anhand Teil 3 Planung und Durchführung der Sicherungsmaßnahmen notwendigen Folgetätigkeiten durch die eingesetzte Sicherheitsaufsicht.



Anlage 2: Sicherungsplan

Teil 1 Antrag ausführendes Unternehmen

SP-Nummer (durch BzS):

SP - 2021 - XXX

1.1	<u>Ausführendes Unternehmen</u> (Firma, Anschrift oder Stempel)
	<u>Aufsichtsführende Person</u> (Name)
1.2	<u>Sicherungsaufsicht</u> (Name, Firma, Anschrift oder Stempel)
1.3	<u>Titel der Maßnahme</u>
	<u>Auszuführende Arbeiten</u> <input type="checkbox"/> Einzelmaßnahme <input type="checkbox"/> wiederkehrende Arbeiten Wartung / Inspektion <input type="checkbox"/> Bahnsteigpflegearbeiten <input type="checkbox"/> Winterdienst <input type="checkbox"/> Ortstermin / Begehung <input type="checkbox"/> Vegetationsarbeiten / Grünschnitt <input type="checkbox"/> Mähen Rasengleis <input type="checkbox"/> Sonstige Arbeiten _____
	<u>Beschreibung der auszuführenden Arbeiten</u>



1.4	<p><u>Lage der Arbeitsstelle</u></p> <p> <input type="checkbox"/> ortsfeste Arbeitsstelle <input type="checkbox"/> wandernde Arbeitsstelle <input type="checkbox"/> nur auf Bahnsteigbereich <input type="checkbox"/> eingleisige Arbeitsstelle <input type="checkbox"/> zweigleisige Arbeitsstelle </p> <p>Länge der Arbeitsstelle: Ca. _____ m</p> <p> <input type="checkbox"/> im Fahrbereich, auch indirekte Gefährdung <input type="checkbox"/> nur im Gleisbereich <input type="checkbox"/> nur indirekte Gefährdung im Gleisbereich </p> <p>EBO / ESBO</p> <p> <input type="checkbox"/> Strecke 9400 Mannheim -- Weinheim <input type="checkbox"/> Strecke 9401 Weinheim – Heidelberg <input type="checkbox"/> Strecke 9402 Mannheim -- Heidelberg <input type="checkbox"/> Strecke 9403 Käfertal -- Heddeshcim <input type="checkbox"/> Strecke 9340 Oggersheim – Bad Dürkheim </p> <p>BOStrab</p> <p> <input type="checkbox"/> Stadtgebiet MA <input type="checkbox"/> Stadtgebiet HD <input type="checkbox"/> Stadtgebiet LU </p> <p>Zugsicherung BOStrab</p> <p> <input type="checkbox"/> Tunnel LU Rathaus <input type="checkbox"/> Tunnel LU Hauptbahnhof <input type="checkbox"/> Tunnel MA Dalbergstrasse <input type="checkbox"/> Trogbauwerk MA Neuhermsheim <input type="checkbox"/> Trogbauwerk MA Ulmenweg (Fahrsignalanlage im Blockabstand) </p> <p><u>Ortsbeschreibung</u></p> <p>Gleis von _____ nach _____</p> <p>Ergänzende Beschreibung (Bahnhof, Haltestelle, Straßen- und Platzbezeichnungen, Straßenkreuzung, Weichen- oder Anlagennummer usw.)</p>
1.5	<p><u>Dauer der Arbeiten</u></p> <p> <input type="checkbox"/> täglich <input type="checkbox"/> durchgehend </p> <p>Vom _____ bis zum _____ von _____ Uhr bis _____ Uhr</p> <p>Vom _____ bis zum _____ von _____ Uhr bis _____ Uhr</p> <p> <input type="checkbox"/> turnusgesteuert und dauerhaft </p> <p>Vom _____ bis zum _____ von _____ Uhr bis _____ Uhr</p> <p>Anzahl der Intervalle im Zeitraum ____ Stück Dauer des Einzelintervalls ____ Tage</p> <p>Tägliche Arbeitsdauer _____ Stunden</p>
1.6	<p><u>Arbeitsmittel und Maschinen</u></p> <p> <input type="checkbox"/> nur Kleinwerkzeug <input type="checkbox"/> handgeführte Maschinen <input type="checkbox"/> kraftgetriebene Maschinen <input type="checkbox"/> Material- / Gerätelager im Gleisbereich </p> <p> <input type="checkbox"/> spurgebundene Sonderfahrzeuge _____ <input type="checkbox"/> Weitere _____ </p>



1.7	<u>Anzahl der Arbeitskräfte</u> <input type="checkbox"/> nur 1 Arbeitsgruppe mit je _____ Personen <input type="checkbox"/> mehrere Arbeitsgruppen = _____ Arbeitsgruppen
1.8	<u>Räumzeit</u> <input type="checkbox"/> bis maximal 20 Sekunden <input type="checkbox"/> mehr als 20 Sekunden = _____ Sekunden
1.9	<u>Anlagen zum Antrag</u> (Skizze, Lageplan, Bauausführungsplan, Bauzeitenplan, Ergänzungen zu 1.4 bis 1.8) <u>Weitere Besonderheiten</u> (Ergänzungen zu 1.4 bis 1.8)
1.10	<u>Vorgeschlagene Sicherungsmaßnahmen durch die eingesetzte Sicherungsaufsicht</u> <input type="checkbox"/> UV-Sperrung Arbeitsgleis notwendig <input type="checkbox"/> Technische-Sperrung Arbeitsgleis notwendig <input type="checkbox"/> Sperrung Nachbargleis / Nebengleis zusätzlich notwendig <input type="checkbox"/> Feste Absperrung zum Gleisbereich / Fahrbereich <input type="checkbox"/> Büp notwendig <input type="checkbox"/> Sicherungsposten <input type="checkbox"/> Sicherungsaufsicht übernimmt Absicherung als Sicherungsposten <input type="checkbox"/> Geschwindigkeitsbeschränkung / Langsamfahrstelle im Arbeitsgleis <input type="checkbox"/> Geschwindigkeitsbeschränkung / Langsamfahrstelle im Nachbargleis / Nebengleis <input type="checkbox"/> Dauersicherungsplan möglich <input type="checkbox"/> Weitere Maßnahmen Unterschrift Sicherungsaufsicht: _____

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben werden bestätigt.
Kontaktperson entsprechend DGUV-Regel 101-024 (Kapitel 3.3.2)



Anlage 2: Sicherungsplan

Teil 2 festgelegte Sicherungsmaßnahmen durch BzS

2.1	<u>Allgemeine Angaben zur Maßnahme</u>
	Maßnahmennummer (entsprechend bei 1.1.ergänzen) (SP-Nummer): <u>SP – 2021 - XXX</u>
	<input type="checkbox"/> geplante Maßnahme aus Antragstellung <input type="checkbox"/> Sofortmaßnahme aus Störung, Notfall oder Krise Datum: _____ Örtlichkeit _____ Ursache _____
	<input type="checkbox"/> eingleisige Arbeitsstelle <input type="checkbox"/> zweigleisige Arbeitsstelle <input type="checkbox"/> Bagger- / Kranarbeiten im Fahrbereich <input type="checkbox"/> Bagger- / Kranarbeiten im Gleisbereich <input type="checkbox"/> Einsatz spurgebundene Sonderfahrzeuge
	<u>Einzelsicherungsplan</u>
	<input type="checkbox"/> für ortsfeste Arbeitsstelle <input type="checkbox"/> im Fahrbereich <input type="checkbox"/> im Gleisbereich Vom _____ bis zum _____ von _____ Uhr bis _____ Uhr <input type="checkbox"/> für wandernde Arbeitsstelle <input type="checkbox"/> im Fahrbereich <input type="checkbox"/> im Gleisbereich Vom _____ bis zum _____ von _____ Uhr bis _____ Uhr <input type="checkbox"/> nur auf Bahnsteigen Vom _____ bis zum _____ von _____ Uhr bis _____ Uhr
	<u>Dauersicherungsplan</u>
	<input type="checkbox"/> für ortsfeste Arbeitsstellen <input type="checkbox"/> im Fahrbereich <input type="checkbox"/> im Gleisbereich Vom _____ bis zum _____ <input type="checkbox"/> für wandernde Arbeitsstellen <input type="checkbox"/> im Fahrbereich <input type="checkbox"/> im Gleisbereich Vom _____ bis zum _____ <input type="checkbox"/> für Bahnsteigpflegearbeiten Vom _____ bis zum _____
	<u>Sicherungsaufsicht</u>
	Die ständige Anwesenheit ist notwendig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Sicherungsaufsicht bisher nicht benannt = Arbeitsbeginn / Maßnahmenbeginn <u>nicht</u> zulässig <input type="checkbox"/> Sonstige Vorgaben _____
<u>EBS -- Anmeldung von Arbeiten im Gleisbereich</u> (entsprechend SMS_VA_2017_001)	
Die EBS-Meldung anlegen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein BMNummer aus EBS _____	



2.2	<p><u>Vorhandene Betriebsverhältnisse</u></p> <p><i>Aus Planunterlagen und Informationssystemen</i></p> <p>Eisenbahn <input type="checkbox"/> 9400 <input type="checkbox"/> 9401 <input type="checkbox"/> 9402 <input type="checkbox"/> 9403 <input type="checkbox"/> 9340</p> <p>Straßenbahn <input type="checkbox"/> Stadtgebiet MA <input type="checkbox"/> Stadtgebiet HD <input type="checkbox"/> Stadtgebiet LU</p> <p><input type="checkbox"/> Bus auf Gleistrasse/Bahnsteig</p> <p><input type="checkbox"/> Fahren auf Sicht <input type="checkbox"/> Fahren im Raumabstand <input type="checkbox"/> Fahrsignalanlage</p> <p><input type="checkbox"/> höchste zulässige Geschwindigkeit mit _____ km/h im Arbeitsgleis</p> <p><input type="checkbox"/> höchste zulässige Geschwindigkeit mit _____ km/h im Nachbargleis/Gegengleis</p> <p><input type="checkbox"/> natürliche Betriebsruhe von _____ Uhr bis _____ Uhr</p> <p>Bereits einschränkende Maßnahmen im Abschnitt vorhanden / geplant <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <hr/> <p><u>Vorhandene Infrastruktur</u></p> <p><input type="checkbox"/> Tunnel <input type="checkbox"/> Brücke <input type="checkbox"/> Bahnsteig <input type="checkbox"/> Tiefbahnsteig</p> <p><input type="checkbox"/> kleinster Radius Gleis mit R = _____ m</p> <p><input type="checkbox"/> Weichen <input type="checkbox"/> Kreuzungen <input type="checkbox"/> SAV</p> <p><input type="checkbox"/> BÜ -- technisch gesichert <input type="checkbox"/> BÜ -- nicht technisch gesichert</p>
2.3	<p><u>Einseitiger Fahrbereich in der Arbeitsstelle</u> (radiusabhängig)</p> <p><input type="checkbox"/> durchgehend <input type="checkbox"/> wechselnd</p> <p><input type="checkbox"/> 1,4m (R > 500m) <input type="checkbox"/> 1,5m (R > 60m) <input type="checkbox"/> 1,7m (R > 27m)</p> <p><input type="checkbox"/> 2,0m (R ≤ 27m)</p> <p>Ergänzungen: _____</p>
2.4	<p><u>Arbeitsgleis – Sicherungsmaßnahmen</u></p> <p><input type="checkbox"/> gesamter Streckenabschnitt gesperrt</p> <p><input type="checkbox"/> Uv-Sperrung <input type="checkbox"/> technische Sperrung Baugleis <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p>von _____ bis _____</p> <p>(Örtlichkeit benennen; z. B. von Weiche bis Weiche)</p> <p>Vom _____ bis zum _____ von _____ Uhr bis _____ Uhr</p> <p><input type="checkbox"/> durchgehend <input type="checkbox"/> täglich</p> <p><input type="checkbox"/> Sperrfahrten/Rangierfahrten zugelassen <input type="checkbox"/> nur Baustellenfahrten</p> <p><input type="checkbox"/> Oberleitung ist zwingend abzuschalten</p> <hr/> <p><input type="checkbox"/> nicht gesperrt</p> <p><input type="checkbox"/> Langsamfahrstelle <input type="checkbox"/> 10 km/h <input type="checkbox"/> 15 km/h <input type="checkbox"/> 20 km/h <input type="checkbox"/> 30 km/h</p> <p><input type="checkbox"/> feste Absperrung <input type="checkbox"/> Absperrschranke <input type="checkbox"/> Zwangshalt</p> <p><input type="checkbox"/> Sicherungsposten <input type="checkbox"/> Bahnübergangsposten (BüP)</p> <p><input type="checkbox"/> Sonstiges _____</p>

2.5	<u>Nachbargleis / Gegengleis -- Sicherungsmaßnahmen</u> <input type="checkbox"/> gesamter Streckenabschnitt gesperrt (siehe Arbeitsgleis) <input type="checkbox"/> Nachbargleis <input type="checkbox"/> Gegengleis <input type="checkbox"/> Uv-Spernung <input type="checkbox"/> technische Sperrung Baugleis <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein von _____ bis _____ (Örtlichkeit benennen; z. B. von Weiche bis Weiche) Vom _____ bis zum _____ von _____ Uhr bis _____ Uhr <input type="checkbox"/> durchgehend <input type="checkbox"/> täglich <input type="checkbox"/> Sperrfahrten/Rangierfahrten zugelassen <input type="checkbox"/> nur Baustellenfahrten <input type="checkbox"/> Oberleitung ist zwingend abzuschalten <hr/> <input type="checkbox"/> nicht gesperrt <input type="checkbox"/> Langsamfahrstelle <input type="checkbox"/> 10 km/h <input type="checkbox"/> 15 km/h <input type="checkbox"/> 20 km/h <input type="checkbox"/> 30 km/h <input type="checkbox"/> feste Absperrung <input type="checkbox"/> Absperrschranke <input type="checkbox"/> Zwangshalt <input type="checkbox"/> Sicherungsposten <input type="checkbox"/> Bahnübergangsposten (BüP) <input type="checkbox"/> Sonstiges _____
2.6	<u>Sicherheitsraum</u> <input type="checkbox"/> durch Sperrung <input type="checkbox"/> neben den Gleisen <input type="checkbox"/> zwischen den Gleisen
2.7	<u>Warnkleidung, Persönliche Schutzausrüstung</u> <input type="checkbox"/> mind. Warnschutzklasse 2 <input type="checkbox"/> PSA entsprechend Gefährdungsbeurteilung (§5 ArbSchG)
2.8	<u>Besondere Festlegungen / Anweisungen</u> (z. B. zu Gleiswechselbetrieb, zu Hub- / Schwenkbegrenzung, zur Durchführung Teil 3 bei Dauersicherungsplan)

Die schriftlichen Anweisungen an die Betriebsbediensteten sind der Sicherheitsaufsicht zu übergeben.

Anlage 2: Sicherungsplan

Teil 3 Planung und Durchführung der Sicherungsmaßnahmen

3.1	<u>Allgemeine Angaben zur Sicherungsplanung</u>			
	Maßnahmennummer (aus 2.1 übernehmen) (SP-Nummer): <u>SP – 2021 - XXX</u>			
	<u>Festgelegte Sicherungsmaßnahmen der BzS</u>			
	<input type="checkbox"/> Einzelsicherungsplan <input type="checkbox"/> Dauersicherungsplan <input type="checkbox"/> ortsfeste Arbeitsstelle <input type="checkbox"/> wandernde Arbeitsstelle <input type="checkbox"/> nur auf Bahnsteig Schriftliche Anweisung an die Betriebsbedienstete vorhanden <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Vorgesehene Räumzeit <input type="checkbox"/> bis maximal 20 Sekunden <input type="checkbox"/> > 20 Sekunden = _____ Sek			
		Arbeitsgleis	Nachbargleis	Gegengleis
Organisatorische Maßnahmen	Sperrung <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Langsamfahrstelle <input type="checkbox"/> 10 <input type="checkbox"/> 15 <input type="checkbox"/> 20 <input type="checkbox"/> 30 <input type="checkbox"/> Weiteres _____	Sperrung <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Langsamfahrstelle <input type="checkbox"/> 10 <input type="checkbox"/> 15 <input type="checkbox"/> 20 <input type="checkbox"/> 30 <input type="checkbox"/> Weiteres _____	Sperrung <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Langsamfahrstelle <input type="checkbox"/> 10 <input type="checkbox"/> 15 <input type="checkbox"/> 20 <input type="checkbox"/> 30 <input type="checkbox"/> Weiteres _____	
Technische Maßnahmen	<input type="checkbox"/> feste Absperrung <input type="checkbox"/> Absperrschranke <input type="checkbox"/> Sh2 <input type="checkbox"/> Zwangshalt <input type="checkbox"/> Oberleitung abschalten <input type="checkbox"/> Weichen festlegen <input type="checkbox"/> Weiteres _____ _____	<input type="checkbox"/> feste Absperrung <input type="checkbox"/> Absperrschranke <input type="checkbox"/> Sh2 <input type="checkbox"/> Zwangshalt <input type="checkbox"/> Oberleitung abschalten <input type="checkbox"/> Weichen festlegen <input type="checkbox"/> Weiteres _____ _____	<input type="checkbox"/> feste Absperrung <input type="checkbox"/> Absperrschranke <input type="checkbox"/> Sh2 <input type="checkbox"/> Zwangshalt <input type="checkbox"/> Oberleitung abschalten <input type="checkbox"/> Weichen festlegen <input type="checkbox"/> Weiteres _____ _____	
Sicherungs-personal	<input type="checkbox"/> Sicherungsposten <input type="checkbox"/> BÜP	<input type="checkbox"/> Sicherungsposten <input type="checkbox"/> BÜP	<input type="checkbox"/> Sicherungsposten <input type="checkbox"/> BÜP	
Weitere Angaben oder Sicherungsmaßnahmen	_____ _____ _____ _____ _____	_____ _____ _____ _____ _____	_____ _____ _____ _____ _____	

3.2	<u>Sicherheitsraum</u> Austrittseite <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 10px;"> <input type="checkbox"/> durch Sperrung <input type="checkbox"/> neben den Gleisen <input type="checkbox"/> zwischen den Gleisen </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 10px;"> Einschränkungen des Sicherheitsraumes vorhanden (Erläuterungen angeben zu Wo und Warum) <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein </div> <div style="border-top: 1px solid black; height: 20px; margin-top: 5px;"></div>
3.3	<u>Sicherungsposten</u> Anzahl der erforderlichen Sicherungsposten <input type="checkbox"/> 1 <input type="checkbox"/> 2 <input type="checkbox"/> 3 <input type="checkbox"/> Sicherungsaufsicht übernimmt Absicherung als Sicherungsposten (siehe Angabe 1.10 oder nachträgliche Absprache) <input type="checkbox"/> Standort Sicherungsposten festgelegt (Erläuterungen angeben) <div style="border-top: 1px solid black; height: 20px; margin-top: 5px;"></div>
	<u>Festlegung der Warnsignale / Signalgebung</u> Bei Fahrten im Arbeitsgleis <div style="margin-left: 20px; margin-top: 5px;"> <input type="checkbox"/> Ro 2 (Arbeitsgleise räumen) <input type="checkbox"/> keine Warnsignalgebung </div> Bei Fahrten im Nachbargleis <div style="margin-left: 20px; margin-top: 5px;"> <input type="checkbox"/> Ro 2 (Arbeitsgleise räumen) <input type="checkbox"/> Ro 1 <u>mit</u> Arbeitseinstellung (Vorsicht! Im Nachbargleis nähern sich Fahrzeuge) <input type="checkbox"/> Ro 1 <u>ohne</u> Arbeitseinstellung (Vorsicht! Im Nachbargleis nähern sich Fahrzeuge) <input type="checkbox"/> keine Warnsignalgebung </div> Bei Fahrten im Gegengleis <div style="margin-left: 20px; margin-top: 5px;"> <input type="checkbox"/> Ro 2 (Arbeitsgleise räumen) <input type="checkbox"/> keine Warnsignalgebung </div> <div style="margin-top: 10px;"> <input type="checkbox"/> Sonstige Festlegungen _____ </div>

Verantwortlich für die Sicherungsplanung.

Die Sicherungsplanung wurde auf Plausibilität zu Teil 1 und Teil 2 geprüft und ist übereinstimmend mit den Vorgaben der DGUV und der Allgemeinen Sicherheitsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleisen der rnv GmbH.



3.4	<u>Allgemeine Angaben zur Durchführung der Sicherungsmaßnahmen</u>
	Maßnahmennummer (aus 2.1 übernehmen) (SP-Nummer): <u>SP – 2021 - XXX</u>
	<u>Ausführendes Sicherungsunternehmen</u> (Firma, Anschrift oder Stempel)
	<u>Sicherungsaufsicht</u> (Name, Firma, Anschrift oder Stempel)

3.5	<u>Einweisung der ausführenden Unternehmen in die Sicherungsmaßnahmen</u>		
	<i>Einweisender:</i>		
	Datum	Unterschrift Sicherungsaufsicht	Firma, Stempel, Kontaktdaten
	<i>Eingewiesene:</i>		
	Hiermit bestätige ich, dass ich sowohl die Einweisung erhalten als auch die Vorgaben zur Durchführung der Sicherungsmaßnahmen gemäß den Festlegungen der BzS und der Sicherungsplanung verstanden habe und diese einhalten.		
	Zusätzlich verpflichte ich mich alle an der Maßnahme Beteiligte, auch Subunternehmer, weitergehend in die Maßnahme und über die Gefahren aus dem Bahnbetrieb einzuweisen.		
	Datum	Unterschrift Sicherungsposten	Firma, Stempel, Kontaktdaten
	Datum	Unterschrift Sicherungsposten	Firma, Stempel, Kontaktdaten
	Datum	Unterschrift Aufsichtsführende Person	Firma, Stempel, Kontaktdaten
	Datum	Unterschrift Aufsichtsführende Person	Firma, Stempel, Kontaktdaten
	Datum	Unterschrift Aufsichtsführende Person	Firma, Stempel, Kontaktdaten



Bei längeren Maßnahmen aber insbesondere bei Dauersicherungsplänen können die folgenden Punkte 3.6 bis 3.9 mehrfach benutzt werden (z. B. Kopie).

Eine Nachweisführung ist dauerhaft über den Geltungszeitraum des Sicherungsplans sicherzustellen.

Maßnahmennummer (aus 2.1 übernehmen) (SP-Nummer): SP – 2021 – XXX

Vom _____ bis zum _____ (Zeitraum des Nachweises)

3.6	<u>Gegenseitige Kontaktaufnahme</u> Sicherungsaufsicht _____ Sicherungsposten _____ Wann muss mindestens eine gegenseitige Kontaktaufnahme erfolgen _____
-----	---

3.7	<u>Überprüfung der Wirksamkeit (zwingend zu Beginn der Arbeitsstelle)</u> Veranschlagte Räumzeit in Ordnung <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Wahrnehmbarkeitsprobe durch Sicherungsposten in Ordnung <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Standort Sicherungsposten passend und zugewiesen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Wenn „Nein“ <input type="checkbox"/> neuen Standort festgelegt und zugewiesen Alle festgelegten Sicherungsmaßnahmen werden durchgeführt <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Alle notwendigen Beschilderungen vorhanden und abstandspassend <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Wirksamkeit aller festgelegten Sicherungsmaßnahmen ist vorhanden <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Wenn „Nein“ <input type="checkbox"/> Anpassung der Sicherungsmaßnahmen notwendig und veranlasst <div style="text-align: right;">_____</div> <div style="text-align: center;">Datum, Unterschrift Sicherungsaufsicht</div>
-----	---

3.8	<u>Stichprobenkontrollen der Sicherungsaufsicht</u>		
	Datum	Überprüfte Sicherungsmaßnahmen	Unterschrift

Bei längeren Maßnahmen aber insbesondere bei Dauersicherungsplänen können die folgenden Punkte mehrfach benutzt werden (z. B. Kopie).

Eine Nachweisführung ist dauerhaft über den Geltungszeitraum des Sicherungsplans sicherzustellen.

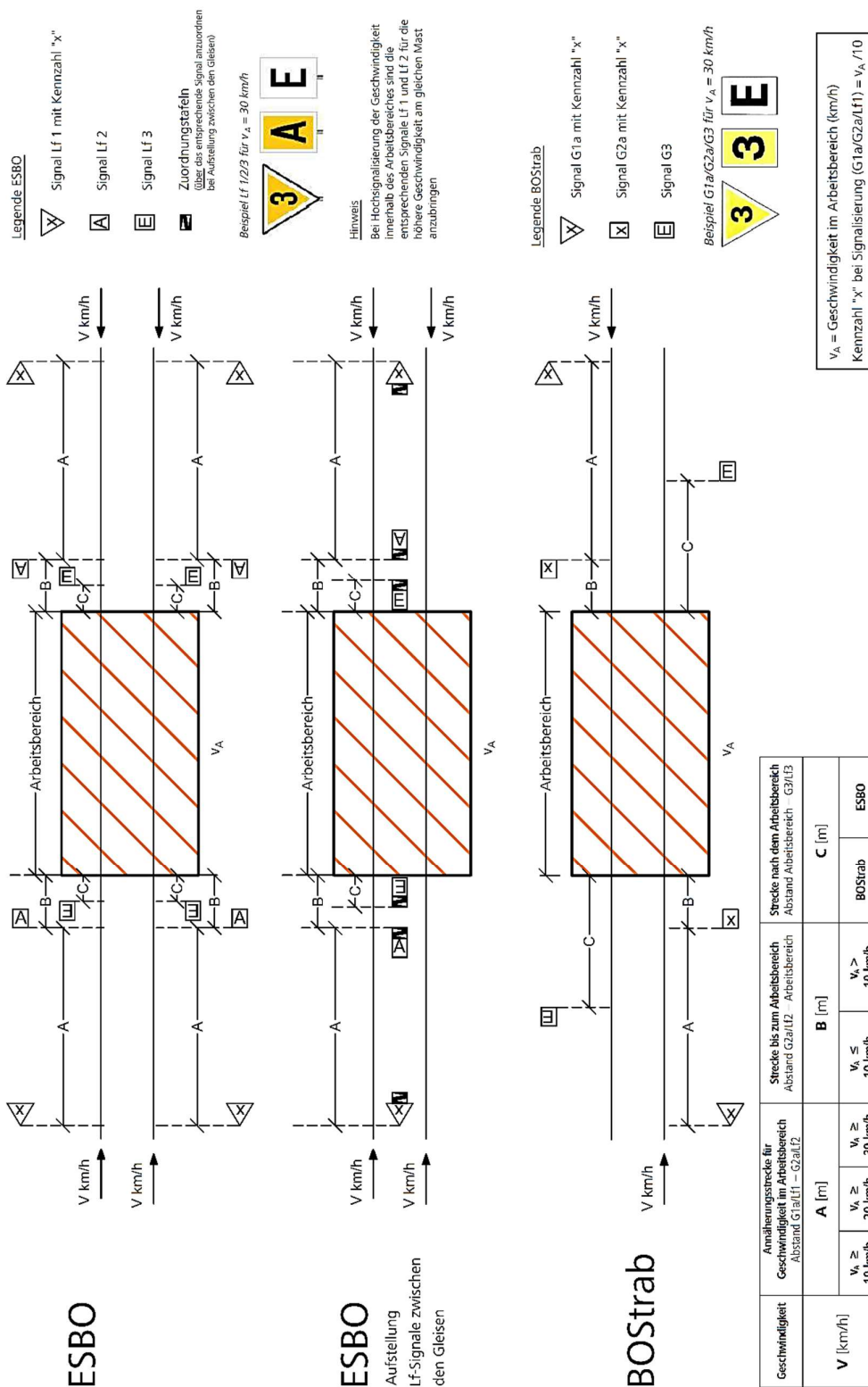
Maßnahmennummer (aus 2.1 übernehmen) (SP-Nummer): SP – 2021 – XXX

Vom _____ bis zum _____ (Zeitraum des Nachweises)

[illegible]

3.9	<p><u>Anpassung der Sicherungsmaßnahmen</u></p> <p>Durch veränderte Betriebs- und/oder Umgebungsbedingungen (z. B. zu Gleiswechselbetrieb, zu Hub- / Schwenkbegrenzung, zur Durchführung Teil 3 bei Dauersicherungsplan) oder durch Stichprobenkontrolle notwendig</p> <p>Notwendige Anpassungen von Sicherungsmaßnahmen sind sofort zu veranlassen und in Abstimmung mit der BzS umzusetzen. Die Arbeiten im Bereich von Gleisen sind sofort bis zur Umsetzung einzustellen.</p>
-----	--

Anlage 3: Abstandstabelle der aufzustellenden Signaltafeln einer Geschwindigkeitsreduzierung mit Mindestmaßen

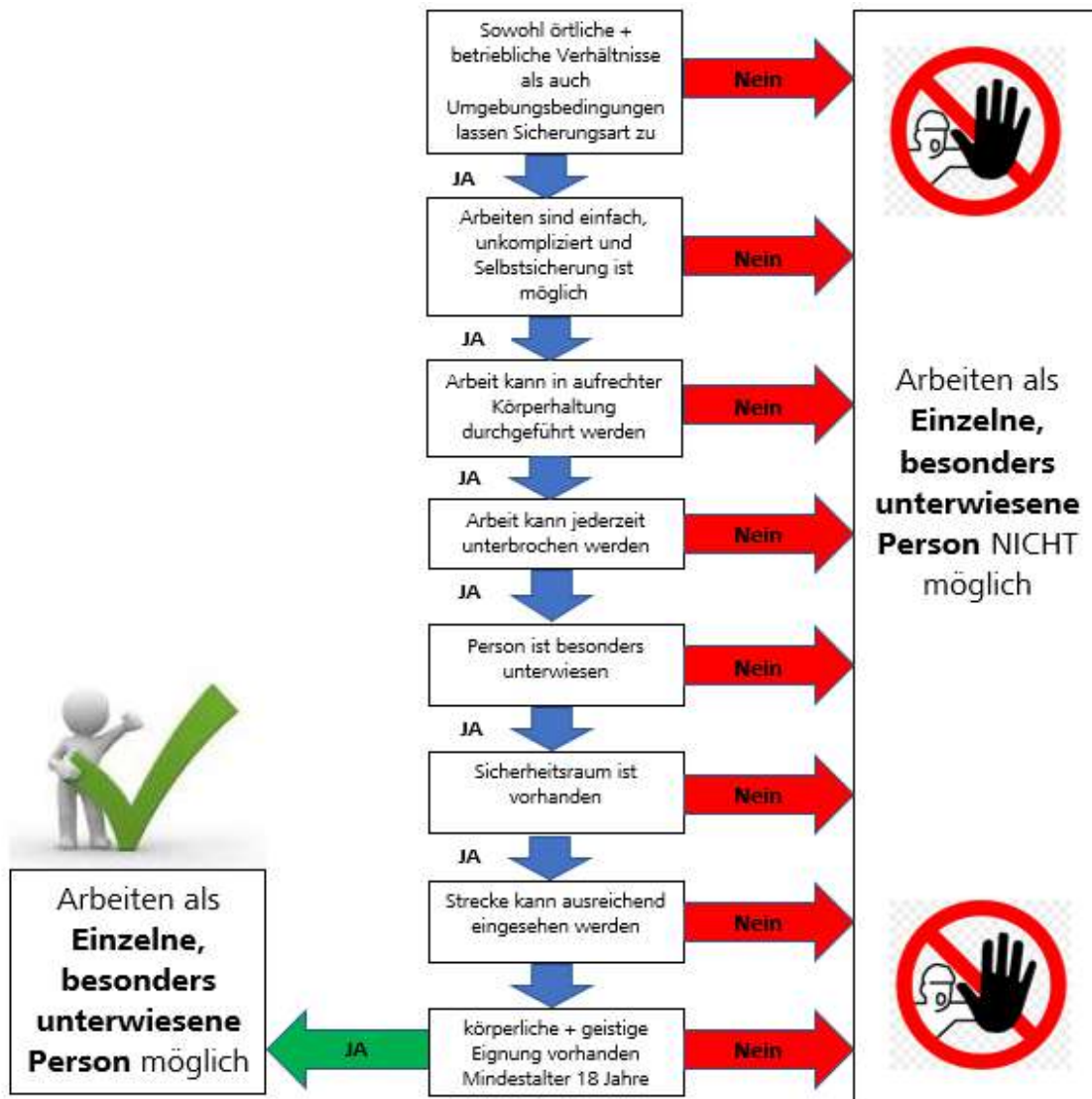


Anlage 4

Einweisungsprotokoll vor Arbeitsaufnahme bei Arbeiten im Bereich von Gleisen															
Maßnahme / Örtlichkeit		Auftragsverantwortliche/r													
<input type="checkbox"/> Jahresunterweisung		<input type="checkbox"/> Einzelunterweisung													
Auszuführende Arbeiten		Datum der Ausführung von/bis													
<p>Mangelnde Abstimmung mit Fremdfirmen kann leicht zu Unfällen oder Störungen führen. Deshalb fordert das Arbeitsschutzgesetz angemessene Anweisungen zwischen Auftragnehmern und Auftraggebern; auf weitere Erfordernisse wird hingewiesen.</p> <p>Dieses Einweisungsprotokoll soll dem Verantwortlichen des jeweiligen Gefahrenbereiches helfen, Fremdfirmen vor Beginn der Arbeiten in die Umgebungs- und Betriebsgefahren einzuweisen.</p> <p>Hiermit wird bestätigt, dass mindestens folgende Punkte besprochen wurden (Zutreffendes ankreuzen):</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> aktuelle Unfallverhütungsvorschriften, insbesondere <input type="checkbox"/> DGUV-Vorschrift 73 <input type="checkbox"/> DGUV-Vorschrift 77 <input type="checkbox"/> Allgemeine Sicherungsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleisen der rnv GmbH, insbesondere: Bahnbereich/Gleisbereich/Fahrbereich/Schutzbereich/Sicherheitsraum/Gefahren <input type="checkbox"/> Bestimmungen zum Schutz elektrischer rnv-Bahnanlagen bei Bauarbeiten sowie beim Bewegen von Fahrzeugen mit Überhöhen im Bahnbereich, insbesondere zu beachten ist <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Sicherheitsabstand zur Oberleitung 1m <input type="checkbox"/> Querverspannungen der Oberleitunganlage <input type="checkbox"/> Bahnstromkabel im Arbeitsfeld/Baustellenbereich <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> die festgelegten Sicherungsmaßnahmen zur Abwehr von Gefahren aus <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Beka/FDA/Betra <input type="checkbox"/> verkehrsrechtliche Anordnung <input type="checkbox"/> Sicherungsplan <input type="checkbox"/> Bagger-/Kranarbeiten <input type="checkbox"/> mit Hubbegrenzung <input type="checkbox"/> mit Schwenkbegrenzung <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Die örtlichen Verhältnisse <input type="checkbox"/> Tätigkeiten weiterer Fremdfirmen im Arbeitsbereich <input type="checkbox"/> Sicherer Betriebszustand der notwendigen Werkzeuge, Maschinen und Anlagen <input type="checkbox"/> Umgang, Lagerung und Entsorgung von Abfällen, insbesondere von Gefahrstoffen <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <p>Hinweis: Die rnv ist ein zertifiziertes Unternehmen im Energiemanagement nach ISO 50001</p>															
<p>Übergabene Dokumente / Besondere Hinweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Allgemeine Sicherheitsinformationen für Fremdfirmen <input type="checkbox"/> Allgemeine Sicherungsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleisen <input type="checkbox"/> Bestimmungen zum Schutz elektrischer rnv-Bahnanlagen bei Bauarbeiten sowie beim Bewegen von Fahrzeugen mit Überhöhen im Bahnbereich <input type="checkbox"/> Beka / FDA / Betra <input type="checkbox"/> Auflagen zum Kranbetrieb <input type="checkbox"/> Wird in der Nähe von Lasttrennschalter gearbeitet, ist unbedingt vorher IS1 per E-Mail zu kontaktieren, die dann die Zuleitungen abschalten (Arbeitsanweisung: AA-FZ1+3/2022-001) <input type="checkbox"/> Unterlagen UVV..... <input type="checkbox"/> 															
<p>Durch meine Unterschrift erkläre ich, dass ich über die oben genannten Themen eingewiesen, die Inhalte verstanden, die aufgelisteten und erhaltenen Dokumente gelesen und einhalten werde.</p> <p>Ich verpflichte mich als Verantwortlicher, die erhaltenen Informationen an meine mir zugeteilten Mitarbeiter und an die Subunternehmer weiterzugeben und dokumentiert vor Arbeitsaufnahme zu unterweisen.</p>															
<p><i>Ein-/Unterwiesene/r</i></p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 25%; height: 20px; vertical-align: top;">Name</td> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td style="height: 20px; vertical-align: top;">Firma</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td style="height: 20px; vertical-align: top;">Datum/Unterschrift</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>				Name				Firma				Datum/Unterschrift			
Name															
Firma															
Datum/Unterschrift															

Anlage 5: Arbeiten als Einzelne, besonders unterwiesene Person „Ablaufschema“

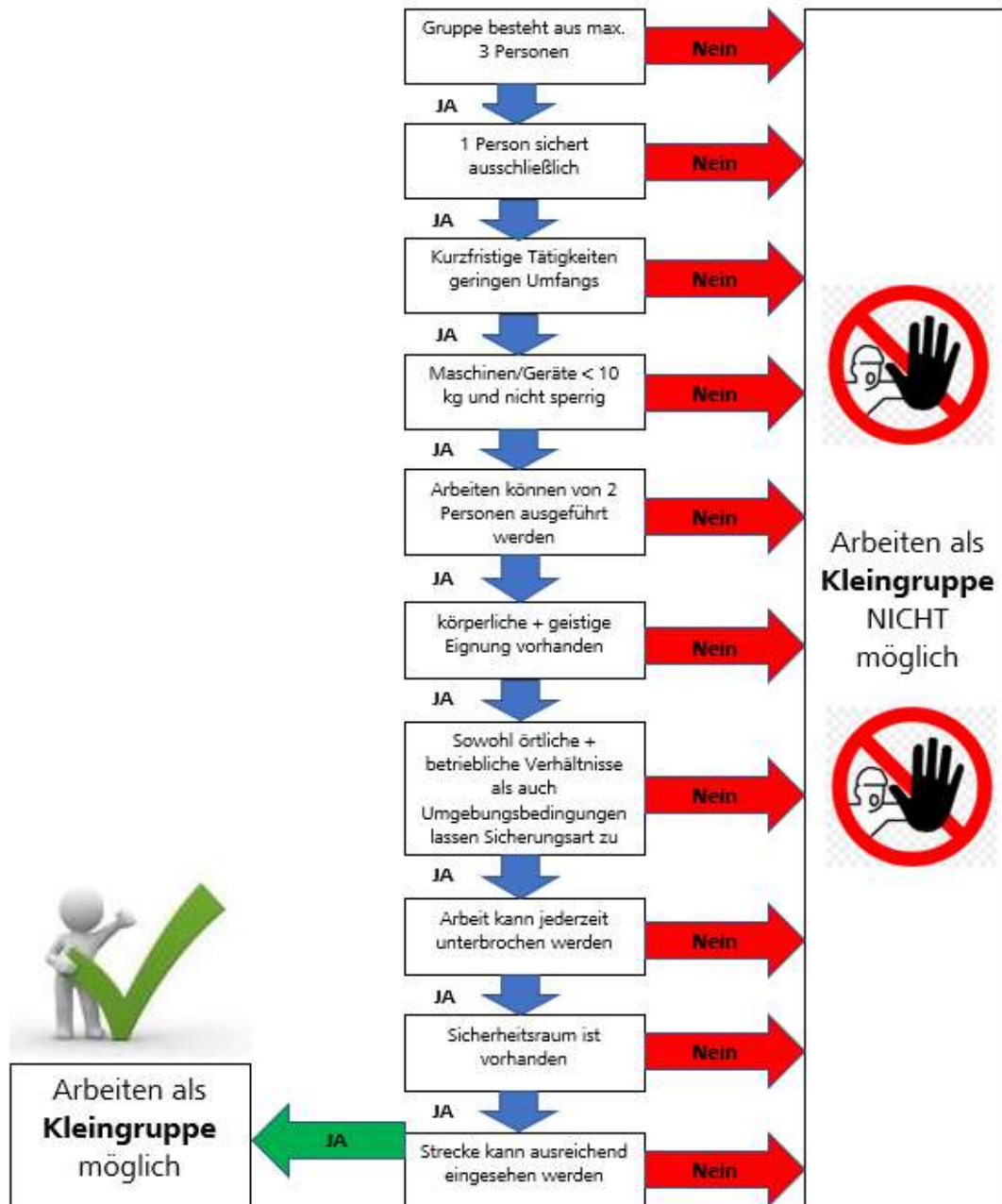
Entscheidungshilfe zur Durchführung von Arbeiten im Gleisbereich durch Einzelne, besonders unterwiesene Personen nach Unfallverhütungsvorschrift DGUV Vorschrift 77 §6



Wenn eine dieser Bedingungen nicht erfüllt ist, dürfen die Arbeiten nicht als Einzelne, besonders unterwiesene Person ausgeführt werden.

Anlage 6: Arbeiten als Kleingruppe „Ablaufschema“

Entscheidungshilfe zur Durchführung von Arbeiten im Gleisbereich durch Kleingruppen nach Unfallverhütungsvorschrift DGUV Vorschrift 7 §6 mit max. 3 Personen



Wenn eine dieser Bedingungen nicht erfüllt ist, dürfen die Arbeiten nicht in Kleingruppe ausgeführt werden.

Besondere Vertragsbedingungen
„Rahmenvertrag SIPO“
der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH – Los 1

§ 1 Vertragsgrundlagen und Anwendungsbereich

1.1 Vertragsrechtliche Regelungen

Maßgebend für die vertragsrechtlichen Regelungen sind in nachstehender Rang- und Reihenfolge folgende Bestimmungen:

- (a) Auftragsschreiben des Auftraggebers
- (b) diese Besonderen Vertragsbedingungen nebst Vergabeunterlagen
- (c) Vergabeunterlagen
- (d) Die „Allgemeinen Einkaufsbedingungen Dienstleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
- (e) Angebot des Auftragnehmers nebst sämtlichen Anlagen, Erklärungen und Nachweisen
- (e) Allgemeine Bestimmungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)
- (f) Vorschriften des BGB

1.2 Leistungsumfang und Leistungserbringung

Art und Umfang der vom Auftragnehmer (AN) zu erbringenden Leistungen ergeben sich ausfolgenden Vertragsbestandteilen:

- (a) Vergabeunterlagen nebst Anlagen
- (b) schriftliche Hinweise und Antworten auf Bieterfragen
- (c) Angebot des Auftragnehmers nebst sämtlichen Anlagen, Erklärungen und Nachweisen
- (d) die mit der Leistungserbringung zusammenhängenden gesetzlichen, behördlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften, DIN-Normen sowie sonstige Richtlinien und Verordnungen einschließlich der in der Vergabeunterlagen genannten Bestimmungen

Sind in einer der vorgenannten Vertragsunterlagen Einzelleistungen oder Leistungsstandard nicht oder anders erwähnt, als in den anderen Vertragsunterlagen, ist zu prüfen, ob die widersprüchlichen Angaben auf einer Fortentwicklung oder Änderung der zu erbringenden Leistungen (unechter Widerspruch) beruhen. In diesem Fall ist Gegenstand der Leistungspflicht insoweit die fortentwickelte oder geänderte Leistung und die sie betreffenden Vertragsunterlagen.

Nur dort, wo sich widersprechende Angaben nicht aus solchen geänderten oder fortentwickelten Angaben der Unterlagen ergeben, die Vertragsbestandteile sind, liegt ein echter Widerspruch vor, der durch Auslegung zu beseitigen ist.

Etwaige Zuschläge für Überstunden (Überstunden ab 8 Stunden plus eine halbe Stunde Pause), Nachtzuschlag sowie Sonn- und Feiertagszuschlag sind im Angebot mit abzugeben.

§ 2 Vertragsgegenstand**2.1 Los 1**

Gegenstand des Vertrages für Los 1 ist die Bereitstellung von Sicherungsaufsicht (Sakra) und Sicherungsposten (Sipo) im Liniennetzgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH. Die Tätigkeiten der Sakra und Sipo werden in der „Allgemeine Sicherheitsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleis“ genauer beschrieben.

2.2 Auftraggeber (AG) ist die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

2.3 Vertragspartner ist die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv)

§ 3 Vertragsschluss

3.1 Die Rahmenvereinbarung kommt mit dem Zuschlagsschreiben zustande (Vertragsschluss)

3.2 Unsere Beauftragung erfolgt mit einer schriftlichen Bestellung. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der AN zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

3.3 Bevor eine Bestellung erstellt und verschickt wird, erfolgt eine schriftliche Anfrage an den AN durch Mitarbeiter der rnv. Der AN muss innerhalb von drei Werktagen einen Kostenvoranschlag an den AG übermitteln. Anschließend wird eine Bestellung verschickt.

3.4 Anfragen vom AG erfolgen in der Regel mindestens acht Werktage vor dem Einsatz. Eine Bestellung erfolgt spätestens drei Werktage vor Bereitstellung der Sipo und Sakra. In Ausnahmefällen kann die Anfrage auch mit kürzerer Frist erfolgen. Die Bestellung wird zeitnahe nach Übermittlung des Kostenvoranschlages an den AN verschickt.

§ 4 Einsatzzeiten

Die Einsatzzeiten sind immer gemäß Bestellung und Absprache, die rnv verpflichtet sich nicht, bestimmte Einsatzzeiten zu definieren. Je nach Bedarf kann der Einsatz eines Sakra und oder Sipo auch während der Nacht, Wochenends und feiertags durchgeführt werden. Jeweilige Zuschläge werden je nach gesetzlichen Vorgaben sowie dem im Angebot abgegebenen Zuschlägen auf die Stundesätze aufgerechnet. Etwaige Anpassungsansprüche aus § 313 BGB bleiben unberührt.

Wenn der AG die Leistung gemäß einem Kostenvoranschlag bestellt und diese Leistung anschließend nicht in Anspruch nimmt und dies nicht am Verschulden des AN liegt, ist der AN berechtigt, die Summe der Bestellung beim AG auch ohne Leistungserbringung einzufordern.

§ 5 Personaleinsatz des Auftragnehmers / Subunternehmer

5.1 Der AN muss den Personaleinsatz nach Bestellung und Absprache planen. Nach Bestätigung durch den AN muss gewährleistet sein, dass für die Maßnahme ausreichend Sakra und Sipo Kräfte vorhanden sind. Falls dies nicht der Fall ist, behält sich der AG vor, Schäden geltend zu machen. Der AN weist Qualifikation und Erfahrung der zusätzlich vorgesehenen Mitarbeiter nach.

Die Ausbildung und Einweisung neuer oder zusätzlicher Mitarbeiter muss auf die spezifischen Anforderungen der rnv angepasst sein.

Der AN ist verpflichtet ausschließlich zuverlässiges Personal einzusetzen, welches für die von ihm zu erbringenden Leistungen über alle notwendigen Voraussetzungen wie Ausbildung, Berufserfahrung und Weiterbildung etc. verfügt. Ferner ist der AN verpflichtet, alle geltenden gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die „Allgemeine Sicherheitsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleis“ Bezug genommen.

- 5.2 Ein Einsatz von Subunternehmern ist generell nur nach vorheriger Zustimmung des AG zulässig. Dies gilt auch dann, wenn der AN mit seinem Angebot Unterauftragnehmer-Leistungen angegeben, den Unterauftragnehmer („Subunternehmer“) aber noch nicht namentlich benannt hat. Auch im Fall eines genehmigten Unterauftragnehmereinsatzes bleibt der AN uneingeschränkt zur vertragsgerechten Leistungserbringung gegenüber dem AG verpflichtet. Der AN hat zudem sicherzustellen, dass der Unterauftragnehmer ebenso wie er selbst alle nach dem Vertrag mit dem AG vereinbarten Verpflichtungen und einschlägigen Bestimmungen uneingeschränkt einhält.

§ 6 Volumen

- 6.2 Die rnv ist darüber hinaus nicht verpflichtet, die beschriebenen Leistungen bis zum Erreichen der angefragten und angebotenen Höchstmenge abzurufen. Bei Nichtabruf der Leistungen besteht kein Anspruch des AN auf Vergütung.

§ 7 Sonstige Pflichten des Auftragnehmers

- 7.1 Soweit es im Einzelfall Schnittstellen zwischen den Leistungen der AN der Lose 1 und 2 gibt, sind beide zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit verpflichtet. Zwischen Ihnen muss eine sorgfältige Abstimmung der Schnittstellen und Funktionsabläufe durchgeführt werden, um Nachteile zu Lasten des Auftraggebers zu vermeiden.
- 7.2 Die tatsächlich geleisteten Stunden sind vom AN zu dokumentieren und dem AG zur Überprüfung und möglicher Korrektur innerhalb einer Woche auszuhändigen. Eine Rechnung ohne Überprüfung der tatsächlich geleisteten Stunden wird nur unter Vorbehalt vergütet. Der AG behält sich vor, bei Stundenabweichungen mögliche Mehrzahlungen zurückzufordern.
- 7.3 Der AN hat kein Anspruch auf Bezahlung der An- und Abreise zum Erfüllungsort. Des Weiteren ist die An- und Abreise keine Arbeitszeit.
- 7.4 Es ist dem AN sowie seinen Mitarbeitern oder Unterauftragnehmern ausdrücklich verboten, Einblick in Dokumente, Akten usw. der rnv zu nehmen oder gar Abschriften, Kopien oder Bilder und dergleichen anzufertigen. Die Nutzung von Betriebseigentum der rnv ist grundsätzlich untersagt und nur mit ausdrücklicher Genehmigung durch die rnv gestattet.

§ 8 Vertragsstrafe

- 8.1 Für den Fall, dass ein Sakra und/oder Sipo des AN oder seines Unterauftragnehmers unentschuldigt gar nicht oder mehr als 60 Minuten verspätet oder in einem Zustand erscheint, der eine Aufnahme der Arbeiten nicht zulässt (z.B. infolge von Alkohol- oder Drogenkonsum), ist der AN zur Zahlung einer Vertragsstrafe an den AG in Höhe von 250 € verpflichtet. Eine entsprechende Vertragsstrafe fällt für jeden einzelnen Vorfall/Tag gesondert an. Die Geltendmachung eines etwaigen weitergehenden Schadensersatzes behält sich der AG ausdrücklich vor. Bereits gezahlte Vertragsstrafen sind auf den Schadensersatz anzurechnen. Weitere Rechte des AG wegen Verzugs bzw. nicht ordnungsgemäßer Leistungserbringung bleiben vorbehalten.
- 8.2 Bei vom Auftragnehmer schuldhaft verursachter Überschreitung (Verzug) der vereinbarten Bereitstellung von Sipo und Sakra ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1 % der anteiligen, auf das entfallenden Netto-Einzelauftragssumme pro Arbeitstag der Fristüberschreitung, höchstens jedoch maximal 5 % der auf die jeweilige anteilig entfallenden Netto-Einzelauftragssumme als Vertragsstrafe geltend zu machen. Die Gesamtsumme aller möglichen Vertragsstrafen für die schuldhafte Überschreitung der Bereitstellung innerhalb eines Einzelauftrages ist auf maximal 5 % der Gesamt-Netto-Einzelauftragssumme begrenzt.

Der Auftraggeber ist berechtigt, sich die Geltendmachung der Vertragsstrafe gemäß Ziffer 6.a bis zur Fälligkeit der Schlussabrechnung des Einzelauftrages vorzubehalten. Weitergehende Ansprüche und Rechte des Auftraggebers bleiben vorbehalten. Die Vertragsstrafe wird jedoch auf etwaige Schadensersatzansprüche wegen Verzugs angerechnet.

§ 9 Vertragslaufzeit, Verlängerungsoption und Kündigung

- 9.1 Die Laufzeit des Vertrages beginnt am 01.07.2025 und endet am 30.06.2028.
- 9.2 Für die rnv besteht zweimal die Möglichkeit einer Laufzeitverlängerung um jeweils 1 Jahr. Sollte die rnv diese Verlängerungsoptionen ausüben wollen, hat sie dies jeweils 3 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit in schriftlicher Form gegenüber dem AN zu erklären.
- 9.3 Der AG ist berechtigt, den Vertrag jeweils mit Ablauf eines Vertragsjahres, d.h. erstmals zum 30.06.2026 unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten ordentlich zu kündigen. Weitergehende ordentliche Kündigungsrechte der Parteien während der Dauer der Festlaufzeit bestehen nicht. Das Recht der Parteien zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 10 Rechnungen

Die Rechnungsstellung erfolgt durch den AN. Zahlung leistet die rnv binnen 30 Kalendertag nach Erhalt einer prüfbaren Rechnung netto.

Die Rechnungsstellung hat in digitaler Form zu erfolgen. E-Mail-Adresse für PDF-Rechnungsversand: RG_RNV@rnv-online.de. Wegen der Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF wird auf die beiliegende Anlage verwiesen.

Rechnungen, die nicht die rnv ausweisen, werden vom AG zu seiner Entlastung an den Bieter zurücksenden.

Alternativ, wenn nicht technisch umsetzbar sind Rechnungen durch den AN in Ausfertigung unter gesondertem Ausweis der Umsatzsteuer und der Angabe der Bestellnummer an folgende Anschrift zu senden:

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Rechnungswesen
Möhlstr.27
68165 Mannheim

Sollte der AN die Bestellnummer nicht auf der Rechnung vermerken, ist eine Bearbeitung durch den AG nicht möglich und auch nicht geschuldet. In diesem Fall wird der AG die Rechnung zu seiner Entlastung an den Bieter zurücksenden.

Der AG leistet Zahlungen gemäß dem Zahlungsziel bargeldlos auf das vom AN anzugebende Konto. Die Angabe muss zwingend in Form einer IBAN (International-Bank-Account-Number) und BIC (Bank-Identifizier-Code) erfolgen.

§ 11 Datenschutz

Der AN verpflichtet sich, die gesetzlichen Datenbestimmungen zum Datenschutz einzuhalten und von allen Mitarbeitern und Erfüllungsgehilfen, die mit der vertraglich geschuldeten Leistung oder dem vorangegangenen Vergabeverfahren in Berührung kommen, falls erforderlich, entsprechende gesonderte Zustimmungserklärungen in gesetzlich geforderter Form einzuholen.

§ 12 Änderungen des Leistungsumfangs

Werden von dem AG nach dem Zuschlag Änderungen des vereinbarten Leistungsumfangs gewünscht ist vom AN in einem angemessenen Zeitraum anzugeben, ob und in welchem Ausmaß durch das Verlangen des AG Minder- oder Mehrkosten (diese sind vom AN zu Marktvergleichskonditionen transparent und nachvollziehbar zu kalkulieren), Terminverschiebungen oder sonstige Auswirkungen auf vertragliche Vereinbarungen entstehen.

Der AN wird den AG bei der Minimierung der wirtschaftlichen Folgen unterstützen. Sämtliche Kommunikation zu angefragten Auftragsänderungen ist schriftlich zu dokumentieren.

Änderungen des vereinbarten Leistungsumfangs durch den AN nach Abstimmung sind ohne schriftliche Zustimmung des AG nicht statthaft und führen zu einer Ablehnung des Angebots.

Ausführungsänderungen aufgrund von Abweichungen der Leistungen von den Vereinbarungen sind von dem AN ohne gesonderte Berechnung durchzuführen. Zusätzliche Aufwände werden gemäß der dafür angebotenen Preise auf Stundenbasis abgerechnet.

§ 13 Preisgleitklausel / Tarifänderungen

Die Vereinbarten Stundenpreise sowie Zulagen sind für die ersten zwei Jahre der Laufzeit Festbeträge. Nach Ablauf dieser zwei Jahren, kann sich der Stundenpreise mit der unten ersichtlichen Formel gemäß der Mindestlohnsteigerung ändern.

Bei Änderungen der sich hieraus ergebenden Vorgaben, während der Vertragslaufzeit, bei Erhöhung der Mindestlöhne, werden insoweit die Lohn- und Lohnnebenkosten im Umfang dieser Änderung prozentual angepasst. Die Anpassung kann erstmalig für den Monat verlangt werden, in dem die Änderungen des gesetzlichen Mindestlohns in Kraft getreten ist. Eine Berechnung für zurückliegende, bereits abgerechnete Zeiträume, ist ausgeschlossen. Die Veränderung der Vergütung ist wie folgt zu berechnen:

$\text{Lohnkostenanteil in \%} \times \text{SVS} \times \text{Änderungssatz in \%}$. Somit darf eine Anpassung nur für den in der Kalkulation ausgewiesenen Lohnkostenanteil an der Vergütung verlangt werden.

Solche Vergütungsänderungen sind dem Auftraggeber rechtzeitig vorher schriftlich unter Überlassung folgender Unterlagen / Angaben anzuzeigen:

Vorlage des alten und des neuen Mindestlohnes bzw. der Nachweise über die Änderung der gesetzlichen bzw. tariflichen lohnwirksamen Sozialaufwendungen. Erklärung über die Höhe des Lohnkostenanteils am gesamten Leistungsentgelt bzw. Stundenverrechnungssatz.

Erfolgen Änderungen des Mindestlohns in den ersten zwei Jahren, die nicht durch die Mindestlohnkommission beschlossen wurden, werden die Vertragsparteien dies als Vertragsveränderung behandeln und dies einvernehmlich in einem entsprechenden Nachtrag regeln.

§ 14 Haftung

Der AN haftet dem AG für alle Schäden, die dem AN oder Dritten im Zusammenhang mit dem Vertrag schuldhaft durch den AN oder durch Verschulden seiner Erfüllungsgehilfen zugefügt werden. Der AN stellt den AG insoweit von Ansprüchen, die von Dritten gegenüber dem AG erhoben werden, auf erstes Anfordern frei.

Der AN ist verpflichtet, sich in ausreichender Höhe gegen Haftungsrisiken aus der Prüfung nach Maßgabe dieses Vertrages zu versichern und dem AG das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von mind. 3 Mio. EUR je Versicherungsfall, 2-fach maximiert (pauschal für Personen-, Sachschäden und Vermögensschäden je Schadensereignis und Versicherungsjahr) unaufgefordert zum Vertragsbeginn nachzuweisen.

Der Fortbestand des Versicherungsschutzes ist dem AG auf dessen Verlangen vom AN jederzeit nachzuweisen.

§ 15 Erfüllungsort, Gerichtsstand, anwendbares Recht, Zustellungsbevollmächtigter, Vertrags- und Arbeitssprache

15.1 Erfüllungsort / Gerichtsstand

Erfüllungsort und ausschließlicher örtlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit dem Rahmenvertrag und den auf dieser Grundlage abgeschlossenen Einzelaufträgen ist der Sitz des AG in 68165 Mannheim / Deutschland.

15.2 Anwendbares Recht / Zustellungsbevollmächtigter / Vertrags- und Arbeitssprache

Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen
[102-25-E11]]

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Vertragssprache ist deutsch. Verfügt der AN über keinen Sitz in Deutschland und auch über keine Niederlassung mit Sitz in Deutschland (§ 21 ZPO), ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem AG spätestens 2 Wochen nach Vertragsschluss einen Zustellungsbevollmächtigten mit Sitz in Deutschland zu benennen und bis zum Ablauf von mindestens 2 Jahren nach Ende der Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Die Vertrags- und Arbeitssprache ist deutsch.

- Ender der Besonderen Vertragsbedingungen -

Besondere Vertragsbedingungen
„Rahmenvertrag SIPO“
der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH – Los 2

§ 1 Vertragsgrundlagen und Anwendungsbereich

1.1 Vertragsrechtliche Regelungen

Maßgebend für die vertragsrechtlichen Regelungen sind in nachstehender Rang- und Reihenfolge folgende Bestimmungen:

- (a) Auftragsschreiben des Auftraggebers
- (b) diese Besonderen Vertragsbedingungen nebst Vergabeunterlagen
- (c) Vergabeunterlagen
- (d) Die „Allgemeinen Einkaufsbedingungen Dienstleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
- (e) Angebot des Auftragnehmers nebst sämtlichen Anlagen, Erklärungen und Nachweisen
- (e) Allgemeine Bestimmungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)
- (f) Vorschriften des BGB

1.2 Leistungsumfang und Leistungserbringung

Art und Umfang der vom Auftragnehmer (AN) zu erbringenden Leistungen ergeben sich ausfolgenden Vertragsbestandteilen:

- (a) Vergabeunterlagen nebst Anlagen
- (b) schriftliche Hinweise und Antworten auf Bieterfragen
- (c) Angebot des Auftragnehmers nebst sämtlichen Anlagen, Erklärungen und Nachweisen
- (d) die mit der Leistungserbringung zusammenhängenden gesetzlichen, behördlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften, DIN-Normen sowie sonstige Richtlinien und Verordnungen einschließlich der in der Vergabeunterlagen genannten Bestimmungen

Sind in einer der vorgenannten Vertragsunterlagen Einzelleistungen oder Leistungsstandard nicht oder anders erwähnt, als in den anderen Vertragsunterlagen, ist zu prüfen, ob die widersprüchlichen Angaben auf einer Fortentwicklung oder Änderung der zu erbringenden Leistungen (unechter Widerspruch) beruhen. In diesem Fall ist Gegenstand der Leistungspflicht insoweit die fortentwickelte oder geänderte Leistung und die sie betreffenden Vertragsunterlagen.

Nur dort, wo sich widersprechende Angaben nicht aus solchen geänderten oder fortentwickelten Angaben der Unterlagen ergeben, die Vertragsbestandteile sind, liegt ein echter Widerspruch vor, der durch Auslegung zu beseitigen ist.

Etwaige Zuschläge für Überstunden (Überstunden ab 8 Stunden plus eine halbe Stunde Pause), Nachtzuschlag sowie Sonn- und Feiertagszuschlag sind im Angebot mit abzugeben.

§ 2 Vertragsgegenstand**2.1 Los 2**

Gegenstand des Vertrages für Los 2 ist die Bereitstellung von Sicherheitsaufsicht (Sakra) und Sicherungsposten (Sipo) im Liniennetzgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH für Maßnahmen, die von der MV Mannheimer Verkehr GmbH durchgeführt werden. Die Tätigkeiten der Sakra und Sipo werden in der „Allgemeine Sicherheitsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleis“ genauer beschrieben.

2.2 Auftraggeber (AG) ist die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

2.3 Vertragspartner ist die Mannheimer Verkehr GmbH (MV)

§ 3 Vertragsschluss

3.1 Die Rahmenvereinbarung kommt mit dem Zuschlagsschreiben zustande (Vertragsschluss)

3.2 Unsere Beauftragung erfolgt mit einer schriftlichen Bestellung. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der AN zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

3.3 Bevor eine Bestellung erstellt und verschickt wird, erfolgt eine schriftliche Anfrage an den AN durch Mitarbeiter der rnv. Der AN muss innerhalb von drei Werktagen einen Kostenvoranschlag an den AG übermitteln. Anschließend wird eine Bestellung verschickt.

3.4 Anfragen vom AG erfolgen in der Regel mindestens acht Werktage vor dem Einsatz. Eine Bestellung erfolgt spätestens drei Werktage vor Bereitstellung der Sipo und Sakra. In Ausnahmefällen kann die Anfrage auch mit kürzerer Frist erfolgen. Die Bestellung wird zeitnahe nach Übermittlung des Kostenvoranschlages an den AN verschickt.

§ 4 Einsatzzeiten

Die Einsatzzeiten sind immer gemäß Bestellung und Absprache, die MV verpflichtet sich nicht, bestimmte Einsatzzeiten zu definieren. Je nach Bedarf kann der Einsatz eines Sakra und oder Sipo auch während der Nacht, Wochenends und feiertags durchgeführt werden. Jeweilige Zuschläge werden je nach gesetzlichen Vorgaben sowie dem im Angebot abgegeben Zuschlägen auf die Stundesätze aufgerechnet. Etwaige Anpassungsansprüche aus § 313 BGB bleiben unberührt.

§ 5 Personaleinsatz des Auftragnehmers / Subunternehmer

5.1 Der AN muss den Personaleinsatz nach Bestellung und Absprache planen. Nach Bestätigung durch den AN muss gewährleistet sein, dass für die Maßnahme ausreichend Sakra und Sipo Kräfte vorhanden sind. Falls dies nicht der Fall ist, behält sich der AG vor, Schäden geltend zu machen. Der AN weist Qualifikation und Erfahrung der zusätzlich vorgesehenen Mitarbeiter nach.

Die Ausbildung und Einweisung neuer oder zusätzlicher Mitarbeiter muss auf die spezifischen Anforderungen der rnv angepasst sein.

Der AN ist verpflichtet ausschließlich zuverlässiges Personal einzusetzen, welches für die von ihm zu erbringenden Leistungen über alle notwendigen Voraussetzungen wie Ausbildung, Berufserfahrung und Weiterbildung etc. verfügt. Ferner ist der AN verpflichtet, alle geltenden gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die „Allgemeine Sicherheitsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleis“ Bezug genommen.

- 5.2 Ein Einsatz von Subunternehmern ist generell nur nach vorheriger Zustimmung des AG zulässig. Dies gilt auch dann, wenn der AN mit seinem Angebot Unterauftragnehmer-Leistungen angegeben, den Unterauftragnehmer („Subunternehmer“) aber noch nicht namentlich benannt hat. Auch im Fall eines genehmigten Unterauftragnehmereinsatzes bleibt der AN uneingeschränkt zur vertragsgerechten Leistungserbringung gegenüber dem AG verpflichtet. Der AN hat zudem sicherzustellen, dass der Unterauftragnehmer ebenso wie er selbst alle nach dem Vertrag mit dem AG vereinbarten Verpflichtungen und einschlägigen Bestimmungen uneingeschränkt einhält.

§ 6 Volumen

- 6.3 Die MV ist darüber hinaus nicht verpflichtet, die beschriebenen Leistungen bis zum Erreichen der angefragten und angebotenen Höchstmenge abzurufen. Bei Nichtabruf der Leistungen besteht kein Anspruch des AN auf Vergütung.

§ 7 Sonstige Pflichten des Auftragnehmers

- 7.1 Soweit es im Einzelfall Schnittstellen zwischen den Leistungen der AN der Lose 1 und 2 gibt, sind beide zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit verpflichtet. Zwischen Ihnen muss eine sorgfältige Abstimmung der Schnittstellen und Funktionsabläufe durchgeführt werden, um Nachteile zu Lasten des Auftraggebers zu vermeiden.
- 7.2 Die tatsächlich geleisteten Stunden sind vom AN zu dokumentieren und dem AG zur Überprüfung und möglicher Korrektur innerhalb einer Woche auszuhändigen. Eine Rechnung ohne Überprüfung der tatsächlich geleisteten Stunden wird nur unter Vorbehalt vergütet. Der AG behält sich vor bei Stundenabweichungen mögliche Mehrzahlungen zurückzufordern.
- 7.3 Der AN hat kein Anspruch auf Bezahlung der An- und Abreise zum Erfüllungsort. Des Weiteren ist die An- und Abreise keine Arbeitszeit.
- 7.4 Es ist dem AN sowie seinen Mitarbeitern oder Unterauftragnehmern ausdrücklich verboten, Einblick in Dokumente, Akten usw. der rnv und der MV zu nehmen oder gar Abschriften, Kopien oder Bilder und dergleichen anzufertigen. Die Nutzung von Betriebseigentum der rnv und der MV ist grundsätzlich untersagt und nur mit ausdrücklicher Genehmigung durch die rnv oder MV gestattet.

§ 8 Vertragsstrafe

Für den Fall, dass ein Sakra und/oder Sipo des AN oder seines Unterauftragnehmers unentschuldigt gar nicht oder mehr als 60 Minuten verspätet oder in einem Zustand erscheint, der eine Aufnahme der Arbeiten nicht zulässt (z.B. infolge von Alkohol- oder Drogenkonsum), ist der AN zur Zahlung einer Vertragsstrafe an den AG in Höhe von 250 € verpflichtet. Eine entsprechende Vertragsstrafe fällt für jeden einzelnen Vorfall/Tag gesondert an. Die Geltendmachung eines etwaigen weitergehenden Schadensersatzes behält sich der AG ausdrücklich vor. Bereits gezahlte Vertragsstrafen sind auf den Schadensersatz anzurechnen. Weitere Rechte des AG wegen Verzugs bzw. nicht ordnungsgemäßer Leistungserbringung bleiben vorbehalten.

- 8.2 Bei vom Auftragnehmer schuldhaft verursachter Überschreitung (Verzug) der vereinbarten Bereitstellung von Sipo und Sakra ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1 % der anteiligen, auf das entfallenden Netto-Einzelauftragssumme pro Arbeitstag der Fristüberschreitung, höchstens jedoch maximal 5 % der auf die jeweilige anteilig entfallenden Netto-Einzelauftragssumme als Vertragsstrafe geltend zu machen. Die Gesamtsumme aller möglichen Vertragsstrafen für die schuldhafte Überschreitung der Bereitstellung innerhalb eines Einzelauftrages ist auf maximal 5 % der Gesamt-Netto-Einzelauftragssumme begrenzt.

Der Auftraggeber ist berechtigt, sich die Geltendmachung der Vertragsstrafe gemäß Ziffer 6.a bis zur Fälligkeit der Schlussabrechnung des Einzelauftrages vorzubehalten. Weitergehende Ansprüche und Rechte des Auftraggebers bleiben vorbehalten. Die Vertragsstrafe wird jedoch auf etwaige Schadensersatzansprüche wegen Verzugs angerechnet.

§ 9 Vertragslaufzeit, Verlängerungsoption und Kündigung

- 9.1 Die Laufzeit des Vertrages beginnt am 01.07.2025 und endet am 30.06.2028.
- 9.2 Für die MV besteht zweimal die Möglichkeit einer Laufzeitverlängerung um jeweils 1 Jahr. Sollte die MV diese Verlängerungsoptionen ausüben wollen, hat sie dies jeweils 3 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit in schriftlicher Form gegenüber dem AN zu erklären.
- 9.3 Der AG ist berechtigt, den Vertrag jeweils mit Ablauf eines Vertragsjahres, d.h. erstmals zum 30.06.2026 unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten ordentlich zu kündigen. Weitergehende ordentliche Kündigungsrechte der Parteien während der Dauer der Festlaufzeit bestehen nicht. Das Recht der Parteien zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 10 Rechnungen

Die Rechnungsstellung erfolgt durch den AN. Zahlung leistet die MV binnen 30 Kalendertag nach Erhalt einer prüfbaren Rechnung netto.

Die Rechnungsstellung hat in digitaler Form zu erfolgen. E-Mail-Adresse für PDF-Rechnungsversand: RG_MV@rnv-online.de. Wegen der Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF wird auf die beiliegende Anlage verwiesen.

Rechnungen, die nicht die MV ausweisen, werden vom AG zu seiner Entlastung an den Bieter zurücksenden.

Alternativ, wenn nicht technisch umsetzbar sind Rechnungen durch den AN in Ausfertigung unter gesondertem Ausweis der Umsatzsteuer und der Angabe der Bestellnummer an folgende Anschrift zu senden:

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Rechnungswesen
Möhlstr.27
68165 Mannheim

Sollte der AN die Bestellnummer nicht auf der Rechnung vermerken, ist eine Bearbeitung durch den AG nicht möglich und auch nicht geschuldet. In diesem Fall wird der AG die Rechnung zu seiner Entlastung an den Bieter zurücksenden.

Der AG leistet Zahlungen gemäß dem Zahlungsziel bargeldlos auf das vom AN anzugebende Konto. Die Angabe muss zwingend in Form einer IBAN (International-Bank-Account-Number) und BIC (Bank-Identifizier-Code) erfolgen.

§ 11 Datenschutz

Der AN verpflichtet sich, die gesetzlichen Datenbestimmungen zum Datenschutz einzuhalten und von allen Mitarbeitern und Erfüllungsgehilfen, die mit der vertraglich geschuldeten Leistung oder dem vorangegangenen Vergabeverfahren in Berührung kommen, falls erforderlich, entsprechende gesonderte Zustimmungserklärungen in gesetzlich geforderter Form einzuholen.

§ 12 Änderungen des Leistungsumfangs

Werden von dem AG nach dem Zuschlag Änderungen des vereinbarten Leistungsumfangs gewünscht ist vom AN in einem angemessenen Zeitraum anzugeben, ob und in welchem Ausmaß durch das Verlangen des AG Minder- oder Mehrkosten (diese sind vom AN zu Marktvergleichskonditionen transparent und nachvollziehbar zu kalkulieren), Terminverschiebungen oder sonstige Auswirkungen auf vertragliche Vereinbarungen entstehen.

Der AN wird den AG bei der Minimierung der wirtschaftlichen Folgen unterstützen. Sämtliche Kommunikation zu angefragten Auftragsänderungen ist schriftlich zu dokumentieren.

Änderungen des vereinbarten Leistungsumfangs durch den AN nach Abstimmung sind ohne schriftliche Zustimmung des AG nicht statthaft und führen zu einer Ablehnung des Angebots.

Ausführungsänderungen aufgrund von Abweichungen der Leistungen von den Vereinbarungen sind von dem AN ohne gesonderte Berechnung durchzuführen. Zusätzliche Aufwände werden gemäß der dafür angebotenen Preise auf Stundenbasis abgerechnet.

§ 13 Preisgleitklausel / Tarifänderungen

Die Vereinbarten Stundenpreise sowie Zulagen sind für die ersten zwei Jahre der Laufzeit Festbeträge. Nach Ablauf dieser zwei Jahren, kann sich der Stundenpreise mit der unten ersichtlichen Formel gemäß der Mindestlohnsteigerung ändern.

Bei Änderungen der sich hieraus ergebenden Vorgaben, während der Vertragslaufzeit, bei Erhöhung der Mindestlöhne, werden insoweit die Lohn- und Lohnnebenkosten im Umfang dieser Änderung prozentual angepasst. Die Anpassung kann erstmalig für den Monat verlangt werden, in dem die Änderungen des gesetzlichen Mindestlohns in Kraft getreten ist. Eine Berechnung für zurückliegende, bereits abgerechnete Zeiträume, ist ausgeschlossen. Die Veränderung der Vergütung ist wie folgt zu berechnen:

$\text{Lohnkostenanteil in \%} \times \text{SVS} \times \text{Änderungssatz in \%}$. Somit darf eine Anpassung nur für den in der Kalkulation ausgewiesenen Lohnkostenanteil an der Vergütung verlangt werden.

Solche Vergütungsänderungen sind dem Auftraggeber rechtzeitig vorher schriftlich unter Überlassung folgender Unterlagen / Angaben anzuzeigen:

Vorlage des alten und des neuen Mindestlohnes bzw. der Nachweise über die Änderung der gesetzlichen bzw. tariflichen lohnwirksamen Sozialaufwendungen. Erklärung über die Höhe des Lohnkostenanteils am gesamten Leistungsentgelt bzw. Stundenverrechnungssatz.

Erfolgen Änderungen des Mindestlohns in den ersten Zwei Jahren, die nicht durch die Mindestlohnkommission beschlossen wurden, werden sich die Vertragsparteien dies als Vertragsveränderung behandeln und dies einvernehmlich in einem entsprechendem Nachtrag geregelt.

§ 14 Haftung

Der AN haftet dem AG für alle Schäden, die dem AN oder Dritten im Zusammenhang mit dem Vertrag schuldhaft durch den AN oder durch Verschulden seiner Erfüllungsgehilfen zugefügt werden. Der AN stellt den AG insoweit von Ansprüchen, die von Dritten gegenüber dem AG erhoben werden, auf erstes Anfordern frei.

Der AN ist verpflichtet, sich in ausreichender Höhe gegen Haftungsrisiken aus der Prüfung nach Maßgabe dieses Vertrages zu versichern und dem AG das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von mind. 3 Mio. EUR je Versicherungsfall, 2-fach maximiert (pauschal für Personen-, Sachschäden und Vermögensschäden je Schadensereignis und Versicherungsjahr) unaufgefordert zum Vertragsbeginn nachzuweisen.

Der Fortbestand des Versicherungsschutzes ist dem AG auf dessen Verlangen vom AN jederzeit nachzuweisen.

§ 15 Erfüllungsort, Gerichtsstand, anwendbares Recht, Zustellungsbevollmächtigter, Vertrags- und Arbeitssprache

15.1 Erfüllungsort / Gerichtsstand

Erfüllungsort und ausschließlicher örtlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit dem Rahmenvertrag und den auf dieser Grundlage abgeschlossenen Einzelaufträgen ist der Sitz des AG in 68165 Mannheim / Deutschland.

15.2 Anwendbares Recht / Zustellungsbevollmächtigter / Vertrags- und Arbeitssprache

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Vertragssprache ist deutsch. Verfügt der AN über keinen Sitz in Deutschland und auch über keine Niederlassung mit Sitz in

Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen
[102-25-E11]]

Deutschland (§ 21 ZPO), ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem AG spätestens 2 Wochen nach Vertragsschluss einen Zustellungsbevollmächtigten mit Sitz in Deutschland zu benennen und bis zum Ablauf von mindestens 2 Jahren nach Ende der Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Die Vertrags- und Arbeitssprache ist deutsch.

- Ender der Besonderen Vertragsbedingungen -



PDF-Versand und Qualitätsanforderungen für Eingangsrechnung

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

im Rahmen der Optimierung unserer Buchhaltungsprozesse möchten wir Ihnen, wie auch uns, zukünftig den Papierversand Ihrer Rechnungsdokumente ersparen. Sie unterstützen uns bei diesen Bemühungen, in dem Sie Ihre **Rechnungen und Rechnungskorrekturen** ab sofort **im PDF-Format** per Email übermitteln und uns hierdurch auch helfen die Bearbeitungszeit Ihrer Rechnungen zu reduzieren.

Damit auch Sie diese Vorteile nutzen können, bitten wir Sie die Hinweise und Anforderungen, sowie die Qualitätsstandards in beigefügter Übersicht zwingend zu beachten und Ihre Dokumente ausschließlich an das, für die jeweilige Gesellschaft freigegebene Postfach zu versenden. Bitte Berücksichtigen Sie, dass eine Abweichung von unseren Anforderungen und Qualitätsstandards zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung und Begleichung führen kann.

Dieses Schreiben stellt bis auf Widerruf, die schriftliche Zustimmung der RNV, sowie der in beiliegender Übersicht genannten Gesellschaften zum Empfang von PDF-Rechnungen dar.

Im Falle weiterer Fragen zum PDF-Versand, beantworten wir Ihnen diese unter der Email-Adresse: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Kreditorenbuchhaltung

Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

mit dem Versand Ihrer Rechnung per PDF entscheiden sie sich für eine schnelle und effiziente Art der Übermittlung.

Hierdurch wird der Prozess der Rechnungsverarbeitung verkürzt und eine termingerechte Zahlung ermöglicht.

Bei Nutzung des Rechnungsversands per PDF beachten Sie bitte die im folgenden aufgeführten Anforderungen und Qualitätsstandards.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Anforderungen an den PDF-Rechnungsversand

Wenn Sie den elektronischen Rechnungsversand im PDF Format nutzen wollen, bestehen folgende Anforderungen:

Dateiformat:

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung **.pdf** akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (:*?/"><) im Dateinamen

Dateiinhalt:

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

Emailversand:

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene Email-Adresse. **Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.**
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige Email-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte an: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Rechnungs- und Email-Adressen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_RNV@rnv-online.de

MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_MV@rnv-online.de

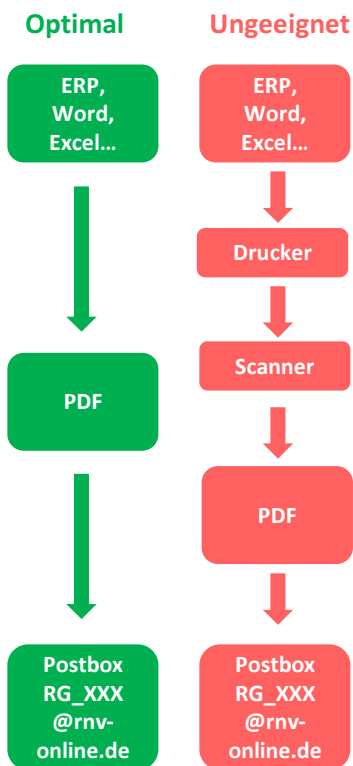
Zentralwerkstatt für Verkehrsmittel
Mannheim GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_ZWM@rnv-online.de

Anforderungen an die Rechnungsqualität

Erstellungsprozess für PDF-Rechnungen

Optimaler Weise erstellen Sie das PDF-Dokument direkt aus einem Programm (ERP, Word, Excel,...) und **nicht** aus einem gescannten Papierdokument.



Qualitätsanforderungen an eine Rechnung


Als Voraussetzung für eine schnelle Bearbeitung und Begleichung einer Rechnung, stellt die Rechnungsqualität einen entscheidenden Faktor dar. Unterstützen Sie daher die Verbesserung der Rechnungsverarbeitungszeiten in dem Sie die folgenden **Mindestanforderungen** beachten:

- Korrekte und vollständige Rechnungsanschrift der beauftragenden Gesellschaft
- Angabe der korrekten RNV-Bestellnummer
- Rechnungsdetails (Menge, Preis, Bezeichnung, Zahlungsbedingung,...) und Abrechnungsweise entsprechen der zugehörigen Bestellung
- Es wird nur eine Bestellung je Rechnung abgerechnet
- Ausweis von Netto-, Steuer- und Bruttobetrag
- Angabe der Währung
- Ausweis des Liefer- / Leistungsdatums
- Ihre Umsatzsteuer-ID ist enthalten
- Ihre Bankverbindung (IBAN + BIC) ist angegeben
- Keine handschriftlichen Angaben
- Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, sollte möglichst ein weißer Rechnungshintergrund gewählt werden

Für den Ausnahmefall einer Rechnung ohne Bestellung geben Sie bitte den vollständigen Namen, sowie die Email-Adresse des Anforderers an.

Beispielrechnung

Entsprechend dem RNV-Qualitätsstandard



Rechnung

Rechnungsdatum: 01.10.2020
Rechnungsnummer: RG123456

Rechnungsanschrift:

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

RNV-Bestellnummer: 4xxxxxxxxx

Bezeichnung, Menge, Preis, Lieferschein, Positionsbetrag, ...

--	--	--	--

Liefer- / Leistungsdatum: 30.09.2020

Zahlungsbedingung:	Netto:	1.000,00 EUR
30 Tage netto	MwSt 16 %:	160,00 EUR
	Gesamt:	1.160,00 EUR

IBAN: DExx xxxx xxxx xxxx xx
BIC: xxxxxxxxxxxx

Ust.ID: DE123456789

Allgemeine Einkaufsbedingungen Dienstleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen für den Einkauf von Dienstleistungen (AEB Dienstleistungen) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern („Auftragnehmer“), die eine Dienstleistung für uns erbringen. Die AEB Dienstleistungen gelten nur, wenn der Auftragnehmer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
- (2) Die AEB Dienstleistungen gelten für alle Verträge, mit denen die rnv-Gruppe Dienstleistungen i.S.d. §§ 611 ff. BGB (mit Ausnahme von IT-Leistungen) in Auftrag gibt, ohne Rücksicht darauf, ob der Auftragnehmer die Leistung selbst durchführt oder bei Subunternehmern einkauft. Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB Dienstleistungen in der zum Zeitpunkt der Beauftragung gültigen bzw. jedenfalls in der ihm zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten. Sollten neben dienstvertraglichen Leistungen zugleich auch werkvertragliche Inhalte beauftragt werden, gelten für Letztere insoweit ergänzend unsere Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen, wobei diese bei Widersprüchen Vorrang vor den AEB Dienstleistungen haben.
- (3) Diese AEB Dienstleistungen gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers dessen Leistungen vorbehaltlos annehmen.
- (4) Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Auftragnehmer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB Dienstleistungen. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.
- (5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Auftragnehmers in Bezug auf den Vertrag (z. B. Fristsetzung, Mahnung, Kündigung) sind schriftlich, d. h. in Schrift- oder Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax), abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise, insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden, bleiben unberührt.
- (6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB Dienstleistungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Vertragsschluss

- (1) Unsere Beauftragung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Auftragnehmer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- (2) Der Auftragnehmer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 5 Arbeitstagen schriftlich zu bestätigen (Annahme).

§ 3 Leistungserbringung

- (1) Leistungsinhalt- und -umfang ergeben sich aus der Bestellung sowie ergänzend aus dem Angebot.
- (2) Der Auftragnehmer wird die Leistungen mit äußerster Sorgfalt unter Beachtung des aktuellen Standes von Wissenschaft und Technik zum jeweiligen Leistungszeitpunkt mit qualifizierten Mitarbeitern erbringen, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Von uns benannte Leistungsmerkmale entbinden den Auftragnehmer nicht von der Verantwortung, eine technisch und wirtschaftlich korrekte Leistungserbringung zu gewährleisten. Er wird uns unverzüglich darauf hinweisen, wenn aus seiner Sicht Änderungen der vertragsgegenständlichen Leistungen möglich sind, die zu einer Verbesserung führen. In diesem Fall finden die Ziffern 5. (3) und 5. (4) Anwendung.

- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für alle für den Einsatz von Mitarbeitern erforderlichen Genehmigungen, Meldungen, Abgaben und sonstigen Erfordernisse selbst und auf eigene Kosten und Verantwortung zu sorgen und auch sonst alle arbeitsrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Das Weisungs- und Direktionsrecht gegenüber Mitarbeitern verbleibt stets beim Auftragnehmer.
- (4) Der Auftragnehmer wird die vertragsgegenständlichen Leistungen nur auf unserem Gelände erbringen, soweit dies zur ordnungsgemäßen Durchführung der Bestellung zwingend erforderlich ist und dies vorab schriftlich vereinbart wurde. In diesem Fall werden wir dem Auftragnehmer geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.
- (5) Auf unser Verlangen hat der Auftragnehmer jederzeit schriftlich oder in Textform Auskunft über den aktuellen Stand der Leistungserbringung zu geben.
- (6) Soweit sich aus der Bestellung nichts anderes ergibt, gilt unser Geschäftssitz als Erfüllungsort.
- (7) Der Auftragnehmer stellt den Besteller von allen etwaigen Ansprüchen aufgrund einer Verletzung der Pflichten gemäß dieser Ziffer 3 durch den Auftragnehmer oder durch Dritte frei. Weitere Rechte unsererseits bleiben unberührt. Insbesondere berechtigt ein Verstoß gegen eine Verpflichtung aus dieser Ziffer 3 zur außerordentlichen Kündigung.

§ 4 Leistungszeit und Verzug

- (1) Die von uns in der Bestellung angegebene Leistungszeit ist bindend. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Leistungszeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.
- (2) Die stillschweigende Verlängerung des Dienstverhältnisses über den Vertragszeitraum hinaus ist ausgeschlossen. § 625 BGB findet keine Anwendung.
- (3) Erbringt der Auftragnehmer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Leistungszeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Kündigung und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 4 bleiben unberührt.
- (4) Ist der Auftragnehmer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugschadens in Höhe von 0,2 % des Nettopreises provollendetem Werktag verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des Auftragswertes netto der verspätet durchgeführten Leistung. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

§ 5 Change Request, Mehraufwendungen

- (1) Wir sind berechtigt, die Anforderungen an die vertragsgegenständlichen Leistungen sowie sonstige Vertragsbedingungen gemäß dem nachfolgenden Change Request Prozess zu ändern.
- (2) Wünsche zur Änderung und/oder Ergänzung des Vertrages teilen wir dem Auftragnehmer schriftlich oder per E-Mail mit („Change Request“).
- (3) Der Auftragnehmer informiert uns spätestens sieben Werktage nach Zugang des Change Request schriftlich oder per E-Mail darüber, ob und wie sich der Change Request auf den jeweils vereinbarten Zeitplan, die Vergütung und/oder sonstige Vertragsbedingungen auswirkt, und unterbreitet uns ein Angebot zur Umsetzung des Change Request. Die Pflicht zur Abgabe eines Angebots besteht nicht, wenn der Change Request für den Auftragnehmer unzumutbar ist. Führt die Umsetzung des Change Request zu Änderungen der Vergütung oder des Zeitplans, sind diese auf Basis der ursprünglichen Kalkulationsgrundlage zu ermitteln. Erfolgt keine Einigung, können wir den Vertrag über die konkret zu ändernde Leistung außerordentlich kündigen, wenn uns ein Festhalten am Vertrag ohne die verlangte Änderung unsererseits unzumutbar ist.
- (4) Nehmen wir das Angebot schriftlich oder per E-Mail an, wird der Change Request Bestandteil des Vertrages und ändert und/oder ergänzt diesen z. B. hinsichtlich der zu erbringenden Leistungen, des Zeitplans und der Vergütung.
- (5) Ist der Auftragnehmer der Auffassung, dass unsere Vorgaben oder andere von uns zu vertretende Umstände zu einem erhöhten Arbeitsaufwand führen und/oder Auswirkungen auf die jeweils vereinbarten Termine und/oder die Vergütung haben, oder hält der Auftragnehmer Änderungen an den

vertragsgegenständlichen Leistungen und/oder sonstigen Vertragsbedingungen für erforderlich oder sinnvoll, so wird er uns dies unverzüglich schriftlich oder per E-Mail anzeigen. In diesem Fall finden die Ziffern 5.3 und 5.4 Anwendung, wobei das Angebot zeitgleich mit der Anzeige zu unterbreiten ist.

- (6) Mehraufwendungen werden nur erstattet und eine zusätzliche Vergütung nur gezahlt, wenn die Zahlung ausdrücklich schriftlich gemäß Ziffer 5.4 vereinbart wurde. Der Auftragnehmer kann sich auf eine Verschiebung der vereinbarten Termine wegen Behinderung nur berufen, wenn er uns dies gemäß Ziffer 5.5 rechtzeitig und ordnungsgemäß angezeigt hat.

§ 6 Höhere Gewalt

Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, unverschuldete Betriebsstörungen, Unruhen, Pandemien, behördliche Maßnahmen und sonstige für uns unabwendbare, nicht von uns schuldhaft herbeigeführte vergleichbare Ergebnisse berechtigen uns – unbeschadet unserer sonstigen Rechte –, die Annahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem Auftragnehmer hierdurch Ansprüche entstehen oder, soweit sie nicht von unerheblicher Dauer sind und eine erhebliche Verringerung unseres Bedarfes zur Folge haben, den Vertrag ganz oder teilweise zu kündigen.

§ 7 Vertragsbeendigung aus wichtigem Grund, Vermögensverfall

- (1) Wenn beim Auftragnehmer besondere Umstände eintreten, die die Erfüllung der geschuldeten Leistung oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber uns gefährden, hat der Auftragnehmer uns hierüber unverzüglich zu unterrichten. Besondere Umstände in diesem Sinne liegen insbesondere vor, wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder der Werthaltigkeit einer von ihm gestellten Sicherheit eintritt oder einzutreten droht.
- (2) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung von Fristen durch Kündigung zu beenden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der uns die Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Auftragnehmers unzumutbar werden lässt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn besondere Umstände im Sinne von Abs. 1 vorliegen, unabhängig davon, ob der Auftragnehmer seiner Informationspflicht genügt hat oder nicht.

§ 8 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer hat die zur Erfüllung der von ihm übernommenen Leistungen notwendigen technischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen und während der Laufzeit dieses Vertrages vorzuhalten.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Rahmen der Leistungserbringung alle einschlägigen Rechtsvorschriften und Regelwerke bezüglich Unfallverhütung, Arbeitnehmer- und Umweltschutz einzuhalten. Unbeschadet sonstiger Verpflichtungen muss er die zehn Global-Compact-Prinzipien des United Nations Global Compact in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umwelt und Korruptionsprävention erfüllen, die unter folgender Website zugänglich sind und die wir auf Anforderung kostenfrei übersenden: <https://www.globalcompact.de/ueber-uns>
- (3) Der Auftragnehmer hat die erforderlichen Genehmigungen in eigener Verantwortung und auf eigene Kosten zu beantragen und vorzuhalten.
- (4) Der Auftragnehmer hat sein Personal fachlich zu schulen.
- (5) Der Auftragnehmer hat die Leistungen grundsätzlich selbst zu erbringen. Der Verstoß des Auftragnehmers gegen seine Eigenleistungsverpflichtung ist eine Verletzung einer vertraglichen Verpflichtung im Sinne des § 280 BGB. Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Leistung insgesamt oder wesentlicher Teile davon nur mit unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung an geeignete Unterauftragnehmer übertragen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei unwesentlichen Teilleistungen oder solchen Teilleistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist, allerdings sind wir in solchen Fällen schriftlich zu informieren. Eine von uns nicht genehmigte Vergabe von wesentlichen Leistungen an einen Nachunternehmer berechtigt uns zur Festsetzung einer Vertragsstrafe sowie zur fristlosen Kündigung des Vertrages. Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass etwaige Unterauftragnehmerleistungen nur an Unternehmen vergeben werden, die über eine vergleichbare Zertifizierung bzw. Qualifikation wie der

Auftragnehmer verfügen und dieselben bzw. vergleichbare Qualitätsstandards einhalten. Unterauftragnehmer des Auftragnehmers sind dessen Erfüllungsgehilfen.

- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren.
- (7) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Schäden, einschließlich der Kosten der notwendigen Rechtsverfolgung, frei, die dieser aufgrund von Verletzungen des LkSG durch den Auftragnehmer erleidet.

§ 9 Pflicht zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (MiLoG)

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine eigenen Arbeitnehmer entsprechend der jeweils gültigen Regelung des Mindestlohngesetzes („MiLoG“) zu beschäftigen, ihnen insbesondere das im MiLoG vorgesehene Mindestentgelt zu bezahlen. Sollte sich der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen eines Unterauftragnehmers bedienen, so verpflichtet er sich, diesen ebenfalls zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten und hierüber Nachweis zu führen.
- (2) Weiterhin stellt der Auftragnehmer uns von Ansprüchen Dritter frei, die sich aus einem Verstoß gegen die Bestimmungen des MiLoG durch den Auftragnehmer oder beauftragte Subunternehmer ergeben.
- (3) Die Einhaltung des MiLoG ist wesentliche Vertragspflicht. Der Auftragnehmer wird jederzeit auf Nachfrage uns gegenüber unverzüglich den Nachweis führen (z.B. durch Arbeitszeitznachweise und Lohnabrechnungen), dass er und seine Unterauftragnehmer die jeweils gültigen Regelungen des MiLoG einhalten und eingehalten haben.
- (4) Für den Fall, dass der Auftragnehmer den vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommt oder im Falle falscher Angaben zur Einhaltung des MiLoG, sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer ohne Einhaltung einer Frist gemäß Ziffer 7 Abs. 2 zu beenden. Dieses Recht besteht auch dann, wenn ein vom Auftragnehmer beauftragter Unterauftragnehmer, dessen Mitarbeiter zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers uns gegenüber eingesetzt werden, die Regelungen des MiLoG nicht einhält.
- (5) Die Behauptung eines Verstoßes gegen die Regelungen des MiLoG oder der vorstehenden Regelungen ist ausreichend für das unter Abs. 4 genannte Kündigungsrecht, wenn der Auftragnehmer nicht binnen einer Frist von zehn Tagen nach Kenntnis von der Behauptung diese widerlegen kann. Einer vorherigen Abmahnung bedarf es nicht.

§ 10 Haftung und Freistellungsverpflichtung des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen gemäß den Vorgaben der Leistungsbeschreibung durchzuführen. Er trägt die sich aus der Leistungserbringung ergebende Gefahr.
- (2) Der Auftragnehmer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Unsere Haftung ist im Falle einfacher Fahrlässigkeit bei der Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten ausgeschlossen und im Falle der Fahrlässigkeit im Übrigen auf den vorhersehbaren und vertragstypischen Schaden beschränkt. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, ohne deren Erfüllung der Zweck des Vertrages gefährdet ist bzw. auf deren Einhaltung der Vertragspartner vertrauen darf. Dies gilt jedoch nicht im Falle der Verletzung von Leben, Leib und Gesundheit sowie im Falle der Verletzung einer Garantie und der Haftung nach dem ProdHaftG.
- (4) Schäden von Gesellschaften der rnv-Gruppe können wir wie eigene Schäden gegenüber dem Auftragnehmer geltend machen.

- (5) Der Auftragnehmer stellt uns von sämtlichen zivil- und/oder öffentlich-rechtlichen Ansprüchen bzw. den Folgen einer Inanspruchnahme durch Dritte frei, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der vom Auftragnehmer übernommenen Leistungen erhoben werden.

§ 11 Versicherungspflicht

- (1) Der Auftragnehmer hält eine (Betriebs- bzw. Berufs-)Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht. Diese muss unter Berücksichtigung des Auftragsvolumens einen ausreichenden Versicherungsschutz für die bei der Vertragsdurchführung potenziell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden in angemessener Höhe, jedenfalls aber in Höhe von 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden pro Jahr zweifach maximiert sicherstellen und soweit potenziell Produkthaftpflichtansprüche in Betracht kommen, diese miteinschließen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.
- (2) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit eine Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Uns sind auf Verlangen jederzeit Deckungsbestätigungen zur Einsicht vorzulegen. Kommt der Auftragnehmer der Aufforderung nicht nach, haben wir ein Zurückbehaltungsrecht.

§ 12 Weisungs-, Kontroll- und Informationsrechte des Auftraggebers

- (1) Wir sind berechtigt, die dem Auftragnehmer übertragenen Leistungen selbst oder durch beauftragte Dritte zu überwachen. Der Auftragnehmer und dessen Bedienstete sind verpflichtet, unseren mündlichen und schriftlichen Weisungen zur Ausführung der Arbeit Folge zu leisten.
- (2) Der Auftragnehmer ist gehalten, uns auf unsere Anforderung unverzüglich und jederzeit sämtliche Informationen im Zusammenhang mit der Vertragsdurchführung zu erteilen, Einsicht in sämtliche die Vertragsdurchführung betreffende Unterlagen zu gewähren und uns Zutritt zu sämtlichen mit der Vertragsdurchführung in Zusammenhang stehenden Grundstücken, Gebäuden, Fahrzeugen oder sonstigen technischen Einrichtungen zu gestatten. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf elektronisch gespeicherte Daten.
- (3) Der Auftragnehmer ist ferner verpflichtet, uns über alle besonderen Vorkommnisse, insbesondere solche, die mit dem Betrieb der zur Leistungserbringung erforderlichen Anlagen in Zusammenhang stehen, unverzüglich zu unterrichten. Dies gilt insbesondere für Betriebsstörungen.
- (4) Der Auftragnehmer hat uns unverzüglich und unaufgefordert schriftlich darüber zu unterrichten, wenn gegen ihn bzw. seine Mitarbeiter und/oder etwaige Unterauftragnehmer bzw. deren Mitarbeiter behördliche Verfügungen, Bußgeldbescheide, Strafbefehle oder Urteile ergehen, die im Zusammenhang mit den vom Auftragnehmer zu erbringenden vertraglichen Leistungen stehen bzw. auf diese Auswirkungen haben können. Entsprechendes gilt für behördliche und/oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren.
- (5) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass er bzw. seine Mitarbeiter jederzeit im Besitz der unter Umständen erforderlichen behördlichen Genehmigungen ist/sind. Etwa hierdurch entstehende Kosten hat der Auftragnehmer zu tragen.

§ 13 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer, auch wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- (2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Auftragnehmers sowie alle Nebenkosten ein.
- (3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Auftragnehmer 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.
- (4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Bei Zahlungsverzug schulden wir Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB.

§ 14 Aufrechnung, Zurückbehaltung, Konzernverrechnung

- (1) Der Auftragnehmer kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen oder wegen rechtskräftig festgestellter oder nicht bestrittener Gegenforderungen aus demselben Vertragsverhältnis ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.
- (2) Wir sind berechtigt, mit allen eigenen Forderungen sowie mit Forderungen von anderen Gesellschaften der rnv-Gruppe gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen, die diesem gegen uns oder eine andere Gesellschaft der rnv-Gruppe zustehen. Eine Auflistung der Gesellschaften der rnv-Gruppe erhält der Auftragnehmer jederzeit auf Anfrage.
- (3) Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Auftragnehmer zustehen.
- (4) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, seine Forderungen aus dem Vertragsverhältnis an Dritte abzutreten. Dies gilt nicht, soweit es sich um Geldforderungen handelt.

§ 15 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt

- (1) Der Auftragnehmer darf im werblichen Auftritt auf geschäftliche Verbindungen mit uns erst mit unserer schriftlichen Zustimmung hinweisen. Die Zustimmung darf nicht aus unbilligen Gründen verweigert werden.
- (2) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.
- (3) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z. B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Auftragnehmer beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Auftragnehmers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.
- (4) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Auftragnehmer wird für uns vorgenommen.

§ 16 Rechte an Arbeitsergebnissen /Urheberrechte

- (1) Im Zusammenhang mit der Durchführung von Dienstleistungsverträgen entstehende Nutzungsrechte an Dokumentationen, Berichten, Schaubildern, Diagrammen, Bildern, Fotos, Filmen, Trägern von Daten zur visuellen Wiedergabe, Datenträgern etc. stehen ausschließlich und vollumfänglich uns zu.
- (2) Wir werden Eigentümer aller von dem Auftragnehmer gelieferten und im Rahmen dieses Vertrages erstellten Unterlagen. An diesen sowie an sonstigen aus der Zusammenarbeit entstandenen Ergebnissen und ungeschützten Kenntnissen erhalten wir ein ausschließliches, unwiderrufliches, zeitlich, räumlich und inhaltlich uneingeschränktes, übertragbares Nutzungsrecht für sämtliche Nutzungsarten.
- (3) Werden im Rahmen der Erfüllung dieses Vertrages bereits vorhandene gewerbliche Schutzrechte, Urheberrechte oder ungeschützte Kenntnisse (Know-how) des Auftragnehmers verwendet und sind diese zur Verwertung des Arbeitsergebnisses durch uns notwendig, erhalten wir daran ein nicht ausschließliches Benutzungsrecht; dieses ist mit der vertraglichen Vergütung abgegolten, es beinhaltet sämtliche, insbesondere die unter Ziffer 16.1 genannten Nutzungsarten.
- (4) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass sämtliche erbrachten Leistungen frei von Rechten Dritter sind, andernfalls muss er vertraglich mit den Urhebern vereinbaren, dass er zur Rechtseinräumung berechtigt ist. Er stellt uns von allen Ansprüchen Dritter, einschließlich der in diesem Zusammenhang entstehenden notwendigen gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten und Aufwendungen, insbesondere Rechtsanwaltskosten, vollumfänglich frei, die diese gegen uns wegen der Verletzung von Rechten an den vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen geltend machen.

- (5) Der Auftragnehmer wird uns alle Erfindungen oder sonstigen schutzfähigen Ergebnisse, die im Zusammenhang mit den für uns erbrachten Leistungen entstehen, unverzüglich melden und uns alle erforderlichen Auskünfte erteilen. Sämtliche Erfindungen sind auf uns zu übertragen.

§ 17 Compliance

- (1) Der Auftragnehmer bzw. seine Beschäftigten und/oder Erfüllungsgehilfen dürfen keine geschäftlichen Handlungen begehen, durch welche sie sich wegen Betrug oder Untreue, Insolvenzstraftaten, Beschränkungen des Wettbewerbs, Vorteilsgewährung, Vorteilsannahme, Bestechung, Bestechlichkeit oder vergleichbaren Delikten strafbar machen oder die eine Ordnungswidrigkeit darstellen. Bei einem Verstoß sind wir berechtigt, alle geschäftlichen Kontakte zum Auftragnehmer zu beenden und bestehende Verträge außerordentlich zu kündigen bzw. von allen bestehenden Verträgen zurückzutreten. Hierdurch wird der Auftragnehmer nicht von der Pflicht entbunden, alle die Zusammenarbeit mit uns betreffenden Gesetze und Regelungen einzuhalten.
- (2) Hat der Auftragnehmer im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistung nachweislich eine Abrede getroffen, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung oder eine unlautere Verhaltensweise darstellt, hat er pauschalierten Schadensersatz in Höhe von 15 % der Abrechnungssumme an uns zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

§ 18 Rechtswahl und Gerichtsstand

- (1) Für diese AEB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.
- (2) Ist der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Mannheim. Entsprechendes gilt, wenn der Auftragnehmer Unternehmer im Sinne von § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Leistungsverpflichtung gemäß diesen AEB Dienstleistungen bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Auftragnehmers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

Stand: Januar 2024

Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Name des geschäftsführenden Unternehmens		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht,
Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)**

102-25-E11

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [1]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht,
Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)**

102-25-E11

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [2]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht,
Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)**

102-25-E11

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [3]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht,
Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)**

102-25-E11

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bietergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB

**[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer
Bietergemeinschaft]**

[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft]

[Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in der Plattform hochladen.]

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbieters

Name des Bieters		
Rechtsform		
Anschrift		
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

(Firmenname und Rechtsform)

Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Hinweis: Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bieter mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name des qualifizierten Nachunternehmers	
Rechtsform	
Anschrift	
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigelegt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u> Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Ansprechpartner	
Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden	[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]

Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens

Wir verpflichten uns, dem Bieter / der Bietergemeinschaft

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bieter zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

- nur im Falle einer Bietergemeinschaft oder Eignungsleihe auszufüllen -

Hinweis: Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:
Im Falle einer Bietergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bietergemeinschaft** ausgefüllt werden.
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bieters (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bietergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB

Entweder:

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bieters/des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB**Enweder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB

Enweder

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
 - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
 - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
 - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
 - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB**Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)****Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer Bietergemeinschaft:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18
10117 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin
Tel +49 30 18 681-16882
Fax +49 30 18 681-516882
BW17@bmi.bund.de
www.bmwsb.bund.de

Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576
BW17-70409/2#1
Berlin, 14. April 2022
Seite 1 von 3

I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022
Formblatt für Eigenerklärungen

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen
nach den Vorgaben
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

Allgemeines

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

Informationen zum LTMG

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-

stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,

- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung (https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der

schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i.S.d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen, gelten die Regelungen der WBO-Tarifwerke, soweit der jeweilige Sachverhalt von deren Geltungsbereich erfasst wird und sofern die Vergabe nach dem 1. Januar 2022 eingeleitet wurde. Ansonsten gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das derzeit geltende vergabespezifische Mindestentgelt.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich der WBO-Tarifwerke.

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*
oder
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn

- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mir/wir uns
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
 - oder
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Verpflichtungserklärung
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
 - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

 Ort, Datum

 Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

 Ort, Datum

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind

und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

Ort, Datum

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

1. Mindestentgelte

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

2. Nachunternehmen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

3. Kontrolle

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

4. Sanktionen

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.



Mustererklärung 1

für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden,

nach § 4 Abs. 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. 334)

Auftragsnummer: 102-25-E11

Vergabestelle: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Leistung: Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sich

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu folgendes:

Die Beschäftigten meines/unseres Unternehmens werden vollständig/teilweise vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst.

Ich/Wir **verpflichten** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den ich/wir/mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist – Tariftreueerklärung gemäß § 4 Abs. 1 LTTG –;

- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz keine Anwendung findet (vgl. z. B. § 2 Abs. 4 Zehnte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen im Baugewerbe), bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 01.01.2019: 9,19 €; ab 01.01.2020: 9,35 €; ab 01.01.2021: 9,50 €; ab 01.07.2021: 9,60 €; ab 01.01.2022: 9,82 €; ab 01.07.2022: 10,45 €; ab 01.10.2022: 12,00 €; ab 01.01.2024: 12,41 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen – Mindestentgeltklärung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG –.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB



Mustererklärung 2

**für Aufträge über Dienstleistungen im Bereich des
öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene**

**nach § 4 Abs. 3 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur
Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen
Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG –) vom
1. Dezember 2010 (GVBl. S. 426), zuletzt geändert durch Gesetz vom
26. November 2019 (GVBl. S. 334)**

Auftragsnummer: 102-25-E11

Vergabestelle: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Leistung: Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, S

Der Auftragnehmer hat alle Bestimmungen des Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen und erklärt hierzu:

Der Auftragnehmer bewirbt sich um einen Auftrag über Dienstleistungen im Bereich des **öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene**.

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns hiermit,

- den Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Rheinland-Pfalz für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungszeit Änderungen nachzuvollziehen;
- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis der anzuwendenden Lohn- und Gehaltstarife kalkuliert sein können;

- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer oder Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens sowie für alle weiteren Nachunternehmen des Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG durch die Nachunternehmer bzw. die Verleiher sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreueerklärungen der Nachunternehmer und der Verleiher vorzulegen.
- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Die einschlägigen und repräsentativen, mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrages benannt. Die Liste dieser Tarifverträge wurde vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie in Form einer Verwaltungsvorschrift vom 16. März 2011 (MinBl. 2011 S. 58), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 19. Juni 2023 (MinBl. 2023, S174) veröffentlicht.

Ich/wir habe/n diese Liste zur Kenntnis genommen. Sie ist Bestandteil dieser Erklärung. Einen Abdruck habe/n ich/wir als Anlage 1 zu dieser Mustererklärung erhalten.

Informationen über die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen werden von der beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung eingerichteten Servicestelle LTTG unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB



Mustererklärung 3

nach § 4 Abs. 2 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334)

Auftragsnummer:	102-25-E11
Vergabestelle:	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Leistung:	Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sic

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu folgendes:

Ich/Wir **verpflichten** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem AEntG unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 1.1.2019: 9,19 €; ab 1.1.2020: 9,35 €; ab 1.1.2021: 9,50 €; ab 1.7.2021: 9,60 €; ab 1.1.2022: 9,82 €; ab 1.7.2022: 10,45 €; ab 1.10.2022: 12,00; ab 1.1.2024: 12,41 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung (Korrektur 2)

03.07.2025

Verfahren: 102-25-E11 - Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	LOS Gebietslos "rnv"	EUR
----------	-----------------------------	------------------

Leistungsart: Dienstleistung
Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
Klassifizierung: Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten (79710000-4)

Hierbei handelt es sich um die Leistungen, die im Verkehrsnetz der rnv (Mannheim, Heidelberg und Ludwigshafen) für Maßnahmen, die Infrastruktur der rnv betrifft, zu erbringen sind.

1.1	Sicherungsaufsicht	EUR
------------	---------------------------	------------------

1.1.1	Sicherungsaufsicht	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3.780,00	Stunden		

Sicherungsaufsicht, Nachweis gemäß DA-2022-003-IS Nr. 2.4.4.

.....
pro 1,00 Stunde

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.
Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

1.1.2 Überzeit nach der 8.ten Stunde	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	189,00	Stunden		

Überzeit nach der 8.ten Stunde, Zulageposition

.....
pro 1,00 Stunde

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.
Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

1.1.3 Nachzuschlag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	252,00	Stunden		

Nachzuschlag, Zulageposition

.....
pro 1,00 Stunde

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.
Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

1.1.4 Sonntagszuschlag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	95,00	Stunden		

Sonntagszuschlag, Zulageposition

.....
pro 1,00 Stunde

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.
Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

1.1.5 Feiertagszuschlag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	63,00	Stunden		

Feiertagszuschlag, Zulageposition

.....
pro 1,00 Stunde

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.
Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

1.1.6 Sicherungsaufsicht: Einsatz bis zu 4 Std. am Tag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	95,00	Einsätze		

Sicherungsaufsicht: Einsatz bis zu 4 Std. am Tag

.....
pro 1,00 Einsatz

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.
Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

1.1.7 Erstellung Sicherungsplan gemäß "Allgemeine Sicherungsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleisen"	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	95,00	Einsätze		

.....
pro 1,00 Einsatz

.....

Erstellung Sicherungsplan gemäß "Allgemeine
Sicherungsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleisen", Anlage 2
Teil 3

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche
Abnahmeverpflichtung.
Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier
angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2
Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der
Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

1.2 Sicherungsposten				EUR	
1.2.1	Sicherungsposten	USt. [%]	Menge Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4.410,00 Stunden		
	Sicherungsposten, Nachweis gemäß DA-2022-003-IS Nr. 2.4.5		 pro 1,00 Stunde
	<p>Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung. Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.</p>				
1.2.2	Überzeit nach der 8.ten Stunde	USt. [%]	Menge Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	252,00 Stunden		
	Überzeit nach der 8.ten Stunde, Zulageposition		 pro 1,00 Stunde
	<p>Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung. Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.</p>				

1.2.3	Nachzuschlag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	315,00	Stunden		
	Nachzuschlag, Zulageposition			 pro 1,00 Stunde
	<p>Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung. Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.</p>					

1.2.4	Sonntagszuschlag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	189,00	Stunden		
	Sonntagszuschlag, Zulageposition			 pro 1,00 Stunde
	<p>Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung. Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.</p>					

1.2.5	Feiertagszuschlag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	126,00	Stunden		
	Feiertagszuschlag, Zulageposition			 pro 1,00 Stunde
	<p>Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung. Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier</p>					

angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

1.2.6	Sicherungsposten: Einsatz bis zu 4 Std. am Tag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	95,00	Einsätze pro 1,00 Einsatz
	Sicherungsposten: Einsatz bis zu 4 Std. am Tag					
	Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.					
	Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.					

1.3	Bahnübergangsposten	EUR				
1.3.1	Bahnübergangsposten inkl. Material	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	189,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Bahnübergangsposten inkl. Material					
	Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.					
	Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.					

2	LOS Gebietslos "MV"	EUR
----------	----------------------------	------------------

Leistungsart: Dienstleistung
 Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
 Klassifizierung: Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten (79710000-4)

Hierbei handelt es sich um die Leistungen, die im Verkehrsnetz der rnv (ausschließlich in Mannheim) für Maßnahmen, die Infrastruktur der MV Mannheimer Verkehr GmbH betrifft, zu erbringen sind.

2.1	Sicherungsaufsicht	EUR
------------	---------------------------	------------------

2.1.1	Sicherungsaufsicht	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1.620,00	Stunden		

Sicherungsaufsicht, Nachweis gemäß DA-2022-003-IS Nr. 2.4.4.

.....
 pro 1,00 Stunde

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.
 Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

2.1.2	Überzeit nach der 8.ten Stunde	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	81,00	Stunden		

Überzeit nach der 8.ten Stunde, Zulageposition

.....
 pro 1,00 Stunde

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.
 Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

2.1.3 Nachtzuschlag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	108,00	Stunden		

Nachtzuschlag, Zulageposition

.....
pro 1,00 Stunde

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.
Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

2.1.4 Sonntagszuschlag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	41,00	Stunden		

Sonntagszuschlag, Zulageposition

.....
pro 1,00 Stunde

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.
Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

2.1.5 Feiertagszuschlag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	27,00	Stunden		

Feiertagszuschlag, Zulageposition

.....
pro 1,00 Stunde

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.
Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

2.1.6	Sicherungsaufsicht: Einsatz bis zu 4 Std. am Tag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	41,00	Einsätze pro 1,00 Einsatz
	Sicherungsaufsicht: Einsatz bis zu 4 Std. am Tag					
	Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung. Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.					

2.1.7	Erstellung Sicherungsplan gemäß "Allgemeine Sicherungsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleisen"	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	41,00	Einsätze pro 1,00 Einsatz
	Erstellung Sicherungsplan gemäß "Allgemeine Sicherungsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleisen", Anlage 2 Teil 3					
	Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung. Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.					

2.2	Sicherungsposten	EUR
------------	-------------------------	------------------

2.2.1 Sicherungsposten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1.890,00	Stunden		

Sicherungsposten, Nachweis gemäß DA-2022-003-IS Nr. 2.4.5

.....
pro 1,00 Stunde

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.

Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

2.2.2 Überzeit nach der 8.ten Stunde	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	108,00	Stunden		

Überzeit nach der 8.ten Stunde, Zulageposition

.....
pro 1,00 Stunde

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.

Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

2.2.3 Nachzuschlag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	135,00	Stunden		

Nachzuschlag, Zulageposition

.....
pro 1,00 Stunde

.....

Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.

Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

2.2.4	Sonntagszuschlag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	81,00	Stunden		
	Sonntagszuschlag, Zulageposition			 pro 1,00 Stunde
	<p>Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung. Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.</p>					

2.2.5	Feiertagszuschlag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	54,00	Stunden		
	Feiertagszuschlag, Zulageposition			 pro 1,00 Stunde
	<p>Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung. Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.</p>					

2.2.6	Sicherungsposten: Einsatz bis zu 4 Std. am Tag	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	41,00	Einsätze		
	Sicherungsposten: Einsatz bis zu 4 Std. am Tag			 pro 1,00 Einsatz
	<p>Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung.</p>					

Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.

2.3 Bahnübergangsposten					EUR	
2.3.1	Bahnübergangsposten inkl. Material	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	81,00	Stunden		
	Bahnübergangsposten inkl. Material			 pro 1,00 Stunde
<p>Es handelt sich um eine Rahmen-Menge ohne jegliche Abnahmeverpflichtung. Die tatsächliche Schätzmenge liegt jeweils 20% unter den hier angegebenen Höchstmengen, bei deren Erreichen (in Summe der 2 Wirtschaftsteilnehmer, die den Rahmenvertrag bedienen) der Rahmenvertrag ausgeschöpft und somit beendet ist.</p>						

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

LEISTUNGSVERZEICHNIS

03.07.2025

Ausschreibung (Korrektur 2)

Verfahren: 102-25-E11 - Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 102-25-E11 - Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Los 1 - "Gebietslos "rnv""

2 Los 2 - "Gebietslos "MV""

3 Eignungskriterien für alle Lose

Gewichtung: 0,00%

3.1 Erklärung Insolvenz [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir erkläre(n), dass für mein/unser Vermögen kein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist. (keine Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO).

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2 Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre, daß ich meiner/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.3 Erklärung des Bieters [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4 No-Spy-Erklärung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen.

Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen.

Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte.

Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden.

Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5 Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Gewichtung: 0,00%

3.5.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.5.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde:
Sind mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:

Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.5.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ist das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und wurde dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann dies durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde:
Sind mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde:
Ist das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:
Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.5.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Befindet sich das Unternehmen in einer der folgenden Situationen?

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde:
Sind mehr als drei Jahre ab dem Tag des betreffenden Ereignis vergangen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:
Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.5.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vor?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vor?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegt ein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vor?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vor?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

Gewichtung: 0,00%

3.5.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Hat das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise nicht wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.6 Verpflichtungserklärung zu qualifizierten Nachunternehmern

Gewichtung: 0,00%

3.6.1 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für den qualifizierten Nachunternehmer in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären. Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Hierzu werden entsprechende Forblätter zur Verfügung gestellt.

3.6.2 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Nimmt das Unternehmen zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch (Eignungsleihe) und wurden entsprechende ausgefüllte Formblätter als Anlage bereitgestellt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.7 Erklärung erforderliche finanzielle und wirtschaftliche Kapazitäten

Gewichtung: 0,00%

3.7.1 Erklärung erforderliche Kapazitäten [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bieter/die Bietergemeinschaft erklärt, dass er über die erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Kapazitäten verfügt, um seinen laufenden finanziellen Verpflichtungen (auch) aus diesem Auftrag ordnungsgemäß nachzukommen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.8 Erklärungen zur Technischen Leistungsfähigkeit

Gewichtung: 0,00%

3.8.1 Referenzen Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

3.8.1.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu mindestens ein Referenzprojekt anzugeben, aus dem sich die folgende Mindestanforderung ergibt:

Durchführung von allgemeinen Sicherungsleistungen innerhalb der letzten fünf Jahre. Dies schließt insbesondere die Stellung von Sicherungsaufsichten, Sicherungsposten und Bahnübergangsposten ein.

Die Referenz muss den Nachweis erbringen, dass der Bieter in der Lage ist, Sicherungspersonal qualifiziert, regelkonform und zuverlässig für Infrastrukturmaßnahmen (Gleisbauarbeiten) bereitzustellen.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an. Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben für weitere Mitglieder der Bietergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen unter "Bietergemeinschaft/Eignungsleihe" anzugeben.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend. Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

3.8.1.2 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

3.8.1.2.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.8.1.2.2 Leistungszeitraum [Mussangabe]

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Dieser muss innerhalb der letzten 5 Jahre liegen (ab 2019).
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.8.1.2.3 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Aus den Referenzprojekten ergibt sich, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge im Bereich von Sicherungsmaßnahmen erfolgreich durchgeführt hat.

Die Vergleichbarkeit bezieht sich auf: siehe Information/Anforderungen zur Technischen Leistungsfähigkeit

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.8.2 Fachliche Befähigung gemäß VDV-Schrift bzw. DB-Vorgaben

Gewichtung: 0,00%

3.8.2.1 Fachliche Befähigung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Fachliche Befähigung gemäß VDV-Schrift bzw. DB-Vorgaben

Der Bieter muss bei Angebotsabgabe nachweisen, dass er über die fachliche Befähigung gemäß den geltenden Vorschriften der VDV-Schrift bzw. den einschlägigen DB-Richtlinien verfügt. Die Befähigung ist durch geeignete Nachweise zu belegen (z.B. Schulungszertifikate, Qualifikationsnachweise oder vergleichbare Dokumente gemäß den Anforderungen der Deutschen Bahn AG bzw. des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen).

Hinweis:

Der Nachweis ist zwingend mit dem Angebot einzureichen.

Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.9 Erklärung zu Nachweisen

Gewichtung: 0,00%

3.9.1 Handelsregistrauszug

Gewichtung: 0,00%

3.9.1.1 Handelsregistrauszug [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ist Ihr Unternehmen im Handelsregister eingetragen?

Hinweis: Sofern Ihr Unternehmen nicht im Handelsregister eingetragen ist (z.B. bei Einzelunternehmern), erfolgt eine gesonderte Aufklärung. Bitte halten Sie eine Begründung bereit, warum keine Eintragungspflicht besteht.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.9.1.2 Falls Sie im Handelsregister eingetragen sind:

Ausschlusskriterium

Ist ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) beigelegt?*

Hinweis: Wenn kein Auszug beigelegt wurde, ist ein Nachweis über die Beantragung beizulegen. Der Auszug ist nach Erhalt unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachzureichen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.9.2 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

Gewichtung: 0,00%

3.9.2.1 Versicherungspflicht [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bieter bestätigt, dass er über eine bestehende und gültige Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung verfügt.

Bitte legen Sie einen Nachweis über die bestehende Versicherung bei.

Die Versicherung muss folgende Deckungssummen beinhalten:

- € 3.000.000 für Sach-, Personen- und Vermögensschäden

Nachzuweisen ist dies durch eine gültige Versicherungspolice, die die entsprechenden Deckungssummen für den Auftragsfall bestätigt.

Bitte beachten Sie: Ein Hinweis auf der Versicherungspolice, dass sich die Versicherung automatisch verlängert, wird nicht akzeptiert. Es muss eine aktuelle Fassung der Versicherungspolice vorgelegt werden.

Ist die Versicherungspolice zum Nachweis der zur Versicherungspflicht als Anlage beigelegt?

Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.9.2.2 Wenn Eigenerklärung Versicherungspflicht mit nein

Ausschlusskriterium

Der Bieter verpflichtet sich mit dieser Erklärung, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung folgende Versicherungen abzuschließen:

Die Versicherung muss folgende Deckungssummen beinhalten:

- € 3.000.000 für Sach-, Personen- und Vermögensschäden

Nachzuweisen ist dies durch Vorlage einer schriftlichen Erklärung seiner Versicherung, dass eine entsprechende Versicherung im Auftragsfall abgeschlossen wird.

Ist die Versicherungspolice oder eine Bereitschaftserklärung des Versicherers zur Versicherungspflicht als Anlage beigelegt?

Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.10 KMU

Gewichtung: 0,00%

3.10.1 Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe]

Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.

Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt.

Es gelten folgende Grenzen:

Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz
Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz
Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz
Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz

(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Ich bin/Wir sind ein _____.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Kleinstunternehmen (0)
☐ Kleines Unternehmen (0)
☐ Mittleres Unternehmen (0)
☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 102-25-E11 - Rahmenvertrag für Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsaufsicht, Sicherungsposten, Bahnübergangsposten)

LEISTUNGSKRITERIEN

- 1 Los 1 - "Gebietslos "rnv""
- 2 Los 2 - "Gebietslos "MV""

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
-----	-----------	-------	-----------